

Auf dem Bild: Die Folgen des Anschlags auf den Berliner Abschiebeknast in einem besseren 1995

Der gescheiterte Anschlag auf den Berliner Abschiebeknast im April 1995 und die Folgen

7,50 DM
Feb. '99

Als das K.O.M.I.T.E.E. ein Osterei legte...



EIGENTUMSVORBEHALT

Diese Zeitschrift ist bis zur Aushändigung an den/zie Gefangenen Eigentum der Absenderin bzw. des Absenders. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur diese, der Absenderin bzw. dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

27.06.95: Soko Osterel an BKA ZD 11
... BKA: Antrag auf kriminaltechnische Untersuchung... Inwieweit handelt es sich hierbei um eine funktionfähige Vorrichtung? Bzw. zu welchem Zweck könnte sie dienen? Zündauslösvorrichtung? Inwieweit bestehen Tatmittelsicherheiten zu den hier zur Debatte stehenden Tatmitteln aus zurückliegenden Ereignissen, besonders die Blitzlichtbombe?
03.07.95: BKA ZD 11 an LKA 512, Soko Osterel... Laut Asservitenaufkleber sollte das Asservat aus "Elektronikbauteilen" bestehen... Nach Inaugenscheinnahme der übersandten Tatmittel war schnell erkennbar, daß es sich um eine Attrappe handelt... keine Elektronik, keine Blitzlichtbombe... keine Anhaltspunkte auf mögliche Tatmittelsicherheiten... die beantragten kriminaltechnischen... Untersuchungen sollten zuständigkeitsnahe in Berlin geführt werden.
10.07.95: Soko Osterel an LKA 6212
... BKA: Antrag auf daktyloskopische Spurensuche... Während der o.a. Durchsichtung wurde auf dem Dachboden die beigefügte Konstruktion, die vom BKA als Attrappe klassifiziert wurde, gefunden...
07.08.95: LKA 6212 an Soko Osterel
... Auswertung: Das Spürmaterial ist unbrauchbar.

Impressum

Berlin
Frühjahr 1999
Selbstdruck im Eigenverlag

Hrsg. und V.i.S.d.P.
Dr. Fischer
Kochstr.
10961 Berlin

Einleitung

Beinahe vier Jahre sind vergangen, seit am 11. April 1995 frühmorgens das überraschende Erscheinen eines Streifenwagens der Polizei auf einem Parkplatz im Berliner Außenbezirk Grünau die Vorbereitungen zur Sprengung des damals in Bau befindlichen Berliner Abschiebeknastes in Köpenick jäh beendete.

Die gescheiterte Aktion der militanten Gruppe "DAS K.O.M.I.T.E.E." löste eine Lawine von Ereignissen aus, die das Leben einiger Menschen vollkommen durcheinanderwirbelte.

Aber der Rauch setzt sich, der Lärm verklingt und der Alltag nimmt seinen Lauf – zuerst für die, die nicht betroffen sind von Durchsuchungen, Ermittlungsverfahren, Vorladungen, Beschlagnahmen, Forderungen, und für die der ganze "Fall" nach ein paar Monaten in der täglichen Flut der schlechten Nachrichten untergegangen ist.

Nach und nach kehrt auch bei den Betroffenen Alltag ein, bei manchen mehr, bei anderen weniger, aber sicher haben sich alle schon einmal bei dem Gedanken entspannt: "was, fast vier Jahre ist das schon her?"

Beinahe vier Jahre für drei Menschen auf der Flucht vor dem gründlichen deutschen Fahndungsapparat.

Beinahe vier Jahre mit der Drohung für einige weitere, von einem Tag auf den anderen in Untersuchungshaft genommen zu werden.

Beinahe vier Jahre der Beschäftigung mit dem Ermittlungsverfahren, der juristischen Spiegelfechterei, der Vorbereitung auf weitere Aktionen von Justiz und Polizei.

Beinahe vier Jahre der Auseinandersetzung mit politischen und staatsanwaltschaftlichen Vorladungen angeblicher Zeuginnen und der Beugehaft-Drohung gegen Aussageunwillige.

Es ist höchste Zeit, einmal zusammenzufassen, was alles passiert ist seit diesem 11. April 95. Wir tun dies auf der Grundlage einer kleinen Foto-Ausstellung, die wir im Herbst 1996 für eine (übrigens ganz tolle) radikal-Son-Party in Berlin zusammengestellt hatten.

Als Leitfaden dient uns in erster Linie nicht die Chronologie der Ereignisse, sondern mehrere **Themenkomplexe**, die wir hier darstellen wollen – wobei alle so umfangreich sind, daß sie kaum mehr als schlaglichtartig behandelt werden können.

Das Imperium schlägt zurück

Der Stand des Ermittlungsverfahrens – soweit bekannt – ist schnell dargestellt. Dann beschäftigen wir uns mit den

Zeugnissen-Vortadungen und dem persönlichen, politischen, materiellen Drumherum. Weiter geht es noch um eine Einordnung des Verfahrens in die Staatsschutz-Offensive rund um den 13.6.95.

Seite 22

Exil beginnt dort, wo die Flucht aufhört

Wir wollen etwas beitragen zu der hin und wieder aufflackernden Debatte über Flucht, Exil und die damit verbundenen praktischen wie theoretischen Probleme.

Seite 33

Militante Perspektiven

Nach einer kurzen Darstellung der Geschichte der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. (soweit uns bekannt) widmen wir uns der Debatte um die Perspektiven und Ansätze militanter Politik, die durch den gescheiterten Anschlag von Köpenick neue Nahrung bekam.

Seite 58

Von Köpenick nach Kurdistan

Der thematische Ansatz des K.O.M.I.T.E.E.s und der linksradikale Internationalismus der 90er Jahre...


Seite 77

Auf unsere einleitenden Texte folgen jeweils dokumentierte Passagen, teils ungekürzt (wenn ein direkter Bezug zum "K.O.M.I.T.E.E.-Komplex" bestand), teils in Zitaten. Es kann dabei auch inhaltliche Überschneidungen und Wiederholungen geben. Wo die Texte über eine bloße Auflistung von Ereignissen hinausgehen, stellen sie selbstverständlich nur eine oder auch einige von vielen möglichen Meinungen dar. An manchen Punkten haben wir versucht, auch entgegengesetzte Positionen bzw. die Auseinandersetzungen darum zu dokumentieren. Die Menge der irgendwie vom K.O.M.I.T.E.E.-Verfahren Betroffenen ist groß und sehr durcheinander, und es ist unmöglich, allen gerecht zu werden in der Darstellung der Ereignisse und Diskussionen. Sicher gibt es einiges zu ergänzen.

Am Ende findet ihr Hinweise auf weitere lesenswerte Veröffentlichungen.


Chronologie

Zur Auffrischung der Erinnerung hier erst einmal die Chronologie der Ereignisse:


 Am 11.4.95 entdeckte ein Streifenwagen Frühmorgens in Grünau (Berlin-Köpenick) auf einem Parkplatz an der Rabindranath Tagore-Str. zwei verdächtige Fahrzeuge, die offenbar verlassen waren. Es handelte sich um einen Pkw und einen Lieferwagen. In den beiden Fahrzeugen fanden die Bullen nach eigenen Angaben folgende Dinge: Eine einsatzbereite selbstgebaute Bombe mit 120kg Sprengstoff, Warnschilder, in denen "DAS KOMITEE" die Sprengung der nahegelegenen Knast-Bauzelle ankündigte, persönliche Papiere, darunter Ausweise/Autokennzeichen. Aufgrund dieser gefundenen Sachen wurde die Fahndung nach vier Personen eingeleitet: Bernhard H., Thomas W., Peter K. und dessen Schwester Peters Schwester, der der gefundene Pkw gehörte, stellte sich kurz danach in Begleitung ihrer Anwaltin. Sie wurde freigelassen, einige Wochen später verhaftet und dann nach einem Haftprüfungstermin wieder freigelassen. Die anderen drei Gesuchten sind seit dem elften April untergetaucht.


Der zu dieser Zeit in Berlin stattfindende Autonomie-Kongress der Linksradiakalen solidarisierte sich mit der versuchten Aktion ebenso wie mit den Gesuchten und stellte seine Abschluß-Demonstration unter das Motto "Terroristen sind die, die Abschiebekliniken bauen, und nicht die, die sie sprengen".


Beim politischen Staatsschutz wurde die Sonderkommission "SoKo Osterei" eingerichtet, die in den Tagen nach dem 11.4. verschiedene Aktivitäten anwickelte. Neben den Durchsuchungen von Meldeadressen und vermuteten Aufenthaltsorten der direkt Beschuldigten erschienen Staatsanwälte auch bei deren Eltern und bei vermeintlichen FreundInnen zu Befragungen. Ein Hof in Neutrebbin (Brandenburg), wo zwei der Beschuldigten zeitweise gelebt hatten, wurde zweimal gründlich durchsucht. Zwei Privatfahrzeuge wurden vorübergehend beschlagnahmt. Bei der Autovermietung "Autos und Wein" in Berlin wurden die Mietunterlagen für das Jahr 1994 beschlagnahmt, da der gefundene Ford Transit, der dieser Vermietung gehörte, angeblich keine Einbruchspuren aufgewiesen habe.


 Am 13.6.95 wurden im Zuge der Razzia gegen angebliche MachernInnen der Zeitschrift "Radikal" auch Wohnungen durchsucht, die die "SoKo Osterei" im KOMITEE-Verfahren auf der Liste hatte. Die Durchsuchungsbefehle richteten sich im wesentlichen gegen drei Personen, denen die Bundesanwaltschaft (BAW) eine Verwicklung in die Aktivitäten des KOMITEE anhängen wollte und will, ohne sie vorerst direkt der Mitgliedschaft oder Unterstützung zu beschuldigen. Bei einer der Durchsuchungen bestand außerdem angeblich der (absurde) Verdacht, ein Gesuchter könne sich im Haus versteckt halten. Diese Begründung mußte auch herhalten für die Durchsu-


chung eines Hofes in einem Ort in Mecklenburg-Vorpommern.


 Am 20.6.95 drangen die Bullen bei den Nachbarn des oben erwähnten Hofes in Neutrebbin ein und begründeten dies mit angeblicher persönlicher Nähe der dort Wohnenden zu den Gesuchten.


 Im Sommer 95 gab es bereits die ersten politischen Vorladungen zu Zeugnisaussagen aufgrund einzelner Funde bei den Durchsuchungen. Sie verliefen jedoch im Sande, wegen Fernbleibens der Vorgebundenen und/oder Nebensächlichkeiten der Funde.

 Am 20.7.95 erschien in der "Interim" ein kurzer Brief eines der drei Untergetauchten.

 Am 6.9.95 veröffentlichte die Gruppe "DAS KOMITEE" eine Erklärung, in der sie sich zu der mißglückten Aktion vom 11.4.95 bekannte, ihre Beweggründe und Ziele erklärte, Selbstkritik übte und sich als Konsequenz daraus für aufgelöst erklärte. Diese Erklärung wurde (privat) in den Tageszeitungen "junge Welt" und "tagesspiegel", außerdem in linksradikalen Zeitschriften abgedruckt. Am 29.9.95 durchsuchte der Staatsschutz die Redaktionsräume der Tageszeitungen, um an das Original der Erklärung zu kommen. Diese Aktion wurde am 24.11.95 vom Bundesgerichtshof abgelehnt.

 Im November 95 versuchte die BAW, die Eltern der Gesuchten einem Gen-Test zu unterziehen. Sie hoffte, dabei Indizien dafür zu finden, daß die Zigarettenkippen, die vom LKA in den beiden in Grünau gefundenen Autos gesammelt worden waren, von den Beschuldigten geraucht worden wären. Ein Elternpaar unterzog sich dem Test. Über das Ergebnis ist nichts bekannt.

 Im Januar 96 startete die SoKo Osterei ihre erste Vorladungs-Offensive. Über 20 Personen wurden als angebliche Zeuginnen zum Staatsschutz am Tempelhofer Damm vorgeladen. Soweit bekannt, kam diesen Ladungen niemand nach.

 Am 25.4.96 versuchte dann die Bundesanwältin Fischer ihr Glück und lud einige ausgewählte Personen zum Tempelhofer Damm vor. Dieser staatsanwaltschaftlichen Ladung folgten drei Personen. Eine davon beantwortete einige Fragen (siehe dazu ausführlicher das Kapitel "Das Imperium schlägt zurück"). Die beiden anderen beriefen sich auf ein Zeugnisverweigerungsrecht gemäß §35 StPO (Gefahr der Selbstbelastung). Die BAW belegte sie daraufhin mit einem Ordnungsgeld, gegen das sie Widerspruch einlegten.

In knapper Hörweite der Staatsschutz-Räume im dritten

Stock des Polizeipräsidiums fanden sich rund 150 Leute zu einer Kundgebung aussageunwilliger Menschen zusammen, was auch der BAW nicht verborgen blieb.

■ Anfang 97 war es schließlich soweit, daß der zuständige Richter am Bundesgerichtshof über den Widerspruch gegen das Ordnungsgeld entschied. In einem Fall folgte er der Argumentation des Rechtsanwaltes und entschied, daß der Geladene von der BAW faktisch als Beschuldigter und nicht als Zeuge behandelt worden sei, was zur Folge hatte, daß er nun auch formal ins Ermittlungsverfahren wegen §129a etc. aufgenommen wurde und als Beschuldigter Aussageverweigerungsrecht hatte. Nebenaspekt des Widerspruchsverfahrens war, daß die BAW gezwungen war, erstmals Einsicht in einzelne Teile der Ermittlungsakten zu gewähren.

Im zweiten Fall wurde der Widerspruch abgewiesen.

■ Im Juni 97 wurde folgerichtig die zweite Betroffene erneut von der BAW vorgeladen. Sie verweigerte wiederum die Aussage. Die BAW verlangte daraufhin ein Ordnungsgeld (das bezahlt wurde) und vier Monate Beaufsichtigung, gegen die erfolglos Widerspruch eingelegt wurde.

■ Ende Oktober 97 erschien die aussageunwillige "Zeugin" zum Haftantritt im Frauenkloster Flötzersee, wo sie bis Ende Februar 98 inhaftiert wurde.

Klüge Antwort

Als eine Sternschnuppe verglühete, lachte die Öllampe und sagte:

„Soviel Aufwand und solch ein Ende!“

Die Nacht erwiderte:

„Spote du mir, solange dein Öl reicht!“

(Rabindranath Tagore)

Grünaauer Straße
129, 129 a, b, c, d, e, f

DIE GESUCHTEN: Aus der Hausbesetzer-Szene



Gesucht: Peter



Gesucht: Thomas



Gesucht: Egon



Gesucht: Bernd

Bestenfalls: Berlin 12.4.79

„Steckt die RAF dahinter, Herr Senator?“

Sprengstoff im Kofferraum: Attentäter wollten Gefängnis in die Luft jagen

Rätsel um geplanten Anschlag

Attentäter wurden wohl gestört / 120 Kilogramm Sprengstoff gefunden

Bombenanschlag auf Haftanstalt vereitelt

BRUNNEN, 12. April 1995
Ein Bombenanschlag auf die Haftanstalt in Berlin wurde vereitelt. Die Polizei fand 120 Kilogramm Sprengstoff im Kofferraum eines Autos, das von einem Mann gefahren wurde, der als Verdächtigter in einem Bombenanschlag auf die Haftanstalt in Berlin im April 1994 verurteilt wurde.

In Berlin aufgespürt: Autobombe mit insgesamt 120 Pfund Sprengstoff

Auto-Bombe: Das sind die vier Gesuchten

Offizieller Anschlag

Generalbundesanwalt ermittelt wegen verhinderten Anschlags

Der Generalbundesanwalt hat Ermittlungen wegen eines verhinderten Bombenanschlags auf die Haftanstalt in Berlin aufgenommen. Die Ermittlungen betreffen vier Personen, die als Verdächtige in einem Bombenanschlag auf die Haftanstalt in Berlin im April 1994 verurteilt wurden.

Das K.O.M.I.T.E.E. scheitert

In die Aktion verrannt

Der Termin war wohlkalkuliert: Der Sprengstoff des Attentäters war im April 1994 im Kofferraum eines Autos gefunden worden. Die Polizei fand 120 Kilogramm Sprengstoff im Kofferraum eines Autos, das von einem Mann gefahren wurde, der als Verdächtigter in einem Bombenanschlag auf die Haftanstalt in Berlin im April 1994 verurteilt wurde.

Akteneinsicht erst nach Auslieferung

Die Akteneinsicht der Angeklagten ist erst nach ihrer Auslieferung in die Haftanstalt in Berlin möglich. Die Akteneinsicht ist eine Voraussetzung für die Verteidigung der Angeklagten.

Gen-Test der Eltern soll Sohn überführen

FALL 1

Die Akteneinsicht der Angeklagten ist eine Voraussetzung für die Verteidigung der Angeklagten. Die Akteneinsicht ist eine Voraussetzung für die Verteidigung der Angeklagten.

Die Akteneinsicht der Angeklagten ist eine Voraussetzung für die Verteidigung der Angeklagten. Die Akteneinsicht ist eine Voraussetzung für die Verteidigung der Angeklagten.

Die Akteneinsicht der Angeklagten ist eine Voraussetzung für die Verteidigung der Angeklagten. Die Akteneinsicht ist eine Voraussetzung für die Verteidigung der Angeklagten.

Polizeigrößensatz in Neutrebbin

Ein Gehört i Neunziger Winkel wird durchsucht

Anschlag auf Haftanstalt?



Gefährlicher mit Schutzhelm



Die Mühen der öffentlichen Ebenen

Das Ungeheure, selbst fragen: Warum ist es von Seiten der Betroffenen kaum öffentlicher Stellungnahmen zu ur dem gibt. Dieser Text ist eine Stellungnahme von Betroffenen – wir sind dies durch unsere persönliche Verbundenheit mit den Beschuldigten, durch Rausen, oder dadurch, daß wir von den Sicherheitsbehörden irgendwie mit den Verfolgten in Verbindung gebracht werden.

Der 11.4.95 war ein klassischer Einschnitt in das Leben der Beschuldigten. Doch auch viele Frauen und Männer drumherum hat der Schock ziemlich getroffen. Viele Alltagsleben geraten durcheinander, und in der ersten Phase, wo es außer der allmächtig erscheinenden Repressionsdrohung kaum etwas zu geben schien, schon gar keine genauen Informationen, dauerte jeder Schritt und jede Klärung dreimal so lange als sonst. Auch jetzt ist die Situation offen: Wird es noch mehr Beschuldigte geben? Wird die BAW das kon-

krete Amt für Verhaftung, ungewöhnlich durchziehen? Wird es weitere Durchsuchungen geben? In den ersten Wochen stand für uns an erster Stelle die Notwendigkeit, das eigene Leben geregelt zu kriegen und Vorkehrungen zu treffen für das, was eventuell noch kommen konnte. Einige Leute hat das viel Kraft gekostet, obwohl es eigentlich weitgehend – nur um Dinge des Alltags ging, die durch den BAW-Terror durcheinandergekommen waren.

Es darf dabei auch nicht vergessen werden, daß es ein erheblicher Unterschied ist, ob Leute im Knast sitzen oder auf der Flucht sind. Die Menschen, die in vergleichbaren Situationen, wie z.B. im Fall Kandl, gearbeitet haben, werden sicher dieselbe Erfahrung gemacht haben. Die Repressionsdrohung wird unkalkulierbar, und das Beobachtungs- und Verfolgungsinteresse der Bullen gegen das vermutete Umfeld der Untergetauchten ist groß. Es gibt plötzlich sehr viele Eventualitäten,

und Ungenauigkeiten im bisherigen Zusammenleben rächen sich. Bei allem, was veröffentlicht wird, und sei es eine banale politische Stellungnahme oder eine Chronologie, muß noch einmal doppelt so genau darauf geachtet werden, was es für Folgen hat oder haben könnte. Jede Veröffentlichung könnte die Gesamtsituation stärker festlegen und die Entscheidungsmöglichkeiten für die Verfolgten engeren.

Ein weiterer Grund ist, daß wir lange brauchen, um eingemauerten Klischees darüber zu bekommen, wie ein öffentlicher Umgang mit der ganzen Sache aussehen könnte; wozu wir etwas sagen können oder wollen und wozu nicht. Ein bißchen haben wir dabei auch darauf gewarlt, daß es eine Stellungnahme der Beschuldigten selbst gibt. Wir müssen aber insgesamt selbstkritisch feststellen: Trotz dieser Probleme hatten wir schwerlich öffentlich zugegenen Klärung, waren wir uns mehr dahintergeklümmert.

Es scheint so, als ob manche (oder viele) um uns herum eine abweisende Haltung haben und erst mal sehen wollen, was für eine Stellungnahme kommt, bevor sie eine eigene Position beziehen oder gar aktiv etwas zu der Sache machen. Wir finden das teilweise richtig, nämlich soweit es das Verhalten zu den direkt Betroffenen und Spekulationen drumherum betrifft. Politisch nahe aber durchaus auch von anderen mehr pausen können - zumindest von denen, die die politische Stimmung der geschützten Aktion gut finden und/oder denen die aktuelle Repressionswelle nicht egal ist.

Trotzdem haben wir durch unsere Trägheit im öffentlichen Verhalten dazu beigetragen, daß eine eher defensive Stimmung entstanden ist. Es entstehen Gerüchte und Spekulationen, weil manche den Eindruck haben, es werde aus irgendwelchen Gründen gemauert und Heimlichkeit betreiben.

Wir können hier nicht versprechen, daß jetzt alles ganz anders wird - dazu reichen weder unsere Kräfte noch scheint die aktuelle politische Situation das zu tragen. Wir werden uns aber bemühen, gerade im Zusammenhang mit dem, was zur 13.6.-Razzia und den Verhaftungen laßt, präsent zu sein.

Es gibt noch einen dritten Grund, der eine öffentliche Stellungnahme sehr erwünscht und teilweise ganz verheißungsvoll hat, und das ist die prekäre Lage der vierten Beschuldigten, die zeitweise von der BAW eingekerkert worden war. Ihr persönliches Bedürfnis war und ist, es solle möglichst wenig öffentlich (auch szenen-öffentlicher) Wirbel insbesondere um ihre Person gemacht werden. Sie möchte weder von irgendwem politisch vernachlässigt noch in irgendeiner Weise herangezogen werden. Wir hatten dieser Bedürfnis zu verstehen, wobei wir der Meinung sind, es wäre besser gewesen, diese Situation so auch öffentlich zu benennen.

Wir wollen auch noch kurz was sagen zu Spekulationen und dem Teil des S.O.L.I.A.C.M.I.T.E.S. Die Kritik an zu zögerlichem Umgang mit der Situation haben wir bereits aufgenommen. Neben guten Gründen für die Zurückhaltung gab es eben wirklich auch schlechte. Dem Umgang der unteren Etagen mit dem inszenierten, als die inneren Leute schon nicht oder kaum einschätzen konnten, interveniert sie durch eine Veröffentlichung in der Spekulations-Schraube mitmachen und welche immerhin dadurch verhindert werden. Wir finden es aber auch wichtig, Grundsätze entgegenzusetzen, in Ordnung irgendwelche Versuch im Werk gewinnen oder das alles ein Fort des Bullen inszeniert. Es gibt dafür keinerlei Indizien, im Gegenteil, der bisherige Verlauf des Verfahrens (das anfängliche Durchwachen bei den Bullen, die mögliche Beweislage u.a.) bringt uns zu dem Schluß, daß die Polizeistreife in Grunau zufällig und unvorbereitet auf der zwei Autos gestossen ist.

Eine Affäre-Krise an dem, was in Grunau passiert ist, finden wir allerdings zum jetzigen Zeitpunkt sehr schwierig. Wir gehen davon aus, daß diejenigen, die dort waren, ihre Fehler kennen und sich damit auseinandersetzen. Wir als Außenstehende können wenig dazu sagen. Vielen, die die bisherigen Versäumnisse, Irrungen gelernt haben, werden bestimmte Fragen auch zu Details haben. Solange aber niemand da steht und sich dazu bekümmert, in der fraglichen Nacht in Grunau gewesen zu sein, werden welche Spekula-

tionen immer auf die Beschuldigten zurückfallen und von der BAW ausgenutzt werden. Eine öffentliche kritische Auseinandersetzung sollte unserer Meinung nach anderswo ansetzen, nämlich im politischen Bereich. Das kann sowohl bedeuten, Fragen an die militanten Kerngruppen zu stellen: wie genau geht ihr mit eurer Verantwortung um (Beispiel AIZ), wie entstehen eure politischen Analysen, usw.; ah auch welchen politischen Rahmen haben militante Aktionen zur Zeit überhaupt, welche Perspektive gehört dazu?



Zähne zeigt, wer's Maul aufmacht!

S.O.L.L.K.O.M.I.T.E.E., Juni/Juli 1995

An die Internet-Redaktion, die den Text "K.O.M.I.T.E.E., RADIKAL AIZ. Die Situation in Berlin seit dem 11. April 95" (Nr. 337) fast um die Hälfte kürzert hat.

Ehrlich gesagt, waren wir halb erstaunt, unseren Text so verkürzt abgedruckt zu finden. Ihr begnadeter Zensur damit, was wir in unserem Text selber (enthalten) das eine Entschärfung der geplanten Aktion gegen den Abscheubehelms Getimms allein auf Pörsen und Bullenüberwachungen gerichtet, sich auf schwammigen Boden bewegt. Ihr bezeichnet eine solche Entschärfung als Spekulation und erklärt sie für unangebracht, da sich die Geschehnisse bislang nicht zur Sache geklärt haben. Wir können uns dem nicht so einfach anschließen. Trotz der Tatsache, dass es kein Papier von den drei Männern gibt, die von den Bullen mit der Aktion in Verbindung gebracht werden, haben wir es für möglich einige Dinge vorschützen. Grunde dafür gibt es mehrere. Ganz grundsätzlich und Einschätzungen in unseren Augen legitim, wenn aus den Texten klar hervorgeht, auf welchem Infomand sie sich stützen. Unseren Infomand haben wir durch ein präzise dargelegt. Außerdem scheinen wir ein anderes Verhältnis zu Presseinformationen zu haben, als ihr, da diese für uns nicht immer von vornehmen erstunken und erlogen sind, also eine legitime Grundlage einer Einschätzung sein kann. Es ist in der Linken durchaus nicht üblich, dass sich Gruppen und von Repression Betroffenen in allen Aktionen erklären müssen, mit denen sie in Zusammenhang gebracht werden. Deshalb gehen wir nicht wie ihr davon aus, dass wir nur eine angemessene Zeit abwarten müssen, bis entsprechende Leute sich melden und Infos aus erster Hand kommen.

In unserem Fall wurde der angemessene Zeitraum auch schon abgewartet. Der 11. April liegt jetzt so gut wie drei Monate zurück und wenn es in den Augen der Betroffenen eine dringende

Notwendigkeit gegeben hätte, sich zu dem befin, das in der Presse veröffentlicht worden, zu äußern, wäre das sicherlich kurz geschieden. Wir waren also nicht mehr darauf, dass sie sich melden und sagen, die Informationen bezüglich Ausmaß und bestimmtem Inhalt der Aktion seien von den Pörsen erhalten.

Offensiv verlor die taggen Situation der Gruppen und von Repression Betroffenen auch gar nicht, obwohl klarstellend, dass das den Bullen nicht auch was klar wird. Trotzdem sind immer wieder links Aktionen von mehreren Männern und Frauen eingeschrieben, "hervorgehoben" und kommen aus den Gerüchten, was die Abscheubehelmsführung anbelangt, es oftmals nur aufgrund von Presseinformationen, die über die Bullen kommen, für den Fall, dass die neue Gruppe an Unruhe, Fieber und Nachlässigkeiten nicht mehr werden kann, so nicht interessiert an Wort melden und das, von sich anrichtend sein können. Das gleiche gilt für die Geschehnisse, bzw. für die K.O.M.I.T.E.E.

Ihr bezeichnet unsere aktuellen Seiten, die Spekulationen. Wir beziehen uns dann auf Spekulationen, die wir mit verschiedenen Eckdaten haben, zum Beispiel, dass das ganze eine von Spindel unterstützte Angelegenheit sein müsse. Wir bezogen diese Vermutung mit einigen Überlegungen. Da in unserem Bereich mehrere über die Aktion und über die Zusammenhänge geendet und nachgedacht wird, finden wir es Ethik, das nicht auch öffentlich zu sein, solange dabei gewährleistet bleibt, dass keiner Pressen geschadet

wird. Letzteres ist in unserem Text nicht der Fall. Unter Umständen bekommen die Geschehnisse überhaupt erst durch einen Text mit, was in der ganzen Sache gedacht wird und werden so auf die Notwendigkeit sich versichern, aufmerksam gemacht. Alles in allem finden wir eine Zensur eine recht unglückliche Angelegenheit und hoffen, dass das nicht in Zukunft so weitergehandelt wird, wenn es Leute von Anwesenenden in dieser Sache gibt.



Veröffentlicht hätte diese Kritik zusammen mit dem unzensurierten Text. Ganz grundsätzlich schon wir Zensur nur in einem tatsächlich schadenvermeidenden Zusammenhang gerechtfertigt. Wo in unserem Text irgendeine Schädigung einer Person zu vermuten gewesen wäre, müsste ihr uns ausführlicher darlegen, als ihr es getan habe.

S.O.L.L.K.O.M.I.T.E.E.

Berlin, 2. Juli 1995

Zur Situation in Berlin seit dem 11. April 95:

(...)

Zur verhinderten Aktion gegen den Abschiebeknast in Berlin-Grünau:

Als Informationsquellen standen uns ein Artikel der Tagespresse und lediglich zwei (!) Flugblätter von betroffener Seite zur Verfügung. Es gibt keine Erklärung einer Gruppe, die sich zu den Vorbereitungen des Anschlags bekennt. Unser Versuch, eine Einschätzung der Sache fast ausschließlich auf der Grundlage von Presseinformationen abzugeben, bewegt sich deshalb zwangsläufig auf schwammigen Boden.

Wir zweifeln die Informationen, dass es sich bei der Knastsperrung um den im Umbau befindlichen zukünftigen Abschiebeknast Grünau handeln sollte, nicht an. Auch den blöden Zufall, durch den die Bullen auf die beiden Fahrzeuge aufmerksam geworden sind, halten wir für realistisch. Waren die Menschen, die die Aktion vorbereitet haben schon länger observiert worden, dann wäre davon auszugehen, dass sich die Bullen mit ihrem vermeintlichen Observationsgeschick gebrüht hätten und nicht stattdessen in der Presse lancieren, es hätte sich um einen ganz normalen Streifenwagen gehandelt, der auf beide Fahrzeuge aufmerksam geworden sei.

Außerdem hätte es bei der Observation der Vorbereitung des Anschlags oder bei Beivollzug eines Spruchs ein anderes Ergebnis geben müssen, als dass irgendein zweites Auto verborgen werden. Nicht zuletzt liegt es in der Verantwortung der beteiligten Leute, sich zu äußern, wenn erst in der Geschichte schräg gewesen sein sollen, konkret, wenn sie durch einen Spruch aufgeflogen wären. Wir gehen also davon aus, dass die Presseinformationen desbaldigst richtig waren, die Leute vor der Aktion zufällig überrascht wurden und irgendwie noch da wegkommen konnten. Wer auch immer es war, wir finden es nicht schade, dass der Knast nicht hochgegangen ist!

Zu dem Zeitpunkt, als die Aktion stattfinden sollte, waren die Medien voll mit Artikeln zu Asyl, Abschiebungen, Abschiebehaft... Aktuell stand der Abschluss eines Abschiebekommens mit Vietnam bereit. Debatte wird über massenhafte Abschie-

bung von Kriegsflüchtlingsen, Deserteuren, Kriegsverweigerern aus Ex-Jugoslawien. Der Abschiebestop für kurdische Flüchtlinge wurde gerade aufgehoben. Auf der anderen Seite was gemessen an den heutigen Verhältnissen, selbst die Linke vergleichsweise aktiv.

- Aktionen und Kampagnen von Bündnissen gegen Abschiebung,
- Aktionen und Flugblätter von Frauengruppen für ein vom Ehemann unabhängiges Aufenthaltsrecht für Flüchtlingsfrauen,
- breite Proteste gegen die bevorstehenden Abschiebungen von KurdInnen,
- Aufrufe von Kirchen, Flüchtlinge zu verstecken,
- Aktionswochen in Bremen,
- Demon vor den Abschiebeknasten in Gießen und Herne, Aktionstage gegen die Fällung eines Abschiebeknastes in Offenbach, Vorbereitungen für eine bundesweite Demo zum Knast in Bären.

...
- Weiter gab es mässige Aktionen beispielsweise gegen rassistische Schreibschüler in Hamburg und in Frankfurt, wo zentrale Kommunitarismendemonstrationen des Flugplatz durchgeführt wurden, um die täglichen Abschiebungen zu behindern.

In dieser Situation wäre die gelungene Sprengung eines Abschiebeknastes bestimmt von vielen begeistert aufgenommen worden. Nicht zuletzt von denen, die in diesem Land von Abschiebung bedroht werden.

Doch leider kam alles anders.

Wären die Menschen, die die Aktion geplant hatten, einfach nur überrascht worden, hätte das Ergebnis nicht sein können, dass keine drei Männer und eine Frau von der Aktion in Verhaftung gebracht werden! Öffentlichlich wurden bei der Vorbereitung des Aktion Felder gemacht.

- In einem Fahrzeug wurden Autowaspapere von zwei Männern sowie ein Fahrgeschäft einer dritten Person gefunden. Was die da zwischen hatten ist uns schleierhaft!

- Laut Presse hatte der eine Wagen (Ford Transit) gestohlene Kennzeichen. Der andere Wagen (VW Passat) war mit seinen Originalkennzeichen ausgestattet und auf die Frau zugelassen, die jetzt im Knast sitzt. Es ist für uns nicht einschlägig, wann es nötig ist, ein

illegalisiertes Auto neben ein legales zu stellen. Da wir nicht wissen, in welchem Auto die Papiere gefunden wurden (in der JW liest es sich, als hätten sie im legalen Auto gelegen), ist alles weitere Spekulation.

- Leider wurden ja laut Berliner Zeitung vom 12.4. für den Transit geklaute Mercedes-Benz-Kennzeichen verwendet. Dies sei der Bullenstreife bei der Überprüfung der abgeparkten Fahrzeuge als erstes aufgefallen (Tagespiegel vom 12.4.). Geklaute Transit-Kennzeichen wären cooler gewesen, vielleicht wäre dann nichts weiter passiert, es sei denn, die Autositten haben tatsächlich offengestanden...

- einen der grösseren Fehler und schlichtweg unverständlich finden wir die Tatsache, dass auf dem Warnzettel angeblich mit einem Gruppennamen (Komitee) unterschrieben wurde, der schon einmal bei einer anderen Aktion verwendet wurde. Mit so etwas zu einem Zeitpunkt rumzulaufen, wo man doch vor Ort und während der Aktion noch abgegriffen werden kann, ist einfach dumm! Bekennen kann man sich auch in den nächsten Tagen, wenn alle cool und sicher wieder zu Hause angekommen sind.

Sowas ist schlecht!

Aber wir haben noch nicht zu meckern. Uns ist aufgefallen, dass es so gut wie keine Öffentlichkeitsarbeit zu der ganzen Geschichte gibt.



Woran liegt das?

In der Welt vom 15.6. war zu lesen, dass die verhaftete Frau wieder freigelassen worden sei. Keine andere Zeitung bestätigte dies, so dass uns unklar ist, ob die Info stimmt. Von seiten der Bullen kein Wort, weder zu den Gründen, die zur Verhaftung führten, noch zur eventuellen Freilassung.

Wir haben das Gefühl, dass der Bundesanwaltschaft alle Zeit und aller Raum gelassen werden, ihre Konstruktionen und Schweinereien durchzusetzen. Es scheint widerspruchsfrei hingenommen zu werden, dass das, was mensch Öffentlichkeit nennt, einseitig von der BAW geführt wird! Woher soll das gut sein??

Alle Erfahrungen zeigen, dass die BAW sich an keinerlei Spielregeln hält und verfolgt und verknackst, wen und wie sie lustig ist, wenn nicht massiver öffentlicher Druck sie zwingt, wenigstens den Schein von Rechtsstaat zu wahren. Wer Repression und Schnüffelfei einfach über sich ergehen lässt, liefert sich selbst aus.

Fazit

Die jetzige Zeit ist auf so gepickt von politischen Unklarheiten, Zweifeln und einer Tendenz, die bisherige politische Identität an den Nagel zu hängen. Es gibt nur sehr wenige Initiativen, die sich mit grundlegenden Fragen

nach dem wie weiter zueinander setzen und praktische Anstöße liefern, die über Hauptache es passiert was hinausgehen. Eingeboren sein in Bewegung ist längst vorbei und eine neue Bewegung wird noch nicht so einfach mit der richtigen Aktion oder der richtigen Theorie zu erzwingen sein. Hier sie können stundenlang Strassen abgesperrt werden, Hindurchschangrouten finden, und kein Mensch kommt auf, pebelt die Bullen an, schlägt Alarm. Das denn so ist, wissen die Bullen natürlich auch und solche Zeiten sind für sie die besten, um viel Schaden durch Repressalien anzurichten. Kein Zufall bestimmt, dass Aktion Wasserschlag, wie die 90 Durchsuchungen vom 13.6. in einem Flugblatt in der Intern. finalisiert wurden, jetzt stattfindet. Da wird alles auf den Tisch gepackt, was es an Verbrechen noch so gibt, als Einschüchterungsmittel gegen die restliche Linke, ganz offen vor Kammer so bekannt. Wie erfolgreich die Gegenseite damit wird, hängt letztendlich davon ab, ob wir zu mehr in der Lage sind als zu Hause vorzüglich unsere Bude zu cleanen und darauf eingestellt zu sein, dass sie auch bei uns durchsuchen kommen.

In diesem Zusammenhang fanden wir es spitzfindig, dass einer der Firmen, die am Krawallbau in Grünau verhebt, schon zum zweiten Mal ihre

Autos abgeflackelt wurden!!

Wir fordern alle auf sich praktisch solidarisch zu verhalten:

Sammelt und spendet Geld für Bernhard, Thomas und Peter auf der Flucht und für auffällige Anwaltskosten in Sachen radikal und Komree. Besprüht und bekocht und transparenter die Stadt mit Parolen zu den kriminalisierten Verbrechen!

Überlegt euch Solidaktionen!

Und am allerwichtigsten: macht weiter an den Dingen, die auch wichtig sind!

Lasst euch durch den Misserfolg nicht abschrecken, praktisch zu intervenieren und es besser zu machen!

Grüsse an K.O.M.I.T.E.E., K.O.A.I.E.K.T.I.V., RADIKAL und die AIZ (trotz aller schwerer inhaltlicher und praktischer Differenzen)

Viele Grüsse und Power für Bernhard, Thomas und Peter! Lasst euch nicht erwischen!

Für Werner und die drei weiteren Männer, die am 13.6. festgenommen wurden: Power durch die Mauer!

Liebe Grüsse an alle gefangenen und gesuchten Genossinnen und alle, die hier aus höchst zweifelhaften Gründen verfolgt und eingekerkert werden!

LEBT UND LEST RADIKAL!

Berlin, 18.6.95



Deutschland ist Kriegspartei in Kurdistan

Erste Erklärung des K.O.M.I.T.E.E.s, Oktober 1994

Am 27.10.94 haben wir ein Gebäude des Verteidigungskreisbundes B52 der Bundeswehr in Bad Freienwalde, Kreis Märkisch-Oderland, zur ersten Bräudung zerrissen.

DEUTSCHLAND IST KRIEGSPARTEI IM VÖLKERMORD IN KURDISTAN - MILITÄRISCH, ÖKONOMISCH, POLITISCH

"Die Türkei war in der Vergangenheit auf Grund ihrer exponierten Lage an der Südoberflanke des NATO-einigeckelter auch unserer Sicherheit, Frieden und für die Zukunft nimmt ihre Bedeutung angesichts der Entwicklung im Süden der letzten Sowjetunion sowie in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostes weiter zu. Eine demokratische und in sich gefestigte Türkei kann und muß eine stabilisierende Rolle für das Verhältnis dieser Region zu Europa einnehmen. (...) Diese Rüstungshilfe (...) erfolgt in der Kontinuität auch der früheren Bundesregierungen und von allem auch im Interesse der Atlantischen Allianz." (Helmut Kohl während der Bundestagsdebatte vom 02.04.93, bei der die kurzfristige Rüstungseinsparung gegen die Türkei im Mittelpunkt stand). Diese Aussage belegt deutlich die Interesse der BRD an einer stabilen Türkei und begründet das deutsche Engagement im Krieg in Kurdistan. Der Türkei wurde die Rolle der regionalen Ordnungsmacht zugesprochen, nachdem es ihr gelungen ist, sich auf internationaler Ebene als der einzig verlässliche Partner in der Region zu profilieren. So hob Außenminister Kinkel bei einem im Januar 1994, im Anschluß an den NATO-Gipfel in Brüssel stattgefundenen trilateralen Außenministertreffen zwischen BRD-GB-TR in Ankara, die "strategische Bedeutung" der Türkei in Europas neuer Sicherheitsstruktur an der Nahestelle zu Asien hervor (tag, 21.01.94).



Ex-AKKA-Schützenpanzer in Kriegseinsatz in Kurdistan/Türkei

Konkret darauf gerichtet, Interesse als Bollwerk gegen den Vormarsch islamisch-fundamentalistischer Gruppen aus Nahen zu dienen, andererseits ein neues Machtverhältnis zwischen Türkei und der neuen Republik in Kasanien und Asien zu verankern. Letzteres Fundament kommt der Türkei auch von sich aus sehr gelegen. Die sog. Türk-Staaten (Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Turkmenistan) werden von der Türkei als "natürliche" Einfließen und "Bruder-Staaten" mit einem gemeinsamen historischen Erbe und kulturellen Verbindungen" gesehen. Ein erster Schritt dieses langfristigen Anspruchs in der Region zu verankern, will der am 19.10.94 in Istanbul mit der Türk-Republik unterzeichnete Vertrag für die "künftige Intensivierung der politischen und kulturellen Beziehungen" das. Es ist die geopolitische Lage der Türkei, die jeden Tag zahlreichen Konflikten das Leben kostet. Diese Funktion, die die Türkei in der Region ausübt, ist der Grund dafür, warum der Genozid an dem kurdischen Volk mit Billigung und Unterstützung der westlichen Staaten verlängert werden kann, ohne daß dies ernsthafte Konsequenzen nach sich zieht. Es sind diese übergeordneten Interessen, die vor allem

den Vorrang haben. Deutschland ist die bedeutsame Säule, auf die sich das Regime in Ankara stützen kann. Die 3000 Mann umfassende Anti-Terror-Einheit "Schwarze Käfer", die für ihre Killeinsatzkräfte berüchtigt ist, wurde von der GSG 9 ausgebildet. Jedes Jahr gibt es türkische "Schüler" an der Führungsakademie der Bundeswehr und verschiedene Polizeihochschulen. Die Türkei ist seit Jahren der größte Alibiher des menschlichen zweigeteilten Rüstungsexports der Welt, der BRD. Die Rüstungsexportbillionen der BRD an die Türkei von 1964/94 beliefen sich auf 6,3 Milliarden DM. Der besondere Wert der offiziell als "NATO-Verteidigungshilfe" deklarierten Lieferung im Umfang einer kompletten Armee liegt in ihrer Abgabe zum Nulltarif. In dieser Summe sind noch nicht die Kosten für verbriefte Kredite bei Waffeneinkäufen (Hermes-Bürgschaften) und von "regulierten" türkischen Rüstungskäufen zu zahlen. Die "NATO-Verteidigungshilfe", die der Türkei aufgrund eines NATO-Beschlusses seit 1964 kontinuierlich eingeräumt wird, läuft nun allerdings Ende 1994 endgültig aus. Über das Hilfsabkommen für die Jahre 1992 bis 1994 im Umfang von je 68 Millionen DM aus dem

Erst des Auswärtigen Amtes hatte Bonn der Türkei auch noch eine zusätzliche Materialhilfe im Umfang von 1,5 Milliarden DM gewährt. Dabei handelte es sich um die kostenlose Abgabe von Waffen der ehemaligen NVA der DDR. Kinkare Waffengeschäfte an die Türkei seit 1989 machen die Dimensionen der Transaktionen deutlich. Nur einige Beispiele: 30 Kampfflugzeuge Phantom, 170 Kampfpanzer Leopard 1, 300 Schützenpanzer BTR-60PB (Ex-NVA), 537 Schützenpanzer M-113, 1000 Luft-Luft-Raketen, 5000 Panzerfauste RPG-7 (Ex-NVA) mit 200000 Granaten, über 300000 Maschinengewehre Kalaschnikow (Ex-NVA), 175000 Gasmasken. ... Neben der Waffenhilfe an die Türkei im Rahmen der NATO will die Bundesregierung auch ein umfangreiches privates Geschäft abschließen. In einer Mitteilung an den Bundestag berichtet das Bundesministerium über Verhandlungen des türkischen Verteidigungsministeriums mit deutschen Firmen. Dabei gehe es um die "Lieferung von 115 Sattelzugmaschinen für Panzertransporte", sowie um 10 Mehrzweckwalschrauber. Bonn wolle das Geschäft mit 120,7 Millionen DM verbürgen. Im Verhandlungsstadium mit der Türkei befanden sich derzeit Lieferungen mit einem Gesamtwert von 1,8 Milliarden DM (Neues Deutschland 21.09.94). Daß das NATO-Programm 1995 ausläuft, bedeutet keineswegs ein Ende der Waffenlieferungen. Im Gegenteil, "private" Geschäfte von deutschen Rüstungsmultis, die auch leichter der Öffentlichkeit vorzuleihen werden können, allen voran Siemens, die zum Daimler-Benz-Konzern gehörenden Firmen AEG, Dornier, MBB, MTU und andere, gehen weiter. Dornier liefert Swinger-Luftabwehrsysteme, die DASA setzt die gelieferten Phantom-Kampfflugzeuge instand. Die Leopard-I-Panzer wurden von Krauss-Maffei speziell für die Türkei umgerüstet. Deutsche Granaten aus deutschen Leopard-I-Panzern wurden nach der Zerstörung der kurdischen Stadt Sirtak Mitte August 1992 eben dort gefunden. An einem BTR-60 Schützenpanzer (Ex-NVA) wurde der Kurde Mesut Dündar in Lize zu Tode geschleift. Die ca. 40000 "Dorfschützen", Laksien im Dienste der türkischen "Sicherheitskräfte", sind größtenteils mit G3 Gewehren der Fir-

ma Heckler & Koch ausgerüstet. Die über 300000 Kalaschnikow-Maschinengewehre fanden ihre Abnehmer vor allem bei der Geheimpolizei und den teilweise unter cover in Kurdistan operierenden Spezialeinheit "Özel-Torun", die mit Kopfgeldern bezahlt werden.

Lange Zeit wurde der Einsatz deutscher Waffen gegen die kurdische Guerilla und die Zivilbevölkerung vom Auswärtigen Amt geleugnet, später, als das nach vorgelegten Beweisen nicht mehr möglich war, als nicht vertragsgemäß gegolten. Die Beweise für diese Einsätze führen im Frühjahr zu einem kurzzeitigen Waffenembargo. Dabei handelte es sich in Wirklichkeit nur um ein Scheinembargo. Nach §13 des 1991 in Rom beschlossenen NATO-Konzept kann die Sicherheit eines Landes auch durch Terror und Sabotageakte gefährdet werden, was den Einsatz der Waffen auch in innerstaatlichen Konflikten ausläßt. Aus dem NATO-Konzept: "Die Sicherung des Bündnisses muß jedoch auch den globalen Kontext berücksichtigen. Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken berührt werden (...), der Unterbrechung lebenswichtiger Ressourcen sowie von Terror und Sabotageakten". Damit begründet die türkische Regierung ihre Militäreinsätze in Türkei-Kurdistan. Der Einsatz deutscher Waffen würde "mit im Kampf gegen Terroristen" erfolgen, was mit NATO-Richtlinien vereinbar sei. Für diese Argumentation hat auch die Bundesregierung "volles Verständnis". Außenminister Hans Dietrich Genscher. Während eines Türkei-Besuchs im Juli 1993 erklärte der Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, nach Gesprächen mit dem türkischen Generalstabschef Dogan Gunes und Verteidigungsminister Nevzat Ayaz, der Einsatz deutscher Waffen in Kurdistan sei "angemessen der Umstände als völlig legitim" anzusehen.

Erst die deutsche Waffenhilfe in Größenordnung einer Armeeausrüstung befähigt die türkische Armee dazu, das kurdische Volk zu massakrieren: 1500 Dörfer wurden in den vergangenen 2 Jahren entvölkert und zerstört, 4 Millionen Kurden sind auf der Flucht. Im August 1994 wird bekannt, daß kurdische Flüchtlinge in Konzentrationslagern gefoltert und auch

ermordet werden. Ohne die politische, ökonomische und militärische Unterstützung der BRD wäre die Türkei nicht in der Lage, den Völkermord an den Kurden zu begehen. Ohne Unterstützung läßt sich feststellen, daß die BRD heute für die Türkei die gleiche Bedeutung hat wie die USA ehemals für Vietnam und Mittelamerika. Im September begann die neueste und gegenwärtig noch am lauten heftigste Zerstörungsaktion der türkischen Armee. Allein in den letzten 3 Wochen wurden 30 Dörfer in der Provinz Dersim entvölkert und zerstört. Die Wälder der Region um Dersim werden seit August bis heute kontinuierlich durch



Luftangriffe in Brand gesetzt

Wie die Zeitung "Organ Ülke" von einem höheren türkischen Militär erzählt, lautet der militärische Befehlende für das Verbrennen von Dörfern innerhalb der türkischen Streikkräfte "Aktion Rom" – unter Bezug auf die Zerstörung Roms durch Kaiser Nero. Wie beteiligte Soldaten wiederum der Zeitung berichteten, sind die bisherigen Zerstörungen nur der Auftakt für die Vernichtung von weiteren 150 Dör-

fern und Siedlungen der Region.

DIE BRD ALS VERLÄNGERTER ARM DER AUFSTANDSBEKÄMPFUNG IN WESTEUROPA!

„Der: "Man läßt Freunde gerade auch in schwierigen Situationen nicht im Stich" (Klaus Kinkel)

Die Hetze gegen die in der BRD lebenden KurdInnen und Kurden hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Mit der seit Jahren betriebenen Kriminalisierung von KurdInnen, ihrer Verfolgung, Verhaftung und Abschiebung, mit Prozeß gegen angebliche PKK-Mitglieder nach §129a im Düsseldorfer PKK-Prozeß 1986 und schließlich

ten Aktionen der PKK in der BRD nur wenige Wochen später rief der Anfall nicht aber der eigentliche Grund des Verbotes. Damit hat die Bundesregierung die türkische Formulierung vom "Kampf gegen den Terrorismus" bis zur letzten Konsequenz übernommen. "Dunkle Helmut" hieß es dann in der türkischen Tagespresse nach dem PKK-Verbot. Am 19.07.1994 ist der türkische Generalsekretär Dogan Güres, hauptverantwortlicher Koordinator für den Krieg gegen die Kurdistanen, zu einem vierstägigen Aufenthalt von Bundeswehr-Generalsinspektor Klaus Naumann mit militärischem Ehren im Verteidigungsministerium auf der Hardthöhe empfangen worden. Nach Angaben des Ministeriums sollen Gespräche mit ranghohen Offizieren stattgefunden haben, sowie Besuche bei verschiedenen Dienststellen des Bundeswehrs.

Ende Juli 1994 verkündete Güres in der türkischen Tageszeitung "Hürriyet" denn auch, daß nur den Regierungen der europäischen Staaten die "es-
sentialistischen Kontakte" geknüpft werden seien, damit der PKK Einhalt geboten werden könnte. Zudem sei es nach Gesprächen mit Bundesverteidigungsminister Volker Rühe "unvermeidlich", daß die Straßkämpfer mit Rollen der PKK an die Türkei ausgeliefert wurden.

Seit dem Verbot der PKK sind der mit die in Verbindung getrauten kurdischen Kulturvereine werden alle von KurdInnen geplanten Versammlungen und Demonstrationen gegen die Verbote, wie auch Prozesse gegen das Vorgehen der türkischen "Sicherheitskräfte" in Kurdistan massiv kriminalisiert, anstehenden durchgeführte Aktionen werden brutal auseinandergegriffen. Staatlich gelenkte und von den Medien begünstigte aufgeblähte Hetze gegen die Kurdistanen in der BRD führen zu gewaltigen Pogromen. Vorläufiger Höhepunkt dieser Hetze war die Ermordung von Halim Dener durch Bullen beim Platzieren in Hannover. Für Kurdistanen in der BRD und Grundrechte aller freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit fälschlich und umfassend außer Kraft gesetzt. Der praktisch verordnete Notstand gegen eine gesellschaftliche Gruppe birgt in sich auch die Warnung an alle anderen oppositionellen

Kräfte in der BRD, mit ihnen ebenso verfahren zu können. Den in der letzten Zeit verhafteten KurdInnen, die an Protestaktionen teilgenommen haben und die sich z.Z. im Hungerstreik befinden, wird mit der Ausweisung bzw. mit der Ablehnung ihrer Asylanträge gedroht. "Es kann nicht sein, daß ausländische Gewalttäter ihr Gastrecht mißbrauchen und Deutschland zum Schauplatz eines Bürgerkrieges machen", so der einhellige Tenor deutscher Politiker zu den Straßenblockaden. Die Abschiebung von KurdInnen in die Türkei kann für sie, gerade wenn sie nur dem kurdischen Befreiungskampf in Zusammenhang gebracht werden, Folter und Tod bedeuten.

Wir haben nur eine Einrichtung der Bundeswehr wegen deren Zusammenarbeit und aktiver Unterstützung der türkischen "Sicherheitskräfte", auch teilnehmend für die Innen- und Außenpolitik der BRD im Zusammenhang mit dem kurdischen Befreiungskampf, als Ziel gewählt. Gerade im Hinblick auf mögliche Kampfeinsatz der Bundeswehr im Rahmen der UNO oder WEU ist der deutschen Armee mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Während des Golfkrieges waren Ende 1990 schon einmal deutsche Soldaten in Nordkurdistan stationiert. Es ist nicht auszuschließen, daß es zukünftig wieder zu Bundeswehr-Einsätzen im Zusammenhang mit NATO-Verpflichtungen auch in Kurdistan kommen wird. Die deutsche Außenpolitik hat sich das Instrumentarium zum direkten militärischen Eingreifen geschaffen und wird davon auch Gebrauch machen. Dieser Entwicklung gilt es sich entgegenzustellen.

Sofortige Beendigung der militärischen, ökonomischen und politischen Zusammenarbeit mit der Türkei! Boykottiert den Tourismus in die Türkei! Aufhebung der Verbote von Parteien und Vereinen!

Reiserecht für alle Flüchtlinge! Solidarität mit den kurdischen politischen Gefangenen in den BRD-Knästen, die sich seit dem 10.08.94 im Hungerstreik befinden!

Unterstützt den kurdischen Befreiungskampf!

DAS KOMITEE



im Herbst 1993 durch das PKK-Verbot und dem Verbot von 42 kurdischen Vereinen, hat die BRD in Europa die zweite Front im Krieg gegen den kurdischen Befreiungskampf eröffnet. Die BRD hat in der EU die Führung und auch die Voreinstellung in der Zerschlagung der kurdischen Organismen übernommen (nach Deutschland wurde auch in anderen EU-Staaten, z.B. in Frankreich, Vereinsverbote erlassen). Damit hat sich die BRD auch zu ihrem Territorium zum verlässlichen Partner der türkischen Militärs und den von ihr abhängigen politischen Systemen erwiesen. Im September 1993, während des Staatsbesuchs der türkischen Ministerpräsidentin Tansu Çiller in Bonn, wurde bereits definitiv das Verbot der PKK zugesagt. So waren die bewaffne-

Knapp daneben ist auch vorbei

Zweite Erklärung des K.O.M.I.T.E.E.s, September 1995



Nach dem Scheitern des Angriffs auf den im Bau befindlichen Abschiebekanal Berlin-Grimm am Morgen des 11.04.95 war es keineswegs sicher, ob wir uns jemals wieder zu Wort melden würden. Vieles sprach dagegen, angesichts mehrerer konkreter Beschuldigungen und völliger Unklarheit darüber, ob die RAW noch weitere Personen hinarbeiten würde. Es erschien uns zusammen mit einer Darstellung der Ereignisse zurückzuziehen, zumal wir nicht wußten, wie sich die Beteiligten in der Situation verhalten würden. Wir haben jetzt festgestellt, daß mit einer Veröffentlichung nicht länger gewartet werden kann. Da das Schweigen um die Aktion durch uns gebrochen werden muß, um den politischen Mordcharakter so weit wie möglich zu begreifen. Wir werden auf eine genaue Erklärung desers, was an diesem Abend passiert ist, aber versuchen nicht es den Beteiligten überlassen, sich dazu zu äußern, wenn sie es wollen. Wir denken nicht, daß jede und jeder alle Details kennen muß, um sich mit der Aktion und unserer Politik auseinanderzusetzen und sich zu den Beschuldigten stilvoll zu verhalten. In diesem Text geht es darum, die

schwerwiegendsten Fakten, die uns unmittelbar und zu bewussten und selbstkritisch zu reflektieren, gerade auch dann andere Dinge lernen können. Durch diese Fakten wurden Überzeugungen mit unserem Aktivismus in Zusammenhang gebracht.

Stimmt nicht mit Kompartimenten mit unserem Schicksal: wir werden unser Projekt "das K.O.M.I.T.E.E." beenden. Diese Schritte auch öffentlich bekanntzugeben, bietet sich für uns aus der Bestimmung, unserer Projekt und unserer Verantwortung gegenüber Unbekannten als

Zu Beginn der Texte erklären wir unseren Schritt, warum wir das Projekt, mit der Ausrichtung auf militärische Angriffe, gestoppt haben und warum unsere heutige Politik.

Zu unserem Projekt das K.O.M.I.T.E.E.

Seit Ende der 80er und auch verstärkt in den 90er Jahren war und ist eine radikale Linke zu beobachten, deren politische Schritte und gesellschaftlicher Einfluß von Jahr zu Jahr mehr verloren ging und deren inhaltliche wie politische Entwicklung sich immer mehr von radikalen Positionen

entfernt hat. Solange es eine gemeinsame Stärke gab, auch auf militärischer Ebene, hielten wir es nicht für unbedingt nötig, die Militäreinheit immer wieder unter dem selben Namen in Erscheinung zu treten.

Als der kommunikativer Diskussionsbedarf durch die zu beobachtende Radikalisierung der Linken abgenommen war und gemeinsam erarbeiteten Handlungsgrundlagen sich aufzulösen begannen, kamen wir zu dem Schluß, daß es nötig ist, sich als Gruppe in den Raum eines kommunikativen und öffentlich nachvollziehbaren Politik zu stellen.

Wir sind davon ausgegangen, daß Beiträge und Interventionen von Gruppen, deren Name für eine bestimmte Praxis und politische Ausrichtung steht, von der Öffentlichkeit und der Linken mit einer größeren Aufmerksamkeit gelesen, verfolgt und diskutiert werden als Veröffentlichungen von Gruppen ohne erkennbare Kontinuität. So hoffen wir im Laufe der Zeit auf die Entwicklung der linken Szene einen positiven Einfluß zu haben und Orientierungspunkte zu setzen.

Wir waren uns darüber im Klaren, daß eine solche Ausrichtung hohe Verantwortung und Genauigkeit erfordert. Fehleinschätzungen der politischen Lage, Ungenauigkeiten in der politischen Diskussion oder das Reproduzieren von überholten und falschen Politikansätzen usw. wären nicht nur auf uns, sondern dadurch, daß wir auch Orientierung bieten wollten, auch auf die Linke im Allgemeinen zurückzufallen.

Warum militante Politik

Angeichts des Dokumentumstandes der rad. Linken, ihrem häufigen Schweigen und Nichtverhalten, bedarf es einer Erklärung: warum wir uns in diesen bewegungsarmen Zeiten für militante Politik entschieden haben. Es ist heute ja

oft das Argument zu hören, nach dem Niedergang der linksradikalen Bewegung hätte ein solches "Wettermachen" keinen Sinn mehr, wobei geflüstert wird, daß revolutionäre Politik hier in den letzten Jahrzehnten gesellschaftlich immer nur eine Randposition umharrt und nie eine realistische Strategie zum Umsturz der Verhältnisse vorweisen konnte.

Konsequente militante Praxis könnte eines der Hebel sein, den Kräfte der Linken vom Glaubwürdigkeitsverlust nach außen und Mutlosigkeit und Anpassung nach innen zu durchbrechen. Radikale Kritik an der bestehenden Praxis von Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung, die nicht alle Mittel von Widerstand sucht, nutzt und erfindet, muß früher oder später den Glauben an sich selbst verlieren. Um bei unserem Beispiel zu bleiben, eine Linke, die zu recht behauptet, der Bau und Betrieb von Abschiebekäusern sei ein Verbrechen, aber nicht alle Möglichkeiten, den Bau zu verhindern, einfach in Betracht zieht, schafft sich ihre Perspektivlosigkeit auch ein ganz Stück weit selbst, sie hat ihre Niederlage schon im eigenen Kopf geplant. Unsere Methode, wäre sie erfolgreich gewesen, wäre gewiß nicht die einzige

gewesen und vielleicht nicht mal die beste, aber allemal eine bessere als die Klage über die Ausweitung linker Politik in einer sich noch nicht bewegenden Gesellschaft.

Wir denken, daß die Linke keine wesentliche Respekt vor dem Gefühl der Hilflosigkeit und des Verlusts ihrer Handlungsmöglichkeiten nehmen wird, aber sie könnte Kritik daraus schöpfen, auch mal in schlechteren Zeiten der ständigen Scheitern zwischen Denken und Handeln getrieben zu haben. Wir wollen mit unserem Namen und unserer Praxis Propaganda machen für die Möglichkeiten der direkten Fronten und Angriffen, die allen offenstehen, die sich mit Ungerechtigkeit und Unterdrückung nicht abfinden wollen.

Auch wenn wir nicht sagen, daß im heutigen gesellschaftlichen Konnex militante Politik der einzig richtige Weg ist, und wir der Meinung sind, daß es ein Fehler wäre, sämtliche Praxis auf Eis zu legen, solange wir auf der Suche nach der richtigen Strategie sind. Wir denken, daß eine Weiterentwicklung nur im Rahmen einer praktischen

Praxis von Reflexion und Tat stattfinden kann. Learning by doing. Und wenn irgendwann mal die Bedingungen günstiger sein werden, grundsätzliche Kritik am System gesellschaftlich breiter zu verankern, wird es wiederum wichtig sein, auf eine Geschichte verweisen zu können, wo wir auch in Zeiten von allgemeiner Anpassung an den Mainstream grundsätzliche Positionen nicht aufgegeben haben.

Nicht zuletzt hat radikale Politik für uns natürlich auch einen moralischen Aspekt, wenn wir die endgültige Lösung auch nicht vorweisen können, wollen wir uns nicht damit abfinden, einfach nur zuzusehen und uns unser Pläschen im Trübsenen zu sichern.

Unsere Praxis

Inhaltlich wollten wir uns nicht auf ein bestimmtes Thema beschränken. Wir hatten an Aktionen überlegt in verschiedenen Bereichen wie Geschlechter

Organisation, Faschisierung der Gesellschaft, sexistischer Rollback, Abbau des sozialen Netzes.

Als vorläufigen Schwerpunkt unserer Arbeit haben wir uns auf den Befreiungskampf des kurdischen Volkes bezogen. Wichtig war uns dabei, uns als deutsche linke Gruppierung dazu zu verhalten. Wir ergründeten das weitgehende Nichtverhalten der radikalen Linken hier als eine Bankrotterklärung. Vielmehr mußte als Begründung dafür die zum Teil berechnete Kritik an der Politik der PKK herhalten. Kritik an der PKK stellt für uns aber keine Rechtfertigung für unsolidarisches Verhalten dar. In der Verstrickung der BRD-Staates, der wichtiger Kiegepartei der Türkei im Völkermord an den Kurden in und um und sehen wir die besondere Verantwortung der deutschen Linken, ihre eigene Leinwand zu durchbrechen und sich den Bestrebungen der BRD offensichtlich entgegenzustellen.

Deutschland in Kriegspartei im Völkermord in Kurdistan - militärisch, ökonomisch, politisch - und weitaus verlässlicher Partner der türkischen Militärs, als verlängerter Arm des Aufstands bekämpfung gegen den kurdischen Widerstand in Europa.

Darauf hat sich nichts geändert. Mit einer Reihe von Angriffen auf mitverantwortliche Institutionen der BRD am Krieg in Kurdistan wollen wir das Thema in der Linken pulsen.

Der erste Schlag: Bundeswehr in Bad Freienwalde

Als erstes Objekt unserer Kampagne haben wir am 27.10.94 ein Gebäude der Verteidigungskreisbrigade 852 der Bundeswehr in Bad Freienwalde, Kreis Märkisch Oderland, nur einen Bruchteil entfernt. Damals schrieben wir dazu:

"Wir haben uns eine Errichtung der Bundeswehr wegen deren Zusammenarbeiten und aktiven Unterstützung der türkischen 'Sicherheitskräfte', auch selbstverständlich für die Innen- und Außenpolitik der BRD im Zusammenhang mit dem kurdischen Befreiungskampf, als Ziel gewählt."

In unserer Erklärung haben wir ausführlich die Zusammenarbeit der BRD-Staates mit dem Regime in der Türkei dargelegt. An dieser Stelle soll der Verweis darauf genügen. Des weiteren ha-

ben wie die Kriminalisierung der KurdInnen in der BRD als ein wesentliches Element dieser Kooperation heraus. Potenziell hätte unser Angriff auch ein Auslöser dafür sein können, daß die Bundeswehr mehr in den Mittelpunkt des Interesses rückt. Die Entwicklung der deutschen Außenpolitik war wahrlich nicht schwer vorherzusehen. Spätestens nach dem Beginn des ersten deutschen Kampfeinsatzes seit Kriegsende auf dem Balkan muß der deutschen Armee mehr Interesse entgegengebracht werden.

Insgesamt gesehen war unser erster Angriff eine symbolische Aktion, die aber im Kontext der Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf und im Rahmen der Heidekampagne gegen die PKK größte Aufmerksamkeit durch die Presse erfuhr. Damit war ein Zeichen als deutsche Linke mit dem kurdischen Befreiungskampf in Bezug zu setzen, brei in die Öffentlichkeit getragen.

Auf dem Weg zum zweiten Schlag

Der BRD-Staat wird seiner Aufgabe, den kurdischen Widerstand in der BRD gegen den Völkermord in Kurdistan zu brechen und zur Repression zu überziehen, weiterhin geseht.

Massenabschiebungen sind ein Garant des "inneren Friedens" und Kern imperialistischer Flüchtlingspolitik.

Die zynische, alle paar Wochen wiederkehrende Debatte um die Aufhebung des Abschiebesperr für KurdInnen, anfänglich aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung, noch auf sog. "Strafmaßnahmen" beschränkt, die ihr "Gastrecht" in Deutschland mißbraucht hätten, wurde schnell als eine allgemeingültige, für alle anwendbare Angelegenheit betrachtet. Besonders hervorgerufen bei der Durchsetzung dieser Linie haben sich die Minister Kasper (Bund), Beckstein (Bayern, Burschlauerstr. 23, 90473 Nürnberg), Eggert (Sachsen, mittlerweile abgesetzt) und Heckelmann (Berlin). Abschiebung in Elend, Folter und Tod als drohendes Damoklesschwert für die KurdInnen sollen hier die Friedhofsinszenierung erzwingen, die für die Umsetzung übergeordneter ökonomischer und hegemonialer Interessen der BRD-Staates nötig ist.

Neben den KurdInnen sind auch andere Flüchtlingsgruppen betroffen. So



Abschiebeknast Berlin-Köpenick, Grünauer Straße

begannen Massenabschiebungen von Kriegsflichtlingen und Deserteuren aus dem ehemaligen Jugoslawien. Das Deportationsabkommen mit Vietnam "Rücknahme" der vietnamesischen Staatsangehörigen als Voraussetzung für wirtschaftliche Hilfen, stand vor dem Abschluß.

Abschiebungen größerer Stöße müssen organisiert werden, dafür bedarf es ausreichender Kapazitäten in der Abschiebehäft, denn die wenigsten gehen freiwillig.

In Berlin wird zu diesem Zweck der ehemalige DDR-Frauenkloster in Grünau umgebaut. Mit bis zu 400 Haftplätzen werden damit die Kapazitäten der Abschiebehäft in Berlin mehr als verdoppelt. Die Konzentration der gesamten Abschiebeprodukt und die günstige verkehrstechnische Anbindung an den Flughafen Schönefeld effektiviert und organisiert fließendmäßig die Abschiebung und verbilligt den ganzen Ablauf enorm.

Dieser neue Abschiebeknast geriet als zweites Angriffsziel in unseren Blick.

Die Kapazitäten der bisherigen Abschiebehäft in der Kruppstr. und des Gefangenenamtsstellen der Polizei in der Gothaer Str. und Beimerstr. stießen längst an ihre Grenzen. Überbelegung und unhaltbare inhumane Zustände führten öfters zu Revolten

und zu Protesten humanistischer Gruppen. Diese Proteste beschränkten sich in den meisten Fällen auf das Aufzeigen von Missetaten in der Abschiebehäft, prangerten aber nicht Abschiebehäft und Abschiebungen als solche an. Symptomatisch dafür ist die Forderung eines gewissen Albert Eicken, Fraktion Bündnis 90/Grüne, der im Oktober 94 meinte, es sollen nur noch AusländerInnen inhaftiert werden, deren Abschiebung unmittelbar bevorsteht.

Als "Zwischenlösung" für das Problem Überbelegung wurde der ehemalige US-Militärkloster in der "McNair"-Kaserne in Steglitz mit 30 Abschiebehäftlingen belegt. Laut Pressemeldungen von Ende Juli 94 sollten auch auf dem Polizeistandort Gellertallee (Lankwitz) kurzfristig 80 neue Haftplätze entstehen, was daraus wurde, wissen wir nicht.

Um den öffentlichen Protesten in Zukunft zu begegnen, warb der Innenminister, wie es auch schon bei den High-Tech-Knasten Weierstadt oder Plötzensee der Fall gewesen ist, mit den vielfältigen Vorzügen des neuen Knastes in Grünau: ausreichend Kapazitäten, Gemeinschaftseinrichtungen, kleine Vollzeiteinheiten, Krankenstation, Sportanlagen, DolmetscherInnen und SozialarbeiterInnen, ja sogar für

mehr Platz für Hofgänge war gesorgt, damit "sich die Abschiebebehäftung auch mal die Füße vertreten können" (Norbert Schmidt, Pressereferent der Senatsverwaltung für Inneres).

Abrutschende Flüchtlinge sollen sich noch mal so richtig wohl fühlen in deutschen Abschiebekästen, bevor Deserteure aus Jugoslawien ihr Leben dem nationalistischen Wahn opfern sollen und Künftigen in den Folterkellern des türkischen Geheimdienstes MIT verschwinden.

Letztlich sehen diese Maßnahmen aber nur für mehr Kontrolle und das Verhindern von Revolten und Ausbrüchen, sowie für die Rationalisierung der Abschiebeverfahren. Zudem wird damit den Protesten gegen inhumanen Zustände in der Abschiebehalt die Würde abgegraben.

Es geht nicht um Humanisierung als Ziel. Es geht um die Abschaffung der Abschiebehalt als Schritt auf dem Weg zum generellen Aufenthaltsrecht für alle Flüchtlinge.

Als unseren Beitrag dazu war die Sprengung des Knautes in Grünau geplant. Ein Gelingen der Aktion hätte weit mehr als symbolischen Charakter gehabt. Es hätte einen effektiven Eingriff in die Umsetzung der Abschiebebeschlüsse bedeutet und den Ausbau der Maschine zumindest vorübergehend gestoppt.

Zur verhinderten Aktion in Grünau

Vieles davon, was in der Presse über die Geschehnisse vom 11.04. berichtet wurde, ist richtig. Das Auffinden der beiden Fahrzeuge auf dem Waldparkplatz an der Rabindranathstraße war tatsächlich auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen. Eines war gestohlen und enthielt die Sprengsätze und anderes Material für die Aktion, z.B. einen Zylinderchloßausheber, den wir mitführten, um überraschenderweise doch verschlossene Türen öffnen zu können, während in dem anderen diverse Ausweispapier und weitere persönliche Gegenstände waren. Eine durch den Wald schlängelnde Bullenstreife wurde auf die Aktion aufmerksam und durchsuchte sie. Diese Konstellation zweier Fahrzeuge, die den Bullen die Fährdung nach vier Personen ermöglichte, war aber nicht das Ergebnis irgendeiner Planung,

sondern Resultat einer Panne, in deren Folge wir relativ kampflos die Gefährdung Unbeteiligter aus den Augen verlieren haben. Näheres dazu wollen wir nicht sagen, wir überlassen es den Geschworen, die tatsächlichen Gründe, warum sie in die Fährdung geraten sind, offen zu machen, wenn sie das wollen.

Richtig ist, daß der Abschiebeknaut gesprengt werden sollte.

In der Presse wurde behauptet, der Knaut wäre bestens bewacht gewesen. Das stimmt so nicht. In einem Gebäude in einer Ecke des Geländes war eine Wache, die offensichtlich auch besetzt war. Streifengänge der Wache auf dem Gelände des Knautes könnten wir mit unserer Beobachtung, und dafür gibt es gute Möglichkeiten, nicht einsehen. Tage nach unserer verhinderten Aktion wurde ein Wachmann mit Büchse bewacht, das war vor der Aktion nicht so. Einmal mit Leinern die Mauer überwunden, konnten wir über das ganze Gelände spazieren und in den Gebäuden herumsehen. Es gab keine verschlossenen Türen.

Für die Sprengung wurden 4 Propagatagelassen mit je 30 kg Natriumchlorat-Pulverrauch-Gemisch (R0 20) bestückt und zur Zerstörung versehen. Die Flaschen hätten wir im Keller, in der Nähe stehender Bauteile, deponiert. Die tragende Substanz des Hauptgebäudes sollte so weit zerstört werden, daß aufgrund der statischen Schäden der gesamte Knaut hätte abgerissen werden müssen.

Im Treibstoff lagen Tafeln, die vor der bevorstehenden Sprengung waren und mit dem Namen der Gruppe unterschrieben waren. Sie sollten an den diversen Eingangsstellen des Gebäudes angebracht werden, um eventuell doch auf einem Streifengang befindliches Wachpersonal vor dem Eintritt in das Gebäude zu warnen und sie aufzufordern, sich in Sicherheit zu bringen. Dies war aufgrund unserer Beobachtungen aber nicht zu erwarten.

Es war ausgeschlossen, daß weitere Personen durch den Angriff gefährdet werden würden.

Meldungen, wonach im Tierschutz gemacht Bomben gestanden hätten, die Zerstörer richteten und um damit eingegriffen wären, sind einfach nur lächerlich.

Dazu gehört auch die Behauptung,

unser Selbstmörder hätte die achtfache Sprengwirkung der Oklahoma-Bombe (in Oklahoma/USA wurde im April ein Verwaltungsgebäude, in dem sich ein Büro der CIA, aber auch ein Kindergarten befand, vermutlich von Faschisten zerstört). Eine Assoziation mit den toten Kindern von Oklahoma sollte herbeigeführt werden. Die Bombe in den USA bestand aus 95% Ammoniumnitrat (Düngemittel) und 5% Benzin oder Diesel (Kohlenstoff) und nicht dann "richtigen" Ammoniumnitrat, das der über eine weitaus größere Sprengkraft verfügt als Natriumchlorat-Gemisch.

Die Pressemeldungen entsprechen nicht nur der Unkenntnis und den Phantasievorstellungen der GaunerschreiberInnen, sondern decken sich mit dem Interesse des Staates, aus dessen Feder sie stammen könnten. Ziel ist es, ein Feindbild zu erzeugen, durch das alle an potentiellen Opfern unserer Aktion hätten werden können und alles möglich verwerflich dargestellt. Dadurch soll eine Auseinandersetzung mit dem politischen Kontext unserer Aktion und eine mögliche Solidarisierung unterbunden werden.

Zu unseren Fehlern

Für die Ausführung der Aktion hatten wir uns einen festen Termin gesetzt, dem ein, wie sich herausstellte, äußerst knapp berechneter Zeit- und Arbeitsplan vorausging. Je näher der Tag der Aktion kam, desto deutlicher wurde,



daß wir keinen Raum miteingeplant hatten, um neu auftretende Probleme und die latent vorhandenen Ängste der Einzelnen zu thematisieren und kollektiv lösen zu können. Wir verfielen einem Mechanismus, der in unserer Männerkultur nicht unbedingt neu war; es wurde von jedem Einzelnen verantwortlich am eigenen Aufgabenbereich gearbeitet.



ter und dabei der Blick für das Ganze verloren. Grundsätzlich muß als Fehler benannt werden, daß bei jeder Aktionsplanung, und insbesondere bei einer von dieser Dimension, immer die Zeit für gemeinsame Zwischenräume bleiben muß. Aufgrund eines gestreckten Zieles bzw. der Einhaltung eines Zeitplans darf nicht über die aktuelle Situation der einzelnen Beteiligten hinweggegangen werden.

Bei der in Grünau geplanten Aktion hatten wir baugleiche Zeitgeber wie bei unserem Angriff auf ein Gebäude der Bundeswehr in Bad Freienwalde verwendet, außerdem hatten wir die Warnzettel mit unserem Namen unterschrieben. Dadurch haben wir uns schon vor Beendigung der Tatdurchführung in Zusammenhang mit einer vorangegangenen Tat gebracht. Viele haben sich sicherlich gefragt, wie wir auf diese Regelverletzung des autonomen Einmaleins gekommen sein könnten. Hier die alles erklärende "Logikkette": Zunächst mal hatten wir uns schon lange vor der Grünauplanung auf einen Zündertypus spezialisiert, auf dessen Funktionstüchtigkeit wir uns verlassen konnten.

Für die Grünau-Aktion hatten wir zwar noch die Möglichkeit einer abweichenden Zündvorrichtung, angedacht, diese courtliche Arbeit aber aus folgenden Gründen sogleich wieder verworfen. Wir sind davon ausgegangen, daß eine Entdeckung und Festnahme von uns wenn überhaupt denn auf dem hochummauerten Gelände des Krautes stattfinden würde, wo Fluchtmöglichkeiten ausgesprochen schlecht waren - Kraut halt. Da wir das mögliche Strafmaß für die Sprengung des Krautes als sehr hoch eingeschätzt hatten, machte sich bei uns das Gefühl breit, die Freienwalde-Aktion würde diesbezüglich den Kohl auch nicht weiter fett machen. Also konnten wir beruhigt dieselbe Zündvorrichtung benutzen.

Und da wir nach unserer Logik dadurch den Zusammenhang mit Bad Freienwalde offengemacht hatten, sprach nichts mehr dagegen, die Warnzettel auch noch mit unserem Namen zu unterschreiben.

Zum einen gingen wir davon aus, daß mit unserem Namen unterschriebene Warnzettel unserer gemeinsamen wurden. Zum anderen wollten wir da-

durch erreichen, daß bei einer erfolgreichen Sprengung schon die ersten Pressemeldungen den Bezug zur ersten Aktion herstellen und somit den politischen Kontext der Aktion veröffentlichen würden.

In dieser "Logik"-Kette macht sich unsere damalige "Alles-oder-Nichts"-Haltung deutlich. Wie der Verlauf der Nacht und die weiteren Ermittlungen der Bullen zeigen, war dieses Vorgehen viel zu kurz gedacht. Die, die durch unsere Fehler im Visier der Bullen geraten sind, haben sich nun mit dem Problem auseinandersetzen, daß ihnen die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird. Das wäre ohne die Baugleichheit und die unterschriebenen Warnzettel für die BAW nicht so einfach gewesen. Diese Vorgehensweise stellte auch für uns selbst eine unnötige Gefährdung dar. Jede Aktion sollte so geplant werden, daß bei einer Festnahme vor oder während der Aktion einem/e nicht auch noch vorangegangene angelastet werden können.

Exhibit:

Engagiert dem durch die Presse vermittelten Bild, Berlin-Grimm hässlich vor einer Kamillaschleife gestanden wäre die von uns geplante Aktion durchführbar gewesen. Tatsache ist aber, daß wir in der Planung einiges an schwerwiegenden Fehlern produziert haben. Unsere Meinung nach war der Größte, uns nicht die ausreichende Zeit gelassen zu haben, im richtigen Moment nicht von dem einmal gesetzten Termin abgelassen zu haben und bei auftretenden Pannen weder Ausweichmöglichkeiten noch den nötigen Raum für deren Beseitigung eingeplant zu haben. Die meisten der weiteren Fehler sind aus diesem Zersdruck heraus entstanden, dem Unvermögen, die Probleme so ausreichend und gemeinsam zu diskutieren, bis für alle die besten Lösungen gefunden ist.

Wir müssen aus diesem Fehlen Konsequenzen ziehen. Die Funktionalisierung von Personen, die sie der Kunst in die Hände gespielt haben, können wir durch unsere Institutionen darüber nicht rückgängig machen. Wir können nur verhindern, soweit das in unsere Mächte geht, den Schaden so weit als möglich zu begrenzen.

Unserer Meinung nach ist die Verantwortung und die Rolle des Staates in der Wirtschaft zu verorten. Der Staat ist ein bestimmter Akteur, der die Wirtschaft beeinflusst und die Wirtschaft in der Wirtschaft zu verorten. Der Staat ist ein bestimmter Akteur, der die Wirtschaft beeinflusst und die Wirtschaft in der Wirtschaft zu verorten.

Wir werden unsere politischen Arbeit der K.O.M.I.T.E.E. überlassen. Diese Entscheidung haben wir aufgrund der Gesamtheit der nur uns zurechenbaren Fehler gefällt. Eine Weiterführung unserer Politik unter diesem Namen können vermutlich auch nach den von Beschuldigten zur Last gelegten Verbrechen. Wir können die Verantwortungen, deutscher Gesandte in China-Prozessen und wissen, daß die Angeklagten nicht nach Verurteilung, sondern nach politischer Opportunität beurteilt werden.

Unsere Entscheidung ist kein Abgang auf militärische Mittel, sondern ein Abgang auf politisches. Wir finden es nach wie vor wichtig und richtig, auch mit militärischen Mitteln, in die politischen und militärischen Pläne der Herrschenden einzugreifen und ihre Projekte, wo immer

möglich, zu betonen, auszuheben
und zu verbinden.

Wir freuen uns sehr über die Initiative des KÖLLE-KTIVs, die unser Thema aufgrillen haben und konstruktiv unterstützen.

6.995 DASKOALITE F

**DAS IDEALE
FLUCHTAUTO.
WENN DIE BÜLLEN
ZU FUSS KOMMEN.**



Das Clio ist ein vollwertiges Fahrzeug, das sich auch bei den strengen neuen Vorschriften erfüllen. Mehr Informationen gibt es bei den Renault-Verkaufsstellen. Außerdem ist es ein Clio, der sich auch bei den strengen Vorschriften für Collegefahrer erfüllen kann. Außerdem ist es ein Clio, der sich auch bei den strengen Vorschriften für Collegefahrer erfüllen kann.

LEBENSDIENST: WIE KOMMT MAN DABEI?

RENAULT

Das Imperium schlägt zurück

Wie die Staatsschutz-Bullen es mit ihrem eigenen speziellen Humor richtig auf den Punkt brachten, als sie ihre So-Ko 'Gästel' nannten, war der Fund vom 11.4.95 für sie ein unerwartetes Geschenk. Es gab und gibt bis heute keine Hinweise darauf, daß die Sicherheitsbehörden irgendeinen Hinweis auf den geplanten Anschlag gehabt hätten. Der Streifenwagen stieß zufällig in Grünau auf die beiden Fahrzeuge. Es dauerte danach einige Stunden, bis die Polizeiwache warmgelaufen war, bis es zu Durchsuchungen und der anschließenden Fahndung kam.

Auch in der Folgezeit entstand immer wieder der Eindruck, daß der Ermittlungseifer vor allem des Staatsschutzes begrenzt blieb und nicht durch politischen Druck von oben geschürt wurde. Die Bundesanwaltschaft (BAW) in Karlsruhe selbst beschwerte sich über den schleppenden Gang der Ermittlungen.

Das Problem der Ermittlungsbehörden war und ist, daß sie außer den Funden in Grünau kaum etwas greifbar verwertbares vorzuweisen haben. Ein §129a-Verfahren und die damit verbundene Behauptung einer existierenden 'berrontistischen Vereinigung' namens KOMITEE ist zwar rasch in die Welt gesetzt, und auch Haftbefehle und Vorladungen sind damit leicht zu begründen. Weniger leicht, so es, nachzuweisen, wer dieser Vereinigung angehört oder sie unterstützte, bzw. wer mit dem Anschlagversuch vom 11.4.95 wirklich in Verbindung zu bringen ist.

Diese Beweislücke zeigt sich in den Versuchen der BAW, die Lücken in der Beweisreihe zu schließen. So sollten im Sommer 1995 Spuren roter Sprühfarbe, die auf dem Gelände in Neustreblitz entdeckt worden waren, verglichen werden mit Spuren ähnlicher Farbe, die beim Anschlag des KOMITEE 1994 in Bad Freienwalde zurückgeblieben sein sollen. Dadurch sollte ein Zusammenhang hergestellt werden zwischen den Gesuchten und der Gruppe KOMITEE. Die Eltern der Gesuchten sollten sich im November 95 einer DNA-Analyse unterziehen; die BAW hoffte offensichtlich, durch den Gen-Abgleich mit Zigarettenkippen, die in den Autos in Grünau gefunden worden waren, diese Zigaretten den Gesuchten zuordnen zu können. Dieser Versuch der BAW war gleichzeitig ein Testballon, denn die Identifizierung einer Person über die DNA ihrer Eltern war vorher noch nicht versucht worden. Die mögliche Aussagekraft dieses Vergleichs ist wissenschaftlich umstritten, selbst die BAW räumt ihr nur eine Sicherheit von 'über 50%' ein.

Anfang '96 dann folgte der Versuch, über die Ladung zahlreicher vermeintlicher Zeugen das Umfeld der Betroffenen durchsuchbarer zu machen. Auch dieser Ansatz der Ermittlungsbehörden verlief praktisch ergebnislos.

Ohne die Aktenlage zu kennen, kann doch vermutet werden, daß es mit den Beweisen der BAW für die Beteiligung

irgendwelcher Menschen an den KOMITEE-Aktionen nicht weit her ist. Die Aussagen angeblicher Augenzeugen erwiesen sich als unhaltbar - so behauptete jemand, die Gesuchten in der Nähe des Tatortes gesehen zu haben, was durch Foto- und schließliche Alibi widerlegt werden konnte. Die BAW dachte bei dieser Gelegenheit mit Verfahren wegen

Falschaussage gegen Entlassungszugewinn, die über jeden Verdacht der Voreingenommenheit erhaben waren - einmal mehr bewiesen die VertreterInnen der Karlsruher Sonderbehörde, daß ihnen krankhafter Beirufes gegen alles, was ihnen im Weg steht.

Hätten sich in Grünau irgendwelche Beweise für die Anwesenheit der Beschuldigten gefunden, so hätte die BAW sich Strohhalme wie die Gen-Analyse der Eltern sparen können. Insofern unterscheidet sich der Stand der Ermittlungen 1998 wahrscheinlich nicht oder kaum vom Stand im Mai 1995, mit

dem Unterschied, daß die Ermittlungsbehörden in der Zwischenzeit viele Informationen über das soziale Umfeld der Beschuldigten gesammelt haben dürften.

Das Ergebnis ist eine Art Pakt. Die BAW kann nicht beweisen, daß alles so war wie sie behauptet, hat aber genug in der Hand, um die Haftbefehle gegen die drei Hauptbeschuldigten aufrechtzuerhalten. Und da in politischen Verfahren oft aus Vermutungen der BAW 'Beweise' werden und aus rechtsstaatlichem Wunschenken 'Urteilsbegründungen', ist es absolut verständlich, daß die drei Gesuchten sich weiterhin dem Verfahren entziehen.

Für die Anwälte der Beschuldigten gibt es nach wie vor fast keine



Möglichkeit, in das Verfahren einzugreifen. Die Akten werden ihnen - bis auf kleine Ausnahmen - vorenthalten.

Die juristische wie die öffentlich-politische Auseinandersetzung hat sich deswegen schon bald nach dem Vorfall auf den sichtbaren Bereich der Vorladungen von angeblichen Zeugnissen verlagert.

So wenig effektiv die Ermittlungen von SoKo 'Österreich' und BAW im juristischen Sinne auch waren, sie hatten doch massive Auswirkungen auf den Alltag der Betroffenen. Zuerst rollten zwei Durchsuchungswellen über sie hinweg, verbunden mit polizeilicher Observation und Einschüchterungsversuchen.

Insgesamt sieben Menschen hat die BAW dabei besonders im Visier. Die drei Abgesuchten, eine Beschuldigte, die vorübergehend in U-Haft war, sowie drei weitere Leute, die als 'Verdächtige' geführt wurden, um sie je nach Bedarf als Beschuldigte oder Zeugnissen im Verfahren einbauen zu können. In einem dieser drei Fälle wurde inzwischen vom BGH dieser Trick der BAW für unzulässig erklärt und festgestellt, daß der Betroffene als 'Beschuldigter' zu führen ist.

Rund dreißig weitere Leute müssen als potentielle angebliche Zeugnissen mit Vorladungen durch die BAW rechnen.

Bei Verweigerung der Aussage droht ihnen ein Zwangsgeld von bis zu 1000,- DM und bis zu sechs Monaten Beugehaft.

Für edliche Menschen greift also auch nach drei Jahren noch der Repressionsdruck in ihr alltägliches Leben ein. Wenn sie umziehen, sich verlieben, einen Job annehmen, einen Urlaub planen, immer lauert dabei der Gedanke, daß sie auf einmal für sechs Monate im Knast sein könnten oder auf andere Weise noch in das Verfahren hineingezogen werden könnten. Dieser Aspekt der Verunsicherung ist sicher nicht eigentliches Ziel der BAW-Maßnahmen, aber doch willkommene Nebenwirkung.

Anonyme Aussageunwillige

Im Sommer 1995 setzten sich erstmals Betroffene und deren FreundInnen zusammen, um zu überlegen, wie mit dem ganzen Thema 'Zeugnissen-Vorladungen' am besten umzugehen sei. Daraus entwickelte sich sowohl eine Beschäftigung mit dem konkreten Fall als auch eine allgemeinere Diskussion über Aussagen, Verrat (oder nicht), Umgang mit Repression. Grundlage dieser Auseinandersetzung war die Einsicht, daß es nicht damit getan ist, starke Parolen gegen Aussagen zu verbreiten und Geld für Leute in Beugehaft zu sammeln. Vielmehr muß berücksichtigt werden, welche Menschen in welcher Lebenssituation be-

troffen sind und wie ihnen am besten der Rücken zu stärken ist gegen den Angriff der Ermittlungsbehörden. Angesichts der Unterschiedlichkeit der von Vorladungen bedrohten Personen wäre es völlig aussichtslos gewesen, eine 'Einheitsfront' gegen die BAW schmieden zu wollen.

Es hat darum auch keinen Sinn zu behaupten, Aussagen werden es grundsätzlich nicht geben. Ein paar Aussagen wurden in verschiedenen Formen gemacht, auch von Leuten, die



sich der linksradikalen Szene zurechnen lassen. Sie kamen in klassischen Situationen zustande: Wenn Menschen unvorbereitet in eine Verhör-Situation geraten, der sie darum nicht gewachsen waren. Ein Verhör hat oft keine klar bestimmbar Grenzen, und das mit Absicht. Es ist eine typische Verhörschikane, die interviewenden Fragen an Routinevorgänge anzukoppeln oder nach einer Disziplin eine scheinbar lockere Phase folgen zu lassen. Ideal für den Verhörenden ist es, wenn sein Gegenüber aus irgendwelchen formalen Gründen mit ihm reden muß bzw. will. Wer etwas sichergestellte Gegenstände abholen will oder sich kurzfristig mit einem schweren (und möglicherweise auch vollkommen abwegigen) Beschuldigung konfrontiert sieht, wird nach der Klärung dieser Situation oft vom Staatschutz-Bullen zu hören bekommen: 'Jetzt aber mal ganz privat, nicht fürs Protokoll', oder 'was ich noch kurz wissen wollte', oder ähnliches.

Das scheint leicht zu durchschauen, wenn es hier trocken niedergeschrieben steht, aber in der Praxis funktioniert es leider immer wieder.

Ein Mensch ist einer BAW-Vorladung im April 96 gefolgt, hat dort ein paar Fragen beantwortet und sich damit selbst kurzzeitig in eine unangenehme Lage gebracht. Auch hier wurde der alte (und natürlich nicht erlaubte) Verhörschikane angewandt, jemanden vom Zeugen plötzlich zum Beschuldigten werden zu lassen, um ihn unter Druck zu setzen und nervös zu machen und dadurch unkontrollierte Äußerungen herauszulocken. Im Beisein seines Anwalts hätten sie sich das möglicherweise nicht erlaubt. Zu seinem Glück schien die BAW dann doch nicht sehr interessiert an ihm zu sein - es bleibt zu hoffen, daß es ihm eine Lehre sein wird, sich das nächste Mal vorzubereiten und (auch anwaltschaftlich) besser beraten zu lassen.

Insgesamt sieht es danach aus, als ob die einzelnen Aussagen, die Staatschutz und BAW ergattern konnten, den Ermittlungen nicht viel weitergeholfen haben - soweit sich das ohne Einblick in die Akten beurteilen läßt. Aber es zeigt sich daran einmal mehr, wie wichtig es ist, sich als Betroffene mit den möglichen Verhörsituationen rechtzeitig auseinanderzusetzen - also mit 'inoffiziellen' wie mit 'offiziellen' Verhören. Und es zeigt, daß mit platten Formeln wie 'Aussage = Verrat' überhaupt nichts gewonnen ist.

Das Thema 'Aussagen - was tun, wenn's passiert ist?' er-

wies sich als immer komplexer, je länger darüber diskutiert wurde. Es wurde deutlich, daß die Situation, in der Aussagen stattfinden, eine große Rolle spielt: Ist es im Verlaufe eines Gerichts-Prozesses, eines Ermittlungsverfahrens, am Kneipentisch? Werden Personen belastet, Zusammenhänge aufgedeckt. Banalitäten erzählt? Ist sich die Person be-



wußt darüber, was sie sagt und was nicht? Welches Verhältnis besteht zu denen, denen die Aussagen schaden könnten, und wo ordnet die aussagende Person sich selbst ein? Und was ist zu tun, nachdem jemand tatsächlich Aussagen gemacht hat? Jeder Versuch einer Vereinfachung, einer Zusammenfassung führte unweigerlich zu noch längeren Papieren, noch grundsätzlicheren Begriffsdefinitionen und letztlich zu der Einsicht, daß es keine allgemeingültigen Tipps zu dem Thema geben kann, sondern immer der konkrete Fall mitzubetrachtet werden muß - zumindest dann, wenn es um mehr geht als die Grundwahrheit, daß es als Versuch anzusehen ist, wenn jemand andere Menschen bewußt ausleiert (wie etwa Klaus Stammerz Anfang der 90er Jahre in Wiesbaden). Es wird also auch diesmal nichts mit dem 'Aussage-Krieg' für Autonomie.

Das Ziel ist und bleibt, daß es so wenig Aussagen wie nur möglich gibt. Wenn jemand durch die Auseinandersetzung mit der Situation dafür kommt, sehr viele Fragen nur eine zu beantworten, dann ist das ein ebenso großer Erfolg, wie wenn jemand statt einer gar keine beantwortet. Wenn jemand versucht, sich durch den §55 (Gefahr der Selbstbelastung) dem Verhör zu entziehen und die Beugehaft damit zu vermeiden, so ist das nicht aufzurechnen gegen beispielsweise den anderen Weg, von vornherein jedes Gespräch zu verweigern und mit gepackten Taschen zum Verhör zu erscheinen. Es ist unmöglich, von vornherein und allgemeingültig zu entscheiden, welches Vorgehen am sinnvollsten ist, denn dazu müßten die Absichten der Verhörenden bekannt sein, und das sind sie meistens nicht oder nicht ausreichend. Das heißt aber nicht, daß nicht vorher überlegt werden sollte, was ihre Absichten sein könnten. Wichtig ist auch, vorher mit den/der Anwälten genau zu besprechen, wohin die Reise gehen soll. Wenn es angesagt ist, sich unter vier Augen zu beraten, wieviel Eingriffsfreiheit er/sie hat...

Der in ZeugInnen-Kreisen 1995/96 viel diskutierte §55 StPO erwies sich einmal mehr nicht als Wundermittel gegen drohende Zwangsmaßnahmen, sondern als vom Einzelfall abhängiger, manchmal gangbarer Weg.

Es bleibt als vorläufige Einschätzung der Eindruck, daß der differenzierende Umgang mit der Situation sich bewährt hat und alles dafür spricht, daß die BAW auch bei zukünftigen Ladungen wg. 'KOMITEE' auflaufen wird, auch wenn

das für einzelne enorme Belastungen bis hin zur Beugehaft bedeuten kann.

Das Osterel und der Schwan

Schließlich noch etwas zur Einschätzung des KOMITEE-Verfahrens an sich und im Verhältnis zu anderen Angriffen der Staatsorgane.

Im Unterschied zum Verfahren gegen die 'Radikal' (LKA-Sonderkommission 'Schwan') oder die 'AIZ' war das KOMITEE-Verfahren kein von langer Hand vorbereiteter Schlag. Der Zufallserfolg in Grinaw palte gut in die Kampagne von Bundesanwaltschaft und Innenministerien gegen die linksradikale Szene, scheint aber zumindest für den Berliner Staatsschutz eher unwillkommene Mehrarbeit gewesen zu sein. Bei allem Terror oder 'Ermittlungsdruck' der Behörden läßt sich bisher sagen, daß es für alle Betroffenen weitaus schlimmer hätte kommen können, was U-Haft, Observationen, Razzien, Vorladungen angeht. Das KOMITEE-Verfahren hat insofern mehr von einem 'normalen' Ermittlungsverfahren als etwa das 'Radikal'-Verfahren. Was beiden Verfahren gemeinsam ist, ist die Tatsache, daß sie auf wenig öffentliches Interesse über die linksradikale Szene hinaus stoßen: erneut zeigt sich hier, daß mittlerweile ein politisches Klima in Deutschland herrscht, in dem die Sicherheitsbehörden ziemlich unkontrolliert nach Lust und Laune agieren können.



Im Sommer 1995 schien es naheliegend zu sein, die Solidarität zu 'Radikal' und den KOMITEE-Verfolgten zusammenzuführen, zumal auch die BAW zu versuchen schien, aus Zeitschrift und militanten Gruppen eine gemein(sam)e 'Bande' zu konstruieren. Diese Konstruktion diente aber scheinbar mehr der kurzfristigen Hetze in den Medien nach der Großrazzia und wurde in der Folgezeit immer seltener gehört. In Sachen KOMITEE tat sich sowieso kaum etwas, abgesehen vom ZeugInnen-Karussell, wozu im vorherigen Abschnitt einiges steht. So wurde aus der gemeinsamen Soli-Arbeit bald eine gemeinsame Arbeit zum Thema ZeugInnen & Aussagen, aus der schließlich auch eine Broschüre mit Beiträgen dazu entstand.

In einem waren die Staatsschützer jedenfalls leider erfolgreich: viele Menschen haben ihre Kraft dafür aufwenden müssen, mit der Repression umzugehen, haben sich abgearbeitet und sich dabei viel Frust abgeholt.



Wenn die Nacht am tiefsten ist, ist es ganz schön finster..

Brief eines Untergetauchten, Interim 340, 20. Juli 1995

Ich bin einer der drei Leute, die wegen der gescheiterten Aktion gegen den Abschiebeknast in Grünau gesucht werden. Als Betroffener werde ich zu einigen Punkten was sagen, auch weil ich denke, daß es eine allgemeine Unklarheit gibt, wie mit der Situation umgegangen werden soll.

So vieles aussieht, in der Erfolg der Bullen tatsächlich auf Zufall und Fehler bei der Aktion zurückzuführen und nicht etwa auf politische Infiltration oder andere böse Geheimnismagener Aktivitäten. Daß wir deswegen in der Scheiße stehen ist zwar traurig, aber kein Weltuntergang. Das Leben geht weiter. Letztendlich ist unsere Situation Auftrag für zigtausend Flüchtlinge in der BRD,

wobei es uns wohl um einiges besser geht als den meisten von ihnen. Wir sind auf jeden Fall entschlossen, uns weder zu stellen noch von der BAW erwischen zu lassen. Auf etwas lassen wir uns nicht ein.

Vielleicht erwartet ihr jetzt, daß ich erkläre, wieso mein Perso oder meine Nummernschilder oder meine Wasserschimmer in unmittelbarer Nähe eines schwerbeschafften Autos gefunden wurden, aber das wäre natürlich ziemlich unklug, so etwas im Museum auf den Tisch zu packen, weil die Bullen dann Jahre Zeit haben, sich darauf einzustellen.

Anna und Arthur halten's Maul. Warum aber auch das Maul gehalten wird, wenn die Bullen sich austoben. Leute verhaften oder mit völlig falschen Gründen und Konstruktionen in die Sache reinziehen, ist mit schlechter Wägen werden solche Angriffe nicht öffentlich gemacht und blüßgesch!

Es ist doch eine traurige Erfahrung, daß Juno und Bullerei sich nicht an die eigenen Spielregeln halten, wenn sie ungestört bleiben und nicht durch öffentliche Kontrolle dazu gezwungen werden.

Die Angeklagten wegen der Aktion im China-Restaurant (**Gewalttäter Tod des rechtsextremen Funktionärs G. Kaindl 1992, Anm.d.S.**) wurden nicht so "milde" verurteilt, weil Richterin Uchenbach so viel Verständnis hat für den antisemitischen Widerstand von Immigranten, sondern weil der Mordversuch im öffentlichen Ranteeu-licht nicht mehr haltbar war und die rassistische Gesinnungsjustiz zu offensichtlich geworden war.

Die Bullen haben z.B. B... vorhergehend eingeknastet, obwohl ihnen klar war, daß sie nichts mit der Sache zu tun hat. Mitkennende mußten sie sie wieder rauslassen, weil ihre "Beweise" zu offensichtlich konstruiert waren. Das Ganze hat den Charakter von "Genschaft". Natürlich liegt die Hauptverantwortung für die Möglichkeit, unter anderen B... die Aktion in die Schube zu schieben, in den verantwortlichen Fehlern, die bei der Aktion selbst gemacht wurden. Aber gerade weil zu befürchten ist, daß die Bullen weitere Versuche in solche Richtungen unternehmen werden, darf mensch sie nicht ungestört agieren lassen.

Mit der bundesweiten Durchsuchungswelle vom 13.6.1995 starteten die Bullen den Versuch mit einem Rundumschlag der radikalen Linken endgültig den Garaus zu machen, die Leute einzuschüchtern und ihr Verfahren einzudecken. Wenn dieser Angriff nicht von vielen offenst beantwortet wird, werden sie ihr Ziel erreichen. Es ist jetzt wichtiger denn je, sich nicht eingeschüchtert zurückziehen und vereinzelt die nächsten Schritte der Bullen abzuwarten, sondern sich zusammenzuschließen und nach vorn zu gehen, die Schweinereien des Staatsschutzes offenzulegen, die Unterstützung der Betroffenen zu organisieren, die kriminalisierten Themen aufzugreifen.

Ich will ein paar Takte zur Politik der AIZ sagen, auch wenn es nichts grundlegendes neues ist.

Dass diese Kritik im Anschluss an eine massive Repressionswelle erfolgt, die unter anderem mit der Suche nach den AIZ begründet wurde, mag unzulässig erscheinen. Ich finde aber auch in dieser Situation eine ethische Diskussion wichtiger als den Austausch von Höflichkeit.

Natürlich ist es erstmal anerkennenswert, wenn Leute in diesen finsternen Zeiten versucht an revolutionären Perspektiven arbeiten und dazu auch noch ihre Haut riskieren. Mit den in den Erklärungen verbreiteten Analysen stimme ich im großen und ganzen auch überein. Aber wenn ich mir anschau, welche Praxis die Gruppe daraus ableitet, wird mir bange.

Erstens finde ich es fälsch, militante Politik ausschließlich als "Frontabschnitt im internationalen Kampf um Befreiung" zu sehen, ohne dabei auch eine Verbreiterung hier im Auge zu haben, so beschissen die gesellschaftlichen Bedingungen hier dafür auch sind. Praktisch heißt das: den Imps mehr oder weniger empfindliche Stiche zu verpassen, die sich aber an kaum jemand vermitteln lassen und deshalb auch nicht dazu führen können, daß sich mehr Leute für die Idee von Befreiung begeistern, kann langfristig nichts verändern. Da sind andere schon früher drauf gekommen. In einer Situation angespannten Kampfes, wo es konkret um die Machfrage geht, treten solche Überlegungen natürlich in den Hintergrund, da geht es hauptsächlich darum, den Gegner materiell zu schädigen. Aber

ganz so weit sind wir noch nicht.

In der jetzigen Situation ist der Stimmiltsamer Initiativen neben der konkreten Durchsetzung von Forderungen vor allem ein propagandistischer - aufzuziehen, daß Widerstand möglich ist. Leute motivieren, sich selbst zu engagieren.

Zum zweiten finde ich es daneben, so eine Scheißegal - Haltung im Umgang mit Menschenleben zu verbreiten, wie ihr das tut. Vielleicht waren eure Aktionen nicht so unverantwortlich, wie sie in den Medien dargestellt wurden. Das Schlagwort von den PTA ("potentiell tödliche Aktionen") vermutet aber genau so eine Verantwortungslosigkeit. Entweder entschließt ihr euch dazu, Führungskräfte umzulegen, dann müßt ihr das sehr genau begründen. Oder ihr wollt das nicht, dann müßt ihr auch dafür sorgen, daß das nicht passiert. Es geht nicht, jemanden ein Ei vor die Tür zu legen, und dann zu sagen, egal ob er oder andere dabei getötet werden, das Ziel ist es, daß sie Angst haben.

Insgesamt empfehle ich euch, eure Initiative erstmal auf Eis zu legen und nochmal gründlich zu überdenken. Lernt jetzt!

Die BAW hat mit Genossen eingespart und sucht nach weiteren, weil sie die "Radikal" herausgebracht haben wollen. Die radi bringt jetzt schon zwölf Jahre seit ihrer Kriminalisierung unermesslich Infos, Meinungen und politische Tips unter Volk. Trotz ständiger Schikanen vor allem von Druckern und Endverkäufern ist es bisher nie gelungen, die Herstellung und Verbreitung zu verhindern. In der Geschichte der BRD ist das der einzige Fall einer bundesweiten Zeitung, die über einen längeren Zeitraum ohne die Zensur durch staatliche Organe fortschrittliche Inhalte verbreiten konnte. Zwar ist es nie gelungen, wesentlich über einen "Autonomen" Kreis von LeserInnen herauszukommen, aber neben ihrem praktischen Gebrauchswert für viele Linksradikale ist sie ein lebendiger Beweis dafür, daß man funktionierende Strukturen jenseits staatlicher Kontrolle organisieren kann. Man muß sich ja nicht alles gefallen lassen.

Verhindern wir, daß sie die Leute für Jahre gesperrt. Es muß beim Thema Meinungsfreiheit möglich sein, bräse Kreise zur Unterstützung der vier zu

gewinnen, und die Konstruktion, auf die sie die Durchsuchungen und Festnahmen stützen, sieht nicht gerade solide aus. Bei dem Versuch, die "radikal" einzumachen, hat sich die Justiz schon öfters blamiert. Wenn es gelingt, die Anklage zu Fall zu bringen, ist das nicht nur ein Schutz für die Betroffenen, sondern auch ein erkämpfter Stück Freiheit, die Möglichkeit, weiterhin offen über linke Strategien diskutieren zu können.

Und an die MacherInnen der Zeitung: laßt euch nicht davon abbringen, die radi weiterhin herauszubringen! Was wahr ist, wird auch weiterhin gesagt, geschrieben und gedruckt!

Grüße an den Jenseits





Begegnung mit der anderen Seite ein klares Gefühl im Magen, auch wenn mir mein Kopf sagt, daß die durch noch hindurchgehen.

Eine rechte Angst stellt für mich die zufällige, unerwartete Begegnung mit Bekannten dar, eine Begegnung, die ich wenigstens nicht einmal realisieren würde und so nicht auf sie reagieren könnte. Das Ergebnis könnte ein Stachelnagel allerseits Güte über Außen, halbtot und Aussehen der XY um Anna und Artur halten, was das Maul, über welche sollten darauf schon verzichten...

Im großen und ganzen ist die neue Realität von vielen geprägt, was überhaupt nicht so neu ist, aber auch von vielen, was eine radikale Veränderung im Verhalten erfordert. Zum Beispiel habe ich während des letzten Jahres wahrscheinlich viele Leute kennengelernt, viele, die mit hohem Verantwortungsbewusstsein haben und die über meine Gedanken Bescheid wissen, aber auch auf mich Leute, die mit meiner Thematik nicht zu tun haben? haben, dann gegenüber ich ein wenig und hoffentlich korrekteres Lügengeschichte über mein Vergangenheit und Zukunft zu präsentieren habe. Für mich wird das in dem Maße schwieriger, in dem ich Vertrauen in der "Neuen" entwickle und ich bei mir das Behalten erziele, meine wahre Identität preisgeben.

Meiner Einschätzung nach ist es sinnvoll, eine sehr kleine Anzahl vertrauenswürdiger Menschen in die eigenen, besonderen Lebensumstände einzuweisen, da es immer wieder nötig sein wird, wegen kleiner und größter Hilfenleistungen auf Genossen "von außen" zurückzugreifen und es nötig sein wird, mit welchen offen diskutieren zu können, mit denen der/die Geflüchtete im übertragenen Sinne "dieselbe Sprache spricht".

Es wird aber weitaus mehr Menschen im Umfeld geben, denen eine Lebens-

lage zu präsentieren ist, die erklärt, warum du da bist, wo du bist, was du früher gemacht hast, warum du nicht wieder dorthin willst, wo du herkommst und für den Fall, daß du mit aktiven Linken zu tun hast, wirst du erklären müssen, warum du selber so unaktiv bist, und du wirst das wahrscheinlich auf eine Art erklären wollen, die dich nicht deine Geschichte verlieren läßt.

Ich denke, in Bezug auf dieses Lügengeschichte ist es wichtig, sich eine Geschichte auszusuchen, die zum "Lügner" passendsten einfach ist und ihn gleichzeitig genügend schützt.

Da die alternativen nicht waren, warum du jetzt in ihrer Nähe bist, werden oft für diese neue Realität ähnliche Fragen gestellt.

Das geht von "kommst du aus dem unklaren Dreck" bis "warum hast du eigentlich keine Lust, Anna zu fahren?" und so im weiteren eher einfach zu



kommen, aber du müßt deine Geschichte im Kopf behalten und dich nicht in Widersprüchen verwickeln. Ich finde das meistens nicht schwierig, aber auch immer wieder fertig, weil Schauspielerei auch zu neuen erregten Momenten hat.

Eine andere Frage, die es zu klären gilt ist die der Kleiderordnung. Du hast deine dir fahen Gewohnheiten, die du nicht aufgeben willst, andererseits ist eine Veränderungsnotwendigkeit gegeben. Ich bin in der Lösung dieser Frage sehr opportunistisch veranlagt und versuche mein Äußeres jeweils dem gegenwärtigen Mainstream anzupassen. Die Mehrheit der Leute, mit denen du zu tun hast, wird es wissen egal sein, was du für Kleider tragen willst oder ob deine Frisur dem neuesten Scherhitz entspricht. Du änderst also dein Äußeres (oder auch nicht), ein Vorgang, der dir am Anfang vielleicht schmerzt. Aber in dem Maße, in dem du merkst, daß dir

das neue Aussehen nicht das Lachen in deinen Augen rauben kann, wird dir das Äußere egal werden. Die, die sich wirklich für dich interessieren, werden sich aufgrund dieses Verlusts entscheiden, ob sie dich mögen oder nicht und wenn du dich in deinen Beziehungen früher korrekt verhalten hast (oder es zumindest versucht hast), dann wirst du es auch in einer Situation tun, die durch Illegalität und den damit verbundenen Lügengeschichten geprägt ist. Das merken die Leute und wenn man dich früher aufgrund bestimmter Eigenschaften gemocht hat, dann wird das auch in Zukunft so sein.

Ich denke, daß innerhalb der deutschen Szene anscheinend und immer noch viel zu viel Wert darauf gelegt wird, daß eine bestimmte Kleiderordnung eingehalten wird. Sie drückt nichts anderes aus, als nach außen sichtbar eine bestimmte Gruppe von Leuten zugehörig und innerhalb dieser Gruppe integrierter zu sein. Das für sich alleine genommen... heißt... keine Persönlichkeitswesen, die Verborgene in der "schönen" Hülle ein Eigenes, so wird er auf die Dauer gesehen wenig Freundschaften finden.

C'EST LA VIE, ZWEITE HALBTE

Wissen, schwieriger fällt es mir, die persönlichen und politischen Verluste zu begreifen und zu verarbeiten. So stelle ich bei mir eine spürbare Trauer ein, auch Monotonie ein, zu einem Zeitpunkt, als ich bereits dachte, die Verluste meiner langjährigen Freundschaften überwunden zu haben. Während der ersten Monate war ich überwältigt von den Anforderungen der neuen Situationen, daß ich kaum dazu kam, Trauer zu entwickeln. Als die Dinge sich etwas entwickelten, daß ich auch für längere Zeit an einem Ort bleiben konnte, begann





Flüchtige Bekannte.

nen sich auch neue Beziehungen zu entwickeln.

Bis dahin hatte sich meine Wahrnehmung des Verlustes hauptsächlich darauf beschränkt, daß fast alles weg ist, was den früheren Alltag prägte. Die Freundschaften, Versuche kollektiver Lebensformen, der politischen Alltaglichkeiten, Geld beschaffen, das so oft gehalten langweilige Normale ist einfach zerplatzt wie eine Seifenblase, die ich bis dahin für stabil gehalten hatte. Was bleibt sind einige Freundschaften, die sich allerdings auch den neuen Bedingungen anpassen müssen und sich zwangsläufig verändern.

In diesem Gefühl eines 'universellen' Verlustes hatte für mich die Trauer um Einzelne wenig Raum. Und vielleicht, weil ein universeller Verlust eine für mich kaum greifbare Größe war, habe ich selbst ihn nicht richtig wahrgenommen. Aber vielleicht war das alles ja auch nur eine prima Verdrängungsleistung

von mir. Muß ich mal mit meinem Psychiater reden.

Ich war halt plötzlich auf einer Reise ohne Rückkehr und um das durchzuhalten, mußte ich zunächst mal in einer bestimmten Weise funktionieren. Ich habe zwar nie gedacht, daß ich am nächsten Tag wie nach einem Alptraum wieder aufwachen würde, und dann wäre alles wieder so, wie es einmal war. Aber daß es tatsächlich und wahrscheinlich (falls die Anklage nicht in sich zusammenbrechen sollte, denn mehr als ein paar Indizien haben die Bösen ja nicht) auf lange Jahre dabei bleiben wird, daß ich nicht in meinem Lebenszusammenhang zurückkehren kann, hatte für mich eine Größe, bei der ich mich ziemlich schwer tun, wie in übergrößen Tragweite zu begreifen.

Aber zurück zu den neuen Beziehungen. Je länger ich also mit immer den selben Leuten zusammen war, desto mehr wurde mir klar, was ich mit den alten Freundschaften eigentlich verloren habe. Hier gibt es niemanden, mit dem ich eine jahrelange Geschichte habe, zwischen denen und mir ein Blick genügen würde, wo ich Worte überflüssig sind. Dann frage ich mich in den Momenten der Trauer und Einsamkeit, wo sie denn geblieben sind, meine Lieuten, wo es denn so schaffend ist, daß Alte sich ändern zu lassen, es aber trotzdem in das Neue hineinzuwachsen und gleichzeitig die Geduld zu haben, um Neues die neuen Beziehungen zu finden und zu Freundschaften wachsen zu lassen, in der Hoffnung, daß noch einmal so etwas Inneres entsteht, wie das, was es in der Vergangenheit gab.

Und je mehr ich zur Ruhe kam, desto mehr wurde mir bewußt, daß ich ein akzeptables politisches Arbeitsfeld finden muß, um mein Leben von neuem mit einer sinnvollen Aufgabe zu füllen. Es stellten sich also immer dringlicher folgende Fragen:

- Will ich tatsächlich längerfristig da leben, wo ich bin?
- Was will ich da machen?
- Was kann in dieser Situation noch eine politische Perspektive sein?
- Wie überbrücke ich am besten die Zeit, bis ich zu Entscheidungen gekommen bin?
- Wie muß ich mein bisheriges Verhalten ändern, um den Bullen auch längerfristig durch die gierigen Finger zu schlüpfen?

Um die Zeit zu überbrücken habe ich damals relativ schnell angefangen, zukunftsorientiert zu lernen. Ich denke diese ersten Momente, (in Bezug auf eine Lebensentscheidung kann das durchaus auch länger dauern, wie ich nach fast zwei Jahren leider immer noch feststellen muß) die man benötigt, um sich in Ruhe für eine längerfristige Lebensperspektive entscheiden zu können, sollte man nutzen, um es sich gegliedert zu lassen und Dinge nachzudenken, die man immer schon machen wollte, sofern sie unter den veränderten Bedingungen noch möglich sind.

Du mußt es irgendwie schaffen, zur Ruhe zu kommen, um wohlüberlegte Entscheidungen für deine weitere Zukunft treffen zu können.

Ein späterer Unterschied zu früher ist, daß du plötzlich über eine ungeheure Menge Zeit verfügst, die erstmal gefüllt werden will. Du hast keine Da-



tes mehr, der Gang aufs Sozi erübrigt sich, die alten Lohnarbeiten sind nicht mehr und du fragst dich, was du mit all der Zeit anfangen sollst, während der du früher deinen FreundInnen die Ohren vollgejammt hast. Wie wäre es zum Beispiel damit, die Marschen Analysen auswendig lernen oder all die Romane lesen, die du immer schon mal lesen wolltest?

Du kannst versuchen, all den Schlaf nachzuholen, den du in den letzten Jahren verpasst hast und zwischen den Schlafperioden deinen Stil im Dartspiel zu verfeinern. Du kannst die Sprache lernen, die du immer schon mal lernen wolltest oder du kannst für den nächsten Marathon trainieren. Du wirst sicherlich ein was nachholen haben, was dir Frau de bringt und dir, zudem noch mehr.

Ich denke, ich werde denken, daß es überlebenswichtig ist, sich ein Ungeheuer zu beschuldigen, als das wichtig und nicht einfach zu in den Tag hineinzubringen, da man durch die Leute, die dabei zusehen kann, Gefahr läuft, das eigene Selbstwertgefühl zu verlieren, nur ein Mensch nach dem der schlimmsten Nachbarn, die einem Mitleiden bis zu einer Situation passieren kann.

Wie wahrscheinlich alle, die sich in einer vergleichbaren Situation befinden, habe auch ich sehr viel damit zugebracht, was für mich eine lebenswerte Zukunftsperspektive sein kann.

Sich diesem Problem zu nähern, gibt es meiner Meinung nach mindestens drei Möglichkeiten:

- 1) Mir ist die Lebensform am wichtigsten und ich will auf ein bestimmtes Lebensgefühl nicht verzichten. Ich werde mich also für einen Ort entscheiden, der dem so weitgehend wie möglich gerecht wird und mich dann entscheiden, was für eine Art politischer Arbeit dort für mich möglich ist.
- 2) Ich habe bisher ein bestimmtes po-

litisch Konzept verfolgt und werde versuchen, diesen Setzung weiterzuentwickeln. Folglich werde ich die Ortswahl dem politischen Konzept unterordnen.

- 3) Die Politik ist mir jetzt scheißegal, denn jeder Tag kann der letzte außerhalb der Knastmauern sein und ich will jetzt nur noch leben.

Wenn ich den politischen Kampf da führen will, wo sich meine kulturellen Wurzeln befinden, dann wird sich das organisieren lassen, wenn sich der Delinquent damit abfinden kann, die Art und Ebene seines politischen Aktivitäts seinen veränderten Lebensbedingungen anzupassen und persönlich in der Lage ist, vorzuspringen.

Ich bin mir sicher, daß ich mich organisieren lassen kann, wenn ich die Art und Ebene meines politischen Aktivitäts seinen veränderten Lebensbedingungen anpassen und persönlich in der Lage ist, vorzuspringen.

Ich bin mir sicher, daß ich mich organisieren lassen kann, wenn ich die Art und Ebene meines politischen Aktivitäts seinen veränderten Lebensbedingungen anpassen und persönlich in der Lage ist, vorzuspringen.

Ich bin mir sicher, daß ich mich organisieren lassen kann, wenn ich die Art und Ebene meines politischen Aktivitäts seinen veränderten Lebensbedingungen anpassen und persönlich in der Lage ist, vorzuspringen.

Ich bin mir sicher, daß ich mich organisieren lassen kann, wenn ich die Art und Ebene meines politischen Aktivitäts seinen veränderten Lebensbedingungen anpassen und persönlich in der Lage ist, vorzuspringen.

allermeisten der illegalen Immigranten, in einer feindlichen Umgebung auf sich alleine gestellt ist und sich das Leben suchen muß.

Ich als weißer Metropolitenmann habe als Teil der Westberliner Aldi-Szene zudem das Glück, auf weitverzweigte Strukturen und Erfahrungen zurückgreifen zu können. Die Allermeisten hätten in einer ähnlichen Situation sicherlich weitaus mehr Probleme erlebt als ich.

Meine Erfahrung ist, daß sich scheinbar vieles organisieren läßt, wenn sich welche finden, die es organisieren können (und wollen).

Dies soll das abrupte Ende

sein.

Brief von:

Ich komme Euch leider nur darüber schreiben, wie ich die Zeit nach dem (14.9) empfunden habe. Aus der Sicht verständlichen.

Gründen bin ich nicht bereit, mehr über mich zu schreiben. Zu den Plänen im Kontext zu gehören.

Nicht geprägt in mein Empfinden durch die viele Arten, die andere in die Organisation meiner Zukunft münden müßten.

Ich weiß, ich bin von dieser Arbeit kaum mehr als die Ergebnisse mitzubringen. Zu diesem Punkt komme ich kaum mehr hinzu, als mein Geduld, die es mir erlaubt, diese schwierige Situation ohne größere Schäden hoffentlich zu meistern, auch darüber muß ich mal mit meinem Psychiater

Dokumentation

reden zu überleben.

Ich möchte an dieser Stelle all denen danken, die mir und uns geholfen haben, die Flucht für ein Leben außerhalb des Krasstynes zu organisieren.

Natürlich gehen meine Grüße auch all den lieben Menschen, die sich in einer ähnlichen Situation befinden wie ich und in diesem Zusammenhang ganz



besonders den anderen Borden, die aufgrund desselben Vorwurfs wie ich gesucht werden.


Viel Glück wünsche ich den Angeklagten im radikal-Verfahren.

NO PASARAN.

Ein Gedicht Ein Gedicht

Während des Schreibens des vorangegangenen Textes habe ich wiederhin-

erfahrungen als Gedicht niederzuschreiben. Als Vortragform hatte ich eher MusikerInnen als eine Person vor Augen, die das Gedicht vorliest.

So ist es ein Liedchen geworden. Ich bin so eitel, keine Einwände zu erheben, falls es welche geben sollte, die dieses kleine Liedchen versagen wollen. 

SoKoSoKo Osterei

Einst wars Berlin, heut ein anderer Ort
Im April '95, da mußte ich fort
Im Frühtau zu Grünau, oh welcher Frust
Lag meine Pappe, oh welcher Verlust
Lag meine Pappe umgeben von Bomben
Im falschen Moment sind die Bullen gekomben
Frustration wolft die Stimmung bestimmen
Drum laß ich meine Liedchen mit Trauer beginnen:

Mal denk ich, mir ist es egal
Ich mach Schluß, mir ist das Leben ne Qual
Dann geh ich raus, über die Stränge zu schlagen
zumindest so heftig, daß die Sinne versagen
Dann schreit die Vernunft: Verhalte dich still
Und ich fug mich, weil ich nicht hinter Gitter will

Und wenn es manchmal auch traurig ist,
Alles ist besser als U-HaftHaft.
Auch wenn du vor Trauer die Freude vergißt
Denk dran, vielleicht folgt auf U-Haft KnastKnast

Zumeist ist das Leben normal und noch schlimmer,
Die Sorgen des Alltags banal wie immer
Reicht die Kohle ist das Klo schon geputzt?
Dem Schuh fehlt ne Sohle wer has die Küche ver-
schmutzt?
Wie kann ich mein Leben mit Politik verbinden?
Heut Scheißegal - wird sich schon finden

Und wenn es manchmal auch langweilig ist
Alles ist spannender als U-HaftHaft
Auch wenn du vor Ödnis die Freude vergißt
Denk dran, vielleicht folgt auf U-Haft KnastKnast

Woran ich mich erfreuf Ist ne Freundschaft die hält
Ein selbstgekochtes Essen für wenig Geld
Oder in der Bekanntschaft ein neues Gesicht
Eines, das auf den zweiten Blick viel gutes verspricht
Mit dem ich beim Dritten über alles reden will
Doch weil ich vorsichtig bin, lächle ich still

Weil es falsch war, zu schnell zu vertraun
Und warten ist besser als U-HaftHaft
Mal ist's zu spät und dann nix mit abhauen
Und vielleicht folgt auf U-Haft KnastKnast

Wie kann ich in Zukunft mein Leben ausfüllen
Ich seh in der Ferne den Sinn sich verhüllen
Will an der Linken hier partizipieren
Vielleicht mit Parolen Wände vollschmieren
Oder nem Nazi auf die Kopfhaut haun
Schieße, das könnt mir die Zukunft versaun

Ich muß meine Wut heut kontrollieren
Denn alles ist besser als U-HaftHaft
Politisches Neuland gut organisieren
Denn auf U-Haft folgt vielleicht KnastKnast

Auch wenn ich hier draußen mal einsam bin
Die Freude vergesse, nicht mehr weiß wohin
Auch wenn ich mich quäle vor Langeweile
Und voll Anstrengung dem Vergnügen nacheile
Und grad weil's mir gut geht während der meisten Se-
kunden
Hab ich mich entschlossen, bleib lieber verschwunden
Es gibt keinen Grund, der Justiz zu vertrauen
Sie wurden alles dran setzen, mein Leben versauen
Lieber sing ich ein Spottlied aufs Osterei

Vielleicht strengt ihr euch an, doch rollt dran vorbei
SoKoSoKo Osterei
Ihr kriegt uns nicht, es bleibt dabei
SokoSoko Osterei
Ihr kriegt uns nicht, es bleibt dabei

Es kommt nicht oft vor, daß Menschen die Möglichkeit haben, sich zwischen Flucht und Knast zu entscheiden. Meistens ist es ein Zufall, wenn Leute bei überraschenden Durchsuchungen bzw. Festnahmeaktionen nicht dort sind, wo die Schergen sie vermuten. Nur selten gibt es, wie im Falle von Bernd, Thomas und Peter, eine rechtzeitige Warnung und damit die Möglichkeit, abzuhauen. Das wichtigste in einer solchen Situation ist, erst einmal einen (vorläufigen) sicheren Ort zu finden, um von der Panik wegzukommen, durchzustmen und sich - möglichst gemeinsam mit einigen Leuten - einen Überblick über die Situation zu

verschlechtern; ob eine dauerhafte Flucht materiell und menschlich durchzuhalten ist; wie die mögliche Knast-Situation einzuschätzen ist in Bezug auf Dauer und Haftbedingungen. Es gibt Menschen, die lieber eine absehbare Zeit im Knast in Kauf nehmen, als jahrelang ihre sozialen Bindungen und Vertrautheiten aufzugeben. Die Frage, unter welchen Bedingungen jemand besser leben kann - ob auf der Flucht, im Exil, im Knast - ist von der jeweiligen Person, ihrer Geschichte, ihren Erbhungen, ihrem sozialen Umfeld abhängig.

Es ist unmöglich, dazu eine allgemeingültige Aussage zu



Exil beginnt dort, wo die Flucht aufhört

verschaffen. Alle Betroffenen wie UnterstützerInnen, stehen unter Streß und müssen Entscheidungen treffen, obwohl längst nicht alle wichtigen Informationen bekannt sind und viel spekuliert werden muß. Die Entscheidung, unterzutauchen oder sich der Justiz zu stellen und damit gegebenenfalls auch Knast in Kauf zu nehmen, sollte dennoch gründlich durchdacht sein. Immerhin könnte es eine Entscheidung fürs Leben, zumindest für viele Jahre des Lebens, sein. Das einzige, das sich in solch einem Moment sicher sagen läßt, ist: Wie auch immer die Entscheidung fällt, das Leben der Betroffenen wird nicht mehr so sein wie früher - es wird sich so oder so einschneidend verändern. Das klingt banal, ist aber schwer zu akzeptieren, wenn es zur persönlichen Realität wird.

Auf den ersten Blick scheint klar zu sein, daß Flucht besser als Knast ist, aber so uneingeschränkt gilt das meist nur für die ersten Tage. Wenn sich der Quäl etwas gesetzt hat, gilt es zu überlegen, ob durch eine Flucht etwa zusätzliche Möglichkeiten verbaut werden, Prozeßchancen sich

machen, und oft wird die Frage sich nur praktisch beantworten lassen. Der Schritt vom sicheren Zufluchtsort in den Knast ist jederzeit möglich - anders herum leider nicht!

Mit der Flucht bricht einiges an Welt zusammen - für die Flüchtenden wie für die, mit denen sie ihr Leben teilen. Dabei ist der materielle 'Schaden' risch erkannt und meist zu beheben: die formalen Abwicklungen, Geld- und Besitzfragen und so weiter. Viel schwieriger zu ermessen ist, was das Verschwinden eines Menschen eigentlich wirklich bedeutet. Freundschaften und Beziehungen werden zerrissen und hinterlassen Wunden.

Wem vertraue ich mich nun an, mit wem teile ich Alltagsstress, Partyspaß, politisches Leben, Urlaub? / Wer sammelt die abgebrochenen Beziehungsfäden auf, zu Kindern, Bekannten, Verwandten, KollegInnen?

Im Chaos und der Angst der Zeit unmittelbar nach der Flucht wird der Name des Verschwindenden nicht mehr ausgesprochen oder nur geflüstert. Wer offen zu erkennen

gibt, eine enge persönliche Bindung zu haben bzw. gehabt zu haben, fürchtet ins Fahndungsrastrer zu kommen. Das Weg-Sein, ohne daß ein endgültiges Wort gesprochen ist, macht den Umgang damit unalkulierbar. Klingen meine Worte wie ein Nachruf, wenn ich von 'ihm' spreche, oder wie vorgespielter Alltag, wenn ich nicht von 'ihm' spreche? Nehme ich 'ihm' etwas weg, wenn ich sein Zimmer bewohne? Hinterfällt nicht alles Tun das Gefühl, viel zu wenig getan zu haben? Bei all den praktischen Lösungen findet mein Schmerz über das Verschwinden des Freundes, der Freunde, keinen Ausdruck. Obwohl ich weiß, daß bei mir jederzeit ein Platz frei ist für ihn, für sie, spüre ich das langsame Unsichtbarwerden der Geflüchteten, überwachsen vom alltäglichen Leben, von der Notwendigkeit, die Lücken zu schließen.

Andererseits aber: ist das wirklich soviel anders bei Menschen, die aus anderen Gründen fortziehen, die auswandern? Ist es vielleicht das schlechte Gewissen, das uns einflüstert, wir müßten mit der Abwesenheit Geflohenen ganz anders umgehen, weil diese ja eigentlich noch da sein sollten?

Und wie ergoht es den Geflohenen selbst? Das Leben wird durcheinandergewirbelt, alles bisherige rutscht weg: die vertrauten Menschen, ungeklärte Streitigkeiten, ungefeierte Feste, ungeliesene Briefe, unerfüllte Versprechen... Du weißt, daß du Arbeit und Streß hinterläßt für die Menschen, die zurückbleiben und dein abgerissenes Leben ordnen müssen und daß du Arbeit und Streß mitbringst für

die, die dich aufnehmen. Du stellst - hoffentlich - fest, daß du nicht im Stich gelassen wirst, obwohl es Unsicherheiten und persönliche Enttäuschungen gibt. Doch hast du vielleicht manchmal das Gefühl, alle anderen im Stich gelassen zu haben? Du kannst dich nicht frei mitteilen, lebst zwei Leben, oder noch mehr, du gehst durch andere Welten, sehend und hörend, aber stumm für lange Zeit... mal ist es ein Urlaub, mal eine öde Wartehalle... irgendwann überlegst du dir, daß du dich schließlich doch wirst entscheiden müssen: zurückkehren oder dort ankommen, wo du jetzt bist.

Jede einzelne Flucht war stets daran gebunden, daß einige wenige Leute sich viel Mühe gegeben haben, und viele an-

dere Menschen spontan Hilfe geleistet haben, in welcher Form auch immer. Die drei im April 1995 aus Berlin Geflüchteten sind aus einer relativ privilegierten Situation heraus geflohen, denn sie waren nicht auf sich allein gestellt, materiell ausreichend versorgt und nicht von Tod oder Folter bedroht. Davon können zahllose Flüchtlinge auf der ganzen Welt nur träumen, die völlig mittellos aus Krieg und Hunger ins Ungewisse reisen. Wo immer die drei heute sind - sie haben eine Chance, ihr Leben im Griff zu behalten. Das sollte nicht vergessen werden.

Während die Flüchtenden eine gewisse Prominenz erlangten, blieben die Helfenden zwangsläufig im Dunkeln, und kaum jemand außerhalb kann sich vermutlich vorstellen, wieviel Streß ihnen abverlangt wurde. Darum soll hier einmal klar gesagt werden, daß ihre unsichtbare Arbeit großen Respekt verdient, und daß alle guten Wünsche, die den Untergetauchten gesandt werden, auch ihnen gelten müssen, die ihnen helfen!

Bernd, Thomas und Peter sind für viele von uns nicht irgendwelche Namen, die mal am Ende irgendwelcher parolenhafter Forderungen auftauchten, sondern Freunde

und Bekannte, die wir vermissen - nach drei Jahren noch wie am ersten Tag.

Wir stellten uns die Frage, ob es in diesem Zusammenhang erlaubt ist von Exil zu sprechen, wenn im April 1995 drei Menschen aus Berlin Rücken mussten, weil sie der 'versuchten Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion' und eventuell der 'Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung' beschuldigt werden. Ein allgemeinspolitisches Verfolgungsinteresse des Staates gegenüber



den drei Gesuchten ist nicht zu erkennen, sondern die Verfolgung ist eng an die Funde in Grünau gekoppelt. Demnach dürfte nach Meinung mancher strenggenommen nicht von Exil gesprochen werden.

Wer den Begriff 'Exil' weniger eng sieht, wird vielleicht sagen, es genüge, die eigene Heimat gezwungenermaßen zu verlassen, um Exilant zu sein.

Der Begriff des Exils beinhaltet an sich verschiedene mögliche Situationen: Die Verbannung aus einem Lande seitens der Herrschenden ebenso wie den freiwilligen Weggang, um einer Verfolgung zu entgehen, wobei diese Verfolgung eine Strafverfolgung ebenso sein kann wie eine Verfolgung allgemeinerer Art. Im Exil wäre demnach der Erpresser, der sich mit ein paar Millionen Mark nach Brasilien absetzt

ebenso wie diejenigen, die von der Bundesanwaltschaft als "Terroristen" gesucht werden. Und ebenso die vielen Tausenden, die von 1933 bis 1945 vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten aus Deutschland fliehen mußten. Diese Verfolgung hat dem Begriff Exil aber eine historische Dimension gegeben, die es uns schenkt, ihn heute leichtfertig für alle möglichen Fluchtsituationen zu verwenden. Wenn wir von Exil sprechen, müssen wir uns dabei dieser historischen Bedeutung stets bewußt sein. Ansonsten könnte sonst der Eindruck entstehen, wir wollten uns (oder den Geflüchteten) durch das Verwenden "großer Worte" mehr politische Bedeutung verleihen, als real vorhanden ist.

Wenn ExilantIn sein bedeutet, am Fluchort unter der eigenen - auch politischen - Identität leben zu können, ist für Menschen, die von den Behörden reicher Industriestaaten verfolgt werden, ein Exil heute leider kaum noch zu finden. Wenn wir sagen, Exil beginne dort, wo die Flucht aufhört, dann meinen wir damit, daß das Exil ein sicherer Ort ist, geschützt vor dem Zugriff der Verfolger.

Darum können wir über unsere drei "flüchtigen Bekannten" hier nur sagen:

Wir hoffen und wünschen ihnen, daß sie ein "Exil" gefunden haben!

Aber vor dem Exil kommt die Flucht. Daß Flucht organisierbar ist, hat sich in den letzten fünfundsiebzig Jahren linksradikaler Geschichte immer wieder gezeigt.

In den siebziger und frühen achtziger Jahren haben immer wieder Menschen still und heimlich Deutschland verlassen, vor allem weil sie in die unerbittliche Fahndungsmühle gegen die bewaffneten Gruppen zu geraten drohten. 1987 entzogen sich zwei Männer aus Hessen lange Zeit der Ver-

haftung, nachdem an der Frankfurter Startbahn-West zwei Polizisten erschossen worden waren. Auch 1987 zwang die großangelegte Repression gegen vermutete Mitglieder von Rote Zora und Revolutionären Zellen acht Menschen in den Untergrund, die erst jetzt, nach fast zehn Jahren, zum Teil zurückkehren wollen bzw. können. 1993 mußten sechs Antifaschistinnen untertauchen, die wegen der Tötung des Nazis Kaindl verhaftet werden sollten. 1995 schließlich zwang der versuchte Schlag gegen die Struktur der Zeitschrift Radikal vier Menschen monatelang in den Untergrund, und eine Frau aus Frankfurt zog es vor, unterzutauchen, anstatt sich wegen angeblicher Beteiligung am RAF-Anschlag auf den Knast in Weiterstadt verhaften zu lassen. Und viele uns nicht bekannte Fälle konnten sich hier anschließen.

Einige der von uns auf den nächsten Seiten dokumentierten Texte sind über Menschen, die aus einem Exil zurückgekehrt sind. Oft haben sich die Bedingungen sehr verändert. Die Leute waren aus politisch zugespitzten Situationen, solidarisches Bewusstsein aufgebrochen, und sie kommen in private und etabliertere Verhältnisse zurück; die alten Genossinnen haben oft an Radikalität verloren, nicht jedoch die Verhältnisse ringsum. Es gibt kaum eine öffentliche Diskussion über die politischen Perspektiven von Exil und dem eventuellen Danach, und kaum eine über die Politik, die zu der Illegalität geführt hat.

In den meisten Fällen handelt es sich um ein nur vorübergehendes Untertauchen, um sich der Verhaftung für ein Strafverfahren zu entziehen. Aber wie vorübergehend eine Flucht tatsächlich ist, zeigt sich erst, wenn sie wirklich vorüber ist.



Exilien - ein unbekanntes Land!?

Zitate... ..

Ohne Titel

Aus: RADIKALE ZEITEN Nr. 2 - Januar 1996

... Untertauchen heißt in der überwiegenden Anzahl der Fälle, aus der politischen Diskussion zu verschwinden, nicht mehr wahrgenommen zu werden. Eine Kommunikation mit Untergtauchten gibt es so gar nie. Daß sie nicht auf einem anderen Planeten leben, sondern irgendwo unter uns und somit auch für uns durch Brille, die in verschiedenen Zeitungen veröffentlicht werden können, ersichtbar sind, nehmen wir nicht genug wahr oder vergessen es einfach.

Aus dem Hintergrund der Brandtaucherung (Disensibilisierung), der de facto Auflösung des Asylrechts (Hilfloslinge) und der immer weiter verschärfen Grenzschließung im Rahmen der "Immigrantenkontrolle" gehen wir davon aus, daß immer mehr Menschen gezwungen sein werden, sich staatlichem Zugriff durch Untertauchen zu entziehen.

MYTHOS "EXIL"

Ein weltlicher Spruch: In den 70er und 80er Jahren war Exil in der westdeutschen Linken kein Thema, obwohl viele Menschen in die Illegalität gingen. In vielen Fällen war dieser Schritt Voraussetzung, um weiter kämpfen zu können und somit eine bewußte Entscheidung. Diejenigen, die durch staatliche Repression gezwungen waren zu verschwinden, wurden als ab- oder untergetaucht bezeichnet. Dieses geschah ohne öffentliche Diskussion über die Grundlagen, Chancen und Schwierigkeiten eines solchen Schrittes. Vielleicht ist das einer der Gründe, daß es bis heute eine Art "Mythos" um das Thema gibt, das besagt: "verschwinden kann man, taucht auch kämpfen will, du mußt stark sein und verwehren, sonst geht es nicht". So ein Quatsch, aber dazu später. Von den Untergtauchten von damals wissen

wir heute, daß einige in den sozialistischen Ländern (z.B. DDR) ein Exil gefunden hatten. Gerade, als die DDR ist ein gutes Beispiel dafür, wie schnell sich die Lage für ExilantInnen in den letzten Jahren verändert hat.

Durch das Wegbrechen vieler sozialistischer Länder und die Entdeckung in der EU, es ist fast unmöglich geworden, ein legales Exil zu finden. Gerade das Scheitern Abkommen macht es nötig, den Begriff "Exil" heute neu zu definieren und zu definieren. Am Ende der Entdeckung soll es in der VC sein, daß der Verfolgungsdruck in jedem Land derselbe ist. Jedes Land ist ein Asyl für Diktatoren, die in einigen Ländern nicht strafbar sind, gibt es keine Grenzen, nicht eingekerkert zu werden (Schwarze, muslimische Halbedel, Inquisitor, Europäer). Doch nicht nur in Europa ist das so. Die BRD hat inzwischen mit über 150 Staaten Auslieferungsgabkommen unterzeichnet.

Wenn der Verfolgungsdruck also in fast jedem anderen Land spürt, dann der BRD gleiche, so heißt das, daß es egal ist, um wer sich im Exil befindet.

EXIL BEGINNT, WO VERFOLGUNG AUHFÖRT

Also dort, wo mensch sich "sicher" fühlt. Allerdings in "Sicherheit" ein Gefühl und wird von jedem/ander wahrgenommen. Die einen fühlen sich am sicher im Ausland "ohne deutsche Politik", den anderen reicht es vielleicht schon, in eine andere Stadt zu gehen. Voraussetzung für alle dafür ist aber daß es Sendungen geben muß, die überleben helfen, den Alltag zu organisieren.

EXIL ALS CHANCE!

In der "radikal" Nr. 113 erschien vor kurzem ein Artikel zu "Exil" in dem u.a. stand: "...wer im Exil Probleme hat und es nicht aushalten zu können glaubt, der/die wird im Knast

oder bei den Bullen erst recht Probleme bekommen". Diese Aussage legt den Rückschluß nahe, daß wenn mensch die Wahl hat, es immer besser ist sich für Exil zu entscheiden. Diese Schlussfolgerung ist falsch. Die Probleme die mensch hat wenn er/sie sich für Exil entscheidet sind anders gelagert... Im Exil geht es bei einer drückenden Verhaftung ein Weg, eine Chance, sich dem Knastapparat zu entziehen. Doch kann die Ausgangssituation, mit der sich mensch auseinandersetzen muß sehr unterschiedlich sein. In haben z.B. Leiden, Unruhen, Kriege, oder Menschen mit Krankheiten oder Behinderungen andere Dinge zu bestehen, zusätzliche Schwierigkeiten zu lösen. Grundsätzlich gilt aber für alle: das Exil ist eine Chance, Zeit zu gewinnen, mensch kann sich mit einem klaren Kopf bekommen und sich so in "Ruhe" überlegen, wie es weitergehen soll. Vor allem muß sich erst einmal angesprochen werden, warum es geht und wo sind die Unterschiede wieder sehr groß.

EINIGE GEDANKEN ZUM EXIL AUS DEM EXIL

Aus: RADIKALE ZEITEN Nr. 3 - Februar 1996

Gesucht im Zusammenhang mit "Radikal - Verfahren" melden sich zu Wort.

EXILIEN - EIN UNBEKANNTES LAND!

Ein Märchen!

Von Exilien soll ich erzählen. Nun, das ist nicht so einfach. Erst einmal bin ich dort gerade erst angekommen und es ist ein unglaublich großes Land, von dem ich nur einen ganz kleinen Teil kenne. Es ist fast so groß wie die Erde, und Menschen aus dem Land, wo ich herkomme, rufen dort in der letzten Zeit nur sehr selten hin. Aber es gibt hier sehr viele Menschen aus Afrika, Südamerika oder auch Osteuropa, die sehr viel mehr Erfahrung mit diesem

Land haben - aber sie leben hier in Gefilden und unter Verhältnissen die mir weitestgehend verschlossen bleiben. Auch der kleine Teil den ich kenne ist schwer zu beschreiben. Zum einen erlauben die Bewohnenden hier nicht, daß man ihr Land allzu genau beschreibt - aus Sicherheitsgründen, wie sie sagen (ich konnte bisher noch nicht ergründen, was wirklich dahintersteckt, aber keine Sorge, ich arbeite dran!). Und zum anderen erleben alle, die hier mal gewesen sind oder immer noch sind, auch diesen kleinen Landesteil den ich mit der Zeit kennenlerne völlig unterschiedlich. Deshalb ist es schwer, dieses Land halbwegs allgemeinverständlich zu beschreiben, da es immer wieder anders aussieht und die, die sich dort hinbegeben, meistens so gut wie keine Vorstellung davon haben, wie es aussieht, was sie dort erwarten. Zum Teil haben sie vorher auch nur versucht, etwas darüber zu erfahren und wenn doch, hatten sie große Schwierigkeiten an die rar gefunden Reiseberichte heranzukommen. Aus früheren Zeiten gibt es zwar eine Vielzahl von Berichten, aber nur wenige, die in letzter Zeit aus Exilien zurückgekommen sind haben sich erlauben lassen, was sie dort erleben und einige sind dort auch für immer geblieben. Doch auch für die, die versucht haben, sich sicherheits- halber vorher schon möglichst gründlich über das unbekannte Land zu informieren und vielleicht sogar schon mal Kontakte zu den Menschen, die dort leben aufgenommen haben, werden erfahren, daß das Land dann doch wieder ganz anderes aussieht, als sie es sich vorgestellt haben. Denn es ist ein gewaltiger Unterschied, ob mensch sich - sagen wir mal - einen Reiseplan von einem Land betrachtet und sich dann versucht vorzustellen, wie es sich dort leben läßt, oder ob mensch sich wirklich dort niederläßt. Oft muß die Abreise auch völlig überstürzt angetreten werden, ohne für den Zeitpunkt dann auch schon gehacht zu haben, ohne sich vorher anmelden zu können. Wenn ihr Glück habt, werft ihr Menschen in Exilien, die freundlich sind und hilfsbereit. Am Anfang braucht ihr viel Geduld um euch zurechtzufinden und das Land kennenzulernen. Aber einigen von euch wird es dort nach einiger Zeit so gut gefallen, daß ihr vielleicht

gar nicht mehr zurückwollt - aber da beginnt schon eine andere Geschichte, die ich euch ein ander Mal erzählen will.

NU ABER:

Dieser Text entsteht aus der Auseinandersetzung mit unserer Exilsituation (in der wir uns seit etwa einem halben Jahr wegen des Vorwurfs der Mitarbeit bei der radikal befindend) und mit Hilfe der Texte aus der radikal (193), die sich mit "Exil" beschäftigen. Vorweg möchten wir klarmachen, daß wir unsere Situation momentan als ein Stadium zwischen Flucht und Exil begreifen, nicht mehr nur Flucht, sondern so langsam auf dem Weg, ein Leben im Exil aufzubauen. Wir denken, bestimmte Sachen sind vorallgemein- erbar, die alle im Exil Gefährdung mit ähnlichen Fragestellungen, Unsicher- heiten und Problemen konfrontiert sein werden. Vor allem ist mensch plötzlich weitestgehend abgeschnitten von Auseinandersetzungen und Diskussions- und auch die Möglichkeiten nach alten Mustern zu agieren, das Leben zu gestalten, Politik zu machen fallen erst mal weg und müssen auf andere Art und Weise ersetzt werden.

SPEZIFISCHE BEDINGUNGEN FÜR FRAUEN IM EXIL

Begonnen wollen wir mit einem Punkt.



der (und das überrascht uns nicht) in den vorliegenden Texten vernachlässigt oder ganz weggelassen wird, das Eingehen auf die speziellen Bedingungen und Probleme, die sich für Frauen ergeben, wenn sie sich zur Flucht und für Exil entscheiden. Für Frauen bedeutet ein Leben in der Illegalität normalerweise, sich weniger wehren zu können gegen sexuelle An- und Übergriffe. Denn ein Leben im Exil heißt immer auch, sich möglichst unsichtbar und zurückhaltend in der

Öffentlichkeit zu bewegen, kein Aufsehen zu erregen. Außerdem stellt die Vergewaltigungsbedrohung eine noch größere Gefahr dar als sie es ohnehin schon ist. Da muß Frau sich schon mit beschäftigen, wie sie in einer illegalen Situation auf Angriffe reagieren kann und will. Zum Beispiel: wenn sie abends durch die Stadt geht, ist dies mit ganz anderen Unsicherheiten verbunden als es früher der Fall war. Dies wird Frau sehr schnell klar. Sie kann nun nicht mehr im Falle eines Angriffes vielleicht noch schnell zu einer in der Nähe wohnenden Freundin flüchten. Sie kann sich nicht mehr mit ihren Freundinnen treffen, um ihnen davon zu erzählen und sich mit ihnen zu beraten. Sie wird sich unsicherer sein, auf welche Infrastrukturen wie Notruf o.ä. sie zurückgreifen könnte, wo es sie gibt.

Und auch die Variante verbale Anmacherei ist immer noch eher Unsicherheit aus. Eskalation kann im schlimmsten Fall bedeuten, sich die Bullen an den Hals zu holen. Deeskalation kann bedeuten, den Typen nicht genügend klar zu machen, daß sie sich verhaseln sollen. Auffälligkeit auf der Straße assoziiert sie immer noch mit einem gewissen Risiko. Was ist, wenn sich noch andere Leute einmischen usw. Alles Fragen auf die Frau nicht so schnell schlüssige Antworten finden wird.

Ein anderer nicht zu unterschätzender Punkt ist, daß Frau sich gerade im An-

fang in einem ziemlich vollständigen Abhängigkeitsverhältnis befindet und auch da die Gefahr bestehen kann, daß dies von Männern ausgenutzt wird.

Und das beginnt ja schon bei solchen Sachen wie sexuelle Sprüche, Blicke, Verhaltensweisen, auf die Frau bisher sofort ziemlich heftig reagiert hat: es sich nun aber zweimal überlegt, was das für Folgen haben könnte, schlechte Stimmung und mißtrauisches, abgekühltes Verhältnis zu den Leuten/Männern. Und das in einer Situation, wo das, wie gesagt - zumindest am Anfang - auf eine sehr beschränkte Anzahl von Menschen angewiesen und von ihnen auch abhängig ist.

Wir hoffen, es ist etwas klarer geworden, daß es für Männer und Frauen auch in der Exilsituation gravierende

Unterschiede gibt.

Nur kurz erwähnen wollen wir, daß sich die Situation für eine Frau mit Kindern oder die schwanger ist sehr viel komplizierter darstellt. Es müssen nochmal ganz andere Probleme gelöst werden und das wird ihre Entscheidung für das, was sie sich vorstellen kann, mitbestimmen.

Auf die besondere Situation und die speziellen Schwierigkeiten, mit denen Lesenden der Schwule konfrontiert sind, werden wir wahrscheinlich in einem späteren Text näher eingehen.

VIII. ZEIT UND BESCHRÄNKTE MÖGLICHKEITEN

(...) Eine andere Form, einen Teil der frühesten Auseinandersetzungen weiterzuführen oder auch überhaupt erst zu beginnen, ist das Briefe schreiben. Und das soll erst mal gelohnt werden, sich schriftlich mitzuteilen und Diskussionspunkte zu führen. Wer ist es schon gewohnt, Briefe zu schreiben? Alles wird über das Schreiben angestrengt, eine Kommunikationstheorie, die für uns momentan natürlich falsch ist. Es geht sich, daß die Briefe eine Möglichkeit sind, andere anders und zum Teil besser kennenzulernen als vorher und auch, anderen von sich mehr und andere Sachen mitzuteilen. (...)

Dies und vieles andere mehr natürlich auch in irgendeiner Form organisiert werden, die Briefe, möglichst viele Briefe und wahrscheinlich Kulte müssen sich erreichen können, da wir ja nicht völlig abgeschnitten sein von allem, sondern möglichst viel von dem mitkriegen, was woher passiert. Außerdem muß sich um viele Sachen, die da einfach so liegen lassen mußten (Wohnung, Arbeitsamt, Krankenversicherung usw. m.f.) gekümmert werden. Viel Arbeit! Es gibt durchaus eine Menge spannender und neuer Aspekte im neuen Leben. Das müssen wir uns immer wieder klarmachen (...). Aber je mehr wir das "Alte" verklären, desto schwerer fällt es, sich auf das "Neue" wirklich einzulassen. (...)

WEG VON DEN GRÜBELEIEN - AUF ZUM NEUEN LEBEN (MIT VIEL GEDULD!)

Das Thema Kroat beschäftigt uns zumindest in dieser Anfangsphase häufig, und das aus mehreren Gründen: Klar, erstmal sind wir heilfroh, ihnen ent-

wacht zu sein (...). Andererseits ist es ja nicht ausgeschlossen, daß sie auch unvorbereitet durch einen Zufall oder was auch immer noch erwischen. Also versuchen wir uns vorzustellen, wie es sein im Kroat ergeben würde, wie gut wir das durchschauen könnten. (...) Seltend passiert die Minderheiten, Hochrufen, Bewährungsstrafen durch den Kopf. (...) Es macht natürlich noch einen Unterschied, was da genau vorgeworfen und welches Strafmaß darauf verhängt sein wird. Wenn ziemlich klar ist, daß sich mindestens - Jahre Kroat erwarten, wenn da sich weniger mit solchen Gräueltaten abgeben, die ersttägige Entscheidung angraben, wird die Kroat fällen. (...) für viele Möglichkeiten, die sich im Fall im Laufe der Zeit können zu verschließen und sich nicht darauf einstellen, da mensch mehr mit dem frischen Abkommen und dem früheren Leben beschäftigt ist, als mit dem neuen. Wenn wir bewußt damit umgehen, für lange Zeit ausgeblieben, nachläßt das ganz andere Kroat in uns, was die neue Situation mitreguliert. Da gewinnt einen Teil der Initiative für das eigene Leben zurück, sprachen Sachen anspornen, zurückzuführen, begünstigen, zu entwickeln und nach ihrer Willkürbarkeit zu suchen. Aber dann regt sich schnell, daß die viel viel Geduld nötig ist, was auch ganz anders sein wird. Wir haben festgestellt, daß dies wirklich ein sehr wichtiger Punkt ist, weil alles viel mehr Überlegenheiten braucht und nicht mehr so einfach happens die Kroat. Wir müssen ja auch erst mal herausfinden, was wir eigentlich wollen, eine Klarheit finden und das geht uns besser mit einer unserer Ruhe, die man auch nicht auf Abruf und immer ganz selbst. Und deshalb brauchen wir auch viel Geduld mit uns selbst und dem Fakt, daß es dauern kann, bis sich entsprechende Möglichkeiten auftrifft. Wenn wir anderen aufpassen werden können, denn das ist ja auch so ne Sache, daß wir auf einmal in ganz vielen Sachen sehr von anderen Leuten abhängig sind und darauf bauen und vertrauen müssen, daß sie vieles für uns regeln und anleiten. Und wenn das dann mal nicht so schnell klappt, wie wir es gerne hätten, heißt es wieder, sich in Geduld üben, nachschauen, zu erinnern.

Denn die Leute hier haben natürlich auch noch ihr eigenes Leben auf die Reihe zu kriegen und können sich nicht ständig um unsere Sachen kümmern, auch wenn wir es gerne hätten. (...)

Der wichtigste Punkt unserer Meinung nach ist, wieder eine politische Perspektive zu entwickeln, also etwas zu finden, wo wir wieder politisch aktiv sein. (...) Die Auswahlmöglichkeiten und die Art der möglichen Betätigung werden anders sein, vielleicht weniger, und so müssen wir uns eben auch in ungewohnten Sachen fördern und versuchen auszufinden. (...)

Ein Jahr vor ... und zwei zurück

Ausgabe zu der Broschüre "Überlegungen zum Fall Kroat", 1995.

In der Zeit, in der ich weg war, habe ich mir oft gewünscht, mit die Gedanken über unsere Verbindung nicht alleine machen zu müssen. Nun bin ich, und hier als wieder da oder auf freiem Fuß - und!

Nachher. Für jeden, und mittlerweile auch für mich, scheint die eigene Auseinandersetzung am produktivsten, wir alle haben diese nicht allmählich miteinander zu tun, aber warum nicht? Mag sein, daß die die Realität ist, aber im Grunde ist es die unpolitische und verantwortungslose Haltung. Zumindest nach Außen gerichtet, dadurch die Stimmung, als wäre alles vorbei und alle hätten wieder ihre Ruhe. Es werden wieder drei Leute aus der Szene gesucht, und ich kann mir leider nicht vorstellen, wem sie sich konfrontieren sehen. (...)

Dieser Text ist ein Versuch, das wenige an Erfahrung und der Zeit danach zu vermitteln.

Über vieles, was von Nutzen, interessant, anregend ist und ein wenig von dem Abenteuer hat, das viele nur Flucht verbinden werden, will



ich weder hier noch an sonst einem Ort sprechen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Also wird nicht allzuviel übrig bleiben und im Vordergrund wird die persönliche Verarbeitung einer solchen Situation stehen.

Befasst habe ich mich bisweilen schon mit dem Gedanken, die Sachen packen zu müssen (Sachen packen ist gut, viel Zeit dafür blieb mir nicht, mit einer Hase, einem Hemd, ein paar Socken, nem Batzen Geld, mit dem ich nicht so recht was anfangen wollte und mit mir machte ich mich auf den Weg), als es dann wirklich soweit war, stimmten meine Vorstellung von mir, wie ich in einem solchen Fall reagieren würde, mit so ziemlich nichts mehr überein. Nichts von "locker hantieren, problemlos damit umgehen können, denn für eine konkrete Sache, hinter der ich stehe, muß ich eben auch so etwas in Kauf nehmen". Von einem Tag auf den anderen kam ich nicht mehr teilhaben an einem Leben, das mir gefiel und in dem ich einen Sinn sah. In den ersten Wochen war ich mir nicht bewußt, was da mit mir geschieht, geschweige denn, daß eben auch ich gesucht werde. Es hat eine Weile gedauert, bis auch ich die Situation als ernst wahrgenommen habe. Ich fühle mich enorm nutzlos und es wäre mir um einiges lieber gewesen, bei der Solidarität zu helfen, anstatt mir helfen lassen zu müssen. In nur kurzer Zeit hatte ich das Gefühl, meine Selbstständigkeit vollkommen verloren zu haben, ich hatte mir nicht ausgesucht zu gehen, und ich versuchte mich dagegen, daß da an anderer Stelle faktisch eine Entscheidung über mein Leben gefällt wurde. (...)

Ich glaube, daraus lernen zu haben und weiß, daß ich - nochmals in einer solchen Situation - bewußter mit mir und den Sachen umgehen werde. Selbst auf stinknormale Leute, die die Straßen entlangpromenieren und eigentlich beläust werden, war ich eifersüchtig, und verwundert, daß man überhaupt über die alltäglichen, unwichtigen und doch wichtigen Kleinigkeiten klönen konnte - ich konnte es nicht mehr, meine Gedanken drehten sich größtenteils um mich, um die Leute im Kraut und die auf der Flucht. Dieser Nerd auf ein wirklich langweiliges Leben veränderte sich im Laufe der Zeit in Abscheu gegenüber Lernen, die meiste Ansicht nach die

Leben im Nichtsein verpödelten - der Grund für diese Empfindungen, die an sich ungerecht sind, liegen glaube ich daran, daß ich das alles Entscheidende nicht tun konnte: Entscheidungen über mein Leben selber treffen zu können. In dieser Logik paßt demnach auch die Überlegung, mich zu stellen, die ich in dieser Zeit hatte. Den Zeitpunkt hätte immerhin ich bestimmt. Gezüg lebe ich in Berlin und vermüßte die unmöglichen Dinge, ich hatte eine Wur im Bauch, mit der ich nicht wußte, wohin. (...)

Einen Arbeitsplatz zu haben, war in den ersten Wochen mehr Therapie als alles andere. Zum erstenmal war es mir möglich, sich mal über einen längeren Zeitraum an etwas anderes zu denken, als an meine Situation, so langsam habe ich wieder gelernt, für mich die Verantwortung zu übernehmen und nach Dingen zu suchen, die mir Spaß machen und etwas bringen, umso standig nach Gründen zu suchen, warum es für mich absolut unmöglich ist, etwas aufbauen zu können. Um ein anderes Leben anfangen zu können, war es für mich notwendig, ein Stück meines Lebens abzuschneiden. (...)

Bis zum Pommerschen - damals noch für April, Mai vorgesehen - nahm ich mir

vor, die Gedanken an Berlin nicht mehr zu meinem Hauptthema zu machen und mich stattdessen auf das zu konzentrieren, was mich umgab. (...)

Die plötzliche Nachricht, daß ich zurückkommen kann, traf mich dann auch dementsprechend unverhofft. Einer der ersten Gedanken nach der Freude war, daß ich doch nicht schon wieder alles stehen- und liegenlassen kann. Ich wollte die Sachen, die ich begonnen hatte, zu Ende bringen. Ich durchlief schon wieder eine Phase in der Schwebe, so wie es sich am Anfang meiner Exilzeit darstellte, nur versuchte ich diesmal einigermaßen in Ruhe die Zelte abzubauen, aber unweigerlich baute ich sie in Gedanken in Berlin wieder auf. (...) Noch ein halbes Jahr davor hatte ich mir nichts lieber gewünscht, als daß dieser Fall einträte, aber in der Zwischenzeit hat sich eine Menge getan, und es war mir auf einmal nicht mehr so klar, wohin ich denn nun gehöre.

Und das ist es mir nach fünf Monaten zurück in Berlin noch wie vor nicht. Es besteht überhaupt kein Zweifel daran, daß es mir viel wert ist, wieder bei meinen Genossinnen, meiner Familie und FreundInnen zu sein, aber ich habe nicht mehr die unerschütterliche Überzeugung, am richtigen Ort zu sein. Hier hat sich viel getan, und bei



mühen auch. (...)

Auszug aus einem Interview, welches Oliver Tolmein mit Christoph Seidler, dem nicht in die RAF eingestiegenen "Aussteiger" führte.

Aus: KONKRET 1/1997

(...)

Konkret: Aber du kommst aus der linksradikalen Szene. Da mußt du dir doch überlegen haben, was das Interesse der Verfassungsschützer an der Zusammenarbeit mit dir sein könnte?

C.S.: Sie haben ein großes Interesse, daß Leute aus der Illegalität zurückkehren und sie dabei was erfahren. Ich mußte z.B. sagen, daß ich 1989 im Libanon war, daß ich 1984 mehr in die RAF gegangen bin und und und - das sind Fakten, die der Staatsschutz bei dafür nur vermutet hat oder eben auch gar nicht wollte. Ich sage also, selbst wenn ich nur Vorwürfe unterlege, dann hat Wissenslücken des Apparats zu implizieren. Und wenn es bei mir klappt, das ist das Kalte, dann motiviert das auch andere, diesen Weg einzuschlagen - und das wiederum dazu, daß weitere Wissenslücken gestopft werden. (...)

Konkret: Was war dem Mann wieder aufzumahnen?

C.S.: Abgesehen davon, daß ich diese erfindenen Vorwürfe aus dem Welt schaffen wollte, war für mich vor allem in den letzten drei Jahren der Illegalität die Situation schwierig. Ich wollte mich wieder frei entscheiden können, so zu leben, wie ich das wollte. Ich habe mir dann auch immer über vorgestellt, wie es künftig sein wird. Man wird ja aber die Existenzsicherung kompliziert, aber auch in Fragen wie die nach dem Verfahren und den Perspektiven bei Krankheiten rückt näher. Wenn eine Operation notwendig wird, bist du als Illegaler, der ja nicht krankenversichert ist, möglicherweise ausgeschlossen. Das Leben im Versteck ist

außerdem diktiert davon, daß du unauffällig bist, dich nicht einmischst, daß du nicht mehr du selber bist, sondern immer mit einer Legende lebst - das hat Uli in KONKRET 1 9/96 sehr präzise beschrieben.

Konkret: Hast du dir das anders vorgestellt, als du in die Illegalität gegangen bist?

C.S.: Ja. Aber andererseits ist "vorgestellt" nicht das passende Wort. Das was in meinem Hirnbefehl passiert, ist die Behauptung, daß ich überflüssig abgetaucht bin. Was waren damals der Meinung, es muß möglich sein für gefährliche Leute aus der Bewegung, zu denen ich mich damals zählte, einen Rückzugsort zu schaffen, in dem sie trotzdem noch Kontakt zu den Bewegungen halten können. Aber mehr als ein Anspruch war das nicht - und es hat sich schnell gezeigt, daß das in real nicht geht.

Konkret: Was würden Sie heute auf die Leute raten, die in die Illegalität gehen wollen?

C.S.: Aus meiner Sicht und mit meinen Erfahrungen würde ich sagen: Das ist in diesem Lande hier nicht empfehlenswert. Und es ist meines Erachtens ein Mangel des "Staatschutzes", da mal viel mehr Leute in eine solche Entscheidungssituation zu drängen. Ich würde andererseits raten, abzuwarten. Aber wer illegal überleben will, muß schon sehr genau wissen, was auf ihn oder sie zukommt. Es ist nicht unmöglich, aber...

Die "Benz"-Variante

Nach achtzehn Jahren Illegalität ist er wieder aufgetaucht. Die BAW hat das Verfahren wg. Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" gegen Uli Dillemann eingeleitet. Oliver Tolmein sprach mit ihm über seine Erfahrungen

Aus: KONKRET 9/1996

Konkret: Gegen dich wurde wegen Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" ermittelt. Vor achtzehn Jahren bist du von der Bildfläche verschwunden. Warum?

U.D.: Am 18. Dezember 1987 fanden bundesweit Hausdurchsuchungen statt. Die Razzia unter dem Kodewort "Aktion Zobel" richtete sich gegen vermeintliche Mitglieder bzw. Unterstützer/innen der "Roten Zora" und der "Revolutionären Zellen". Auch meine Wohnung wurde damals durchsucht. Ich hatte keine Lust, unter dem Druck und der Observation der "Herren des Morgenspuces" zu leben. Deshalb habe ich es vorgezogen, für die Staatsorgane un erreichbar zu sein.

Konkret: "Enorm" hat 1989 von dir behauptet, daß du "Untercoveragent" des Bundesamtes für Verfassungsschutz und ein "Agent Provocateur" seist - um allem weil es keinen Halbtat gegen dich gab.

U.D.: Der Gang der Dinge hat, denke ich, nicht einwirkend genug, was für eine überraschende und von keiner ge-

Kern der Vorgänge, grüßte. Diese das war und ist. Interessant daran ist heute nur noch, daß die Rote-Experten Schwarzer damals die Aussage von Ingrid Strohl aufgegriffen - hat sie habe einen We-

ber, der angeblich bei einem Anschlag gegen die Lufthansa und den Sexismus benutzt worden war, an einen "Mister X" weitergegeben. Ohne diese Einlassung wären die Spekulationen, daß ich dieser Mann sei und zudem noch vom Staatsschutz bezahlt würde, kaum aufgekommen. Für mich zeigt dies noch einmal sehr deutlich, wie problematisch und folgenreich für andere selbst Aussagen in Gerichtsverfahren sein können, die nur einen

selbst entlassen sollen und in denen kein Name genannt wird.

Konkret: Warum kunnst Du jetzt plötzlich zurückkehren?

U.D.: Die Bundesanwaltschaft hat am 12. März 1996 das Ermittlungsverfahren gegen mich "mangels Beweisen" eingestellt. Jansach gibt es damit keinen Grund mehr, wegzubleiben.

Konkret: Und wieso mangels es jetzt plötzlich an Beweisen?

U.D.: Die Frage ist wohl eher, auf welcher Grundlage schonhaß führte es mittell wurde.

Konkret: Hat es zwischen Dir und den Verfassungsschutz, Abprachen oder Gespräche gegeben?

U.D.: Nein. Ich habe weder mit dem Verfassungsschutz noch mit der Bundesanwaltschaft oder sonstigen Staatsschutzorganen Gespräche geführt oder Abprachen geschlossen. Weiter in der Bundesrepublik noch in einem anderen Land. Da hat auch keine Vermittlungsgespräche andere Personen gegeben. Allerdings ist mir mehrfach ein Verfassungsschutz, der sich "Herr Benz" nennt, sowohl bei meinen Eltern als auch bei meiner Rechtsanwaltin aufgetaucht, um so mit mir in Kontakt zu kommen. Nachdem diese Versuche im Leer ausgehen sind, hat sich die Bundesanwaltschaft - so scheint es mir jedenfalls - entschieden, das Verfahren gegen mich offiziell einzustellen. Und auf dieser Grundlage bin ich ohne behördliche Hilfe zurückgekehrt.

Konkret: Weißt du etwas über die sonstigen Aktivitäten von "Benz"?

U.D.: Soweit mir bekannt ist, hat der Verfassungsschutz mehrmals bei verschiedenen Gelegenheiten und gegenüber unterschiedlichen Personen angeboten, solchen Leuten, die als Mitglieder oder Unterstützer/innen der "Rosen Zora" und der "Revolutionären Zellen" gesucht werden und abgewacht sind, bei ihrer Legalisierung zu helfen, sprich, mit den jeweiligen Behörden Vorgespräche zu führen und mögliche Wege zu ebnen. Dabei präsentiert sich der Typ, der den Aliasnamen "Benz" benutzt, als Vermittler. Er behauptet,

daß er, falls sich jemand stellen will, mit der BAW das Strafmaß für die jeweilige Person ausbuhden könne. Allerdings übernimmt er keine Garantien dafür, daß dann alles in klappert. Die Aktivitäten von "Benz" erwecken den Eindruck, als wolle der Staatsschutz, nachdem die Zielvorgabungenkumman, das jahrelang ohne Ergebnis gearbeitet haben, die verbliebenen Fälle aus dem Bereich "Rosa Zora" und "Revolutionäre Zellen" quasi zermuschlich abwickeln, um auch dieses Kapitel des militärischen und bewaffneten Widerstands in der Bundesrepublik endlich als "erledigt" abhaken zu können. "Benz" funktioniert also als Scharnier zwischen dem politischen und juristischen Verfügungsmitteln einerseits und den Sperrumstärkungen der Politik andererseits. Schließlich hat die Kronenzeitung nicht zu geahnt, daß sich Geschehen außen. Auch die vom Staatsschutz angebotene

sung zur Anklage im Vorfeld über "Herrn Benz" abgeklappert.

Konkret: Wie kommen es dann, daß diese "Benz"-Aktivitäten - anders als Kronenzeitung und andere Auswertungsmittel - bislang kaum öffentlich propagiert worden sind?

U.D.: Ich denke, weil eine klammheimliche Abwicklung für den Verfassungsschutz mehrere Vorteile besitzt. Zum einen, weil sie die Gefahr von Querschüssen an den Reihen der Handlauer von BAW, BKA und Politik minimiert. Zum anderen verhindern die Agenten hinter den Kulissen, daß für den Verfassungsschutz unliebsame Diskussionen in der Öffentlichkeit - und natürlich auch in der linken Öffentlichkeit - ausbrechen. Trotzdem ist das gesamte Vorgehen in meinen Augen kein Geheimnis. Und ich bin der Meinung, daß es auch gewisse



nen Abschwermale haben nur bei den "DDR Ausreisern" der RAF vorliegen. Und nun - behauptet ich - ist die Verhaftung für ein möglicherweise moderates Vorgehen der Justiz, daß jemand "freiwillig" wieder auftaucht, sich zur Anklage äußert und vor Gericht erscheint. Dabei wird nicht nur das zu erwartende Strafmaß, sondern auch der Umfang der Einfluss-

des direkt Betroffenen im Kenntnis gelangen sollte. Zumal es im Zusammenhang mit der Staatsanwaltschaft im Dezember 1987 gegen die "Rosa Zora" und die "Revolutionären Zellen" eine breite Solidaritätsbewegung gegeben hat. Zumindest alle diejenigen, die damals daran teilnahmen, haben meines Erachtens ein Anrecht darauf, über das Warum und das Wie



der Rückkehr derjenigen, die damals abgetaucht sind und nach denen öffentlich gefahndet wurde bzw. zum Teil noch wird, informiert zu werden.

Konkret: Hältst du die "Benz"-Offerte für einen grundsätzlich nicht gangbaren Weg?

U.D.: Ich kann sehr gut verstehen, wenn jemand nach vielen Jahren der Illegalität zurückkehren will, die Schnauze voll hat. Das ewige Verstecken und Verstellen kostet sehr viel Kraft - psychische wie physische. Zusätzlich haben sich die politischen Koordinaten in den letzten Jahren erheblich verändert. Vor diesem Hintergrund bin ich in der glücklichen Situation gewesen, daß das Ermittlungsverfahren gegen mich eingestellt wurde. Um zurückzukommen, brauchte ich nicht auf die "Benz"-Initiative einzugehen. Somit befinde ich mich gegenüber den anderen in einer privilegierten Situation. Und aus dieser heraus sage ich: Es liegt in den Händen der BAW, die Strafverfahren gegen die übrigen Personen ebenfalls einzustellen.

Konkret: Wie hat sich diese Art zu leben auf dich ausgewirkt?

U.D.: Am Anfang habe ich mich immer mehr in meine Wohnung zurückgezogen. Aus dem Radio gehört, was in der Welt passiert, und die Realität durch die Bildröhre des Fernsehens wahrgenommen. Eine unwirkliche Welt. Politische Diskussionen haben mich mit Ausnahmen mittels beschriebenen Papiers nicht erreicht. Wenn du dann alles gelesen und darüber nachgedacht hast, fehlen dir die Gesprächspartner/innen. Und sitzt dir

dann endlich jemand gegenüber, mit dem du über das Gesehene reden könntest, haben die politischen Diskussionen bereits eine andere Richtung genommen, und du wirst mit neuen Diskussionsbeiträgen konfrontiert.

Normale Alltagskommunikation wurde plötzlich für mich zum Problem. Alle Menschen haben sich



erwas zu erzählen, wenn sie sich zufällig in Bahn und Bus, in Kneipen oder Restaurants begegnen. Du isolierst dich, du schweigst - mit dem Ergebnis, daß du abseits stehst. Oder du erzählst erfundene Geschichten. Aber auch das birgt viele Risiken.

Früher bin ich bei Zahnschmerzen einfach zum Arzt gegangen. Plötzlich konnte ich nicht mehr meinen Krankenschein rücken. Bevor ich zum Zahnarzt gehen konnte, habe ich erst mal stundenlang darüber nachgedacht, was ich dem erzähle, welche Daten ich bei der Sprechstundenhilfe angebe. Dinge, über die ich früher nicht eine Sekunde nachgedacht habe, weil sie mir selbstverständlich waren, bekamen nun riesige Dimensionen. Der Nachbar schlägt seine Frau - du droht den Fernsehton lautest. In der Kneipe werden Ausländer angemacht - du schweigst, trinkst dein Bier aus und zahlst. Mensch möchte schließlich nicht auffallen.

Konkret: Trotzdem siehst Du nicht gerade fertig aus.

U.D.: Bin ich auch nicht. Schließlich gab es jede Menge schöne Situationen. Du lernst neue Menschen kennen, mit ganz anderen Erfahrungen als den deinen. Du lernst zuzuhören, obwohl mir das noch immer sehr schwer fällt. Du beginnst dir eine Lebensgeschichte zu erdachen, die auf der einen Seite Teile deiner wirklichen Lebensgeschichte enthält, aber doch in weit von deiner früheren Wirklichkeit angesiedelt ist, daß es nicht auffällt. Und nicht zuletzt habe ich Menschen kennengelernt, die von meiner Situation wußten und dir mich einfach in ihren Freundeskreis integriert haben. Meine "Vergangenheit" spielte keine Rolle mehr. Ich war Bekannter von jemandem, und darüber haben sich andere Dinge entwickelt, Freundschaften und Bekanntschaften. Du wirst als der Mensch geschätzt, den du im Moment verkörperst.

Konkret: Wird die Illegalität über die Jahre Routine?

U.D.: Natürlich. Du gewöhnst dich daran. Und ich glaube heute, ohne diesen Anpassungsprozeß hält mich das auch nicht lange aus. Aber es ver-

lange dir auch eine verfluchte Disziplin und den Willen ab, sich mit den Gegebenheiten zu arrangieren.

Konkret: Welche Rolle spielt dabei die Hoffnung, irgendwann wieder legal leben zu können?

U.D.: Für mich hat diese Hoffnung keine Rolle gespielt. Zwar habe ich schon mal mit jemandem darüber geredet, so nach der Devise: "Was macht man, wenn..." Aber das waren mehr Spinnereien, weinelige Gespräche, als seriöse Planungen. Ich habe das auch für äußerst gefährlich. Wenn du beginnst, Tage zu zählen, wirst du verrückt im Kopf. In den letzten Minuten haben mich ganz andere Dinge beschäftigt. Will ich all das, was ich gelebt habe, wieder tauschen? Die Entscheidung zur Rückkehr ist mir sehr schwer gefallen. Denn so wie der

Entschluß, abzuschießen, einen Sprung ins kalte Wasser für mich darstellte, so bedeutet auch die Rückkehr zu früheren Verhältnissen und politischen Zusammenhängen, die mir zwangsläufig fremd geworden sind, einen Schritt ins Ungewisse.

Konkret: Wovon hast Du all die Jahre gelebt?

U.D.: Von Luft und Lieber Nein, im Ernst: Das Kohleproblem begleitet einen ständig, aber wie du siehst, habe ich nicht am Hungertuch geragt. Immer waren Frauen und Männer da, die mich unterstützt haben. Ihnen allen möchte ich danken. Und wenn es trotz alledem mal eng wurde? Horst, guck dir die Flüchtlinge an, die hier in Europa versuchen, ihr Überleben zu organisieren. Dagegen ging es mir wirklich die ganze Zeit blendend.

Konkret: Was hast du jetzt vor? Welche Pläne hast du?

U.D.: Zuhören und mich umschaun, mich mit den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland auseinandersetzen. Eine Wohnung muß ich mir suchen, mein Leben organisieren. Mehr Pläne habe ich nicht, will ich auch nicht machen. Der Rest wird sich ergeben.

Konkret: Ist dir bekannt, ob die nach wie vor gesuchten Personen ebenfalls über eine Rückkehr nachdenken?

U.D.: Wenn die Staatsdurchbehörden der Bundesrepublik Deutschland wirklich wollen, daß sich die gesuchten Genossen/innen legalisieren, da gibt es meine Meinung nach eine sehr einfache und glaubwürdige Form, um



dies zu erreichen: Die BAW muß alle

Ich bin ein cowboy ohne Kühe
 Ich bin ein cowboy ohne Pferd
 Ich kann nichtmal richtig schießen
 bei mir ist alles verkehrt

Mein Reiseziel ist einfach
 Ich komme von hier und geh nach dort
 und wenn's mir wo zu gut gefällt
 muß ich schleunigst wieder fort

So sitz ich lonesome auf dem Hügel
 und schau der Abendsonne zu
 das ist für mich die wahre Freiheit
 als cowboy ohne Kuh



Von E.I.N.E.M.,
 der seinen Anfang
 gefunden hat.

Ready or Not?

(Aus: "Swing" 2/3.97)

Hallo!

In der Radikal 11/95 war ein Artikel "Von der Bürde und Würde des Exils" der "Gruppe wider den Knick" (GwdK). Der folgende Text war ursprünglich als Entgegnung darauf gedacht. Nun ist es aber mehr eine Ergänzung geworden, wie durch das Abtauchen neben den Flüchtlingen auch viele andere mitbetroffen sind, und wie deren Situation und Probleme aussehen.

Mit und beim Lesen des Artikels einige Sachen aufgefallen, die mir nicht gefallen haben. Ich will aber auf keinen Fall die Absicht des Artikels infrage stellen. Im Gegenteil, auch ich finde es gut, dem Thema "Flucht/Exil/Leben mit einer neuen Identität" seinen Schrecken zu nehmen und der Alternative "Kunst" etwas entgegenzusetzen. Es ist wichtig, dem Mythos des Abtauchens als etwas Ummögliches (da die Bullen ja eh alles wissen und kontrollieren würden) entgegenzuarbeiten und konkrete Erfahrungen dagegen zu setzen. Das aber gelingt in obigem Artikel nur zum Teil, zum anderen tragen die Leute eher dazu bei, neue Mythen zu kreieren (z.B. die der angeblichen, psychisch kaum erregbaren Abgetauchten auf der einen, die/da geliebte Selbst-Stellen/auf der anderen Seite).

Es gibt in letzter Zeit einige gute Erfahrungen mit dem Abtauchen, so dass sich die entsprechenden Leute auch getraut haben, einige Leute aus dem Kautz-Verfahren (vgl. Rad. 150 und 151), Leute aus dem Radikal-Verfahren (Rad. 153, Kanban 8/29/ Sept. 96), U/D aus dem Verfahren gegen die Illegale Zone und die Revolutionären Zellen (Konkret 9/96). Es gibt aber auch schäbige Erfahrungen, wo Leute mit dem Exil nicht klarkommen und, bis es auch gar nicht versucht haben. Einige sind relativ schnell von den Bullen erkannt worden, andere haben sich selbst gezwungen, ohne abzuwarten, was das Verfahren sich überhaupt entwickelt wird - was auch deshalb, weil sie und ihre Freundinnen es sich nicht leisten haben, die Illegalität zu organisieren.

Aber auch aus einigen der positiven Erfahrungsbereiche geht hervor, daß

das Abtauchen höllisch viel Arbeit und große psychische Belastung vor allem auch für die Dagebliebenen bedeutet. Von daher war's nun Zeit, auch vertieft und konkreter über die Probleme und Schwierigkeiten, die das Abtauchen für die Zurückbleibenden mit sich bringt, zu reden.

1)

In den ganzen Diskussionen um Abtauchen sind bisher fast ausschließlich die Betroffenen selbst zu Wort gekommen, aber kaum Leute aus deren Umfeld, politische Zusammenhänge, Bezugspersonen, etc. Die einzige mir bekannte Ausnahme sind Frauen aus Bremen, und es scheint mir kein Zufall zu sein, daß es gerade Frauen sind, die das Thema, was das Abtauchen für das sog. "Umfeld" bedeutet, thematisieren. Auch im Artikel der GwdK tauchen die ganzen Bezugspersonen, Freundinnen etc. so gut wie gar nicht auf.

Der Tatsache, daß das Abtauchen nicht allein ein Problem ist für die, die gehen, sondern grad auch für die, die zurückbleiben, wird viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Auch ihre Situation wird durch Flucht und Abtauchen grundsätzlich verändert, auch sie müssen mit dem Verlust, dem Schock und der Angst klarkommen.

Je besser vorbereitet so ein Umfeld ist, wenn die Leute sich schon umgehend mit der Möglichkeit, selbst abzuweichen zu müssen, auseinandergesetzt haben, und je mehr Erfahrungen mit konsequentem Verhalten und Organisation sie haben, desto einfacher wird es für sie werden. Und trotzdem ist es noch hart genug, und noch mehr für die, die einfach ins kalte Wasser geworfen werden, auch in der Beziehung wenig Gefühle gemacht oder sich wenig eingetrast haben.

Von daher ist es eigentlich unethisch, auch über den Bekanntheitsgrad psychischen und entsprechenden Verhaltensweisen zu treffen, wenn mensch sich entscheidenden Aktionen zu machen, die das Risiko von mehreren Jahren Knast beinhaltet. Denartige Überlegungen habe ich bisher nur von Eltern bezüglich ihrer Kinder mitschwingen. Mütter und Väter stehen immer wieder vor der Frage, wie kann ich meinem Kind gegenüber verantworten, und wie kann ich garantieren, daß das Kind



möglichst wenig darunter zu leiden hat, wenn ich plötzlich von der Bildfläche verschwinde, also z.B. im Knaat oder eben auf der Flucht bin. Ähnliche Überlegungen könnten sich aber auch bezüglich anderer Personen gemacht werden: Menschen, die besonders von uns abhängig sind, z.B. weil sie schwer krank sind oder sich psychisch in einer labilen Verfassung befinden, die eigenen Eltern, nicht leibliche Kinder oder einfach unsere ganzen Freundinnen und Genossinnen. Natürlich soll das nicht heißen, nichts mehr riskieren zu können: wenn einige der Faktoren nicht optimal sind (wer hat schon die Eltern, die mit der

derartigen Situation Markkommen...). Aber es ist auf alle Fälle wichtig, sich dazu im voraus Gedanken zu machen, und da, wo Probleme zu erwarten sind, diese ernst zu nehmen und nach Lösungen zu suchen.

Das hängt bei Kleinagieren wie der Model-Adresse an eine Ein- oder Zwei-Zimmer-Wohnung-Adresse kann besser sein als eine große Wohngemeinschaft, da dadurch wesentlich weniger Menschen in Mitleidenschaft gezogen werden.

Es kann heißen, sich gegen einen "Marknamen" zu entscheiden, da durch den 129a die drohende Knaatstrafe früher und die Verfolgung (z.B. Fahndung, Observierungen, Verhöre) durch die Knaathäuser bedeutend härter sind. Es kann heißen, eine weitere, an der Aktion nicht beteiligte Person einzuwerben, damit im Falle der Scheiterns innerhalb einer außerordentlichen Person Bescheid weiß, die dann schnell reagieren und z.B. von der Fahndung betroffene Leute warnen kann. Und es soll heißen, Vorbereitungen für den Fall des Verbleibens einer Aktion und für die Flucht zu treffen (Falschmeldung, Bürgergeld, Konto-Karten und PIN wegnehmen).

Eigentlich müßten wir alle, die sich als "radikale und/oder revolutionäre Linke(r)" verstehen, auf derartige Situationen vorbereitet und in der Lage sein, damit umzugehen. Doch zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft oft eine riesengroße Lücke. Und nur wenige Leute können auf Erfahrungen in derartigen Situationen zurückgreifen. Außerdem gibt es so ganz viele Leute unter uns, die persönlich nicht besonders belastbar sind. Aus obigen Gründen finde ich den Satz der GwdK "es gab und gibt immer bessere Lösungen als sich zu stellen" in der Absolutheit auch nicht richtig. Ich will damit nicht sagen, daß es eine gute Lösung ist, in den Knaat zu gehen, aber es könnte in bestimmten

Situationen die besser von zwei schlechten sein. Mensch könnte sich z.B. gegen ein langjähriges Exil entscheiden, um für ein Kind oder eine andere abhängige und wichtige Bezugsperson erreichbar zu sein, und einigermaßen regelmäßige Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten durch Knaatbesuche und Briefe aufrechtzuerhalten. Dies wäre in meinen Augen auch eine korrekte und akzeptable Entscheidung in einer derartigen Situation. Wichtig aber auch, daß es eine Entscheidung nicht überstürzt gefällt wird, sondern erst nach ausführlichen Diskussionen mit Vertrauenspersonen und nachher gewissen Abklärungen über den Stand der Ermittlungen eingegangen sind (was aber in einem Verfahren, wo keine Anklage erhoben werden kann, "weil die Verhältnisse flüchtig sind", nicht so einfach ist). Außerdem sollten Alternativen vorhanden sein, und die Person sich emotional wieder gefaßt haben.

2)

Der durch das Abschlachten in Mitleidenschaft gezogene Personenkreis setzt sich nicht nur aus den unterschiedlichsten Leuten mit den unterschiedlichsten politischen Standpunkten und Erfahrungen zusammen. Im folgenden werde ich mich auf Leute beziehen, die selber aus einem radikalen linksanarchistischen Spektrum kommen, die sich also zumindest von ihrem Anspruch her schon mit derartigen Situationen auseinandergesetzt haben, und wo mensch denken könnte, daß diese Leute der Situation einigermaßen gewachsen wären.

Doch so glatt geht das alles nicht, wie sich in Berlin nach dem mißglückten Anschlag auf die Baustelle des Abschiebekomplexes und der darauf folgenden Fahndung gezeigt hat. Die Nachricht schlug ein wie eine Bombe, und fast alle, die irgendwie betroffen hat, waren zuerst einmal völlig außer sich. Einerseits das Entsetzen, daß das "Schreckliche" eingetreten ist, daß Leute, die wir lieben, der Flucht antreten müssen. Andererseits die Angst angesichts der auf einen zutreffenden Fahndungs- und Repressionsmaschine irgendwie falsch zu machen und den Verfolgten zu schaden. Die wenigsten schafften es, mit dieser Situation von heftigster praktischer Belastung



auf der einen und extremen Gefühlswelt auf der anderen Seite korrekt umzugehen. Es war unheimlich viel Aggressionen, Mißtrauen und Verständnislosigkeit untereinander zu spüren. Im nachhinein kommt es einem vor, wie wenn für den Schuck und die Angst ein Ventil gesucht und Unmengen von Aggressionen mobilisiert wurden, und - da die Bullen und Stae grad übermächtig erschienen - nicht gegen diese, sondern gegeneinander gerichtet wurden. Viel Wut auch auf die Gesuchten, denen ihre ganzen Sünden der letzten Jahre aufgerechnet wurden und auf die, die diese Aktionen verbucht hatten. Ich will damit nicht sagen, daß es keinen Grund gegeben hätte, während zu sein (die Gruppe des KOMITEE hat ja auch selbst eingestanden, schwerwiegende Fehler gemacht zu haben, indem sie Untertätigkeit leistete in die Sache mitvergingen haben).

Doch damit läßt sich das, was in den ersten Tagen abgelaufen ist, nicht erklären. Vielmehr spielte eine Rolle, daß viele über Nacht in eine für sie sehr unangenehme und schwierige Situation katapultiert wurden, eine Situation, die viele für sich eigentlich ausgeschlossen hatten, da sie sich verschieden hatten, bestimmte Aktionen und Aktionsformen nicht (mehr) zu machen. Zu einer solchen Entscheidung hatten unterschiedliche Gründe geführt, z.B. die Unsicherheit über die eigene Praxis (die nicht den Ansprüchen genügt (zu viele Fehler/zu wenig Verantwortung), oder es politisch nicht mehr sinnvoll bzw. das Verhältnis Risiko/Wirkung nicht mehr stimmig zu finden, oder einfach die Angst und den Psychoterror und andere Unannehmlichkeiten von militantem Alltag nicht mehr länger mitmachen zu wollen.

Meist spielen mehrere dieser Gründe zusammen, doch oft wird damit nicht offen umgegangen, die politischen werden angeführt, von den persönlichen wird geschwiegen (wofür oft nicht so leicht zu akzeptieren ist und auch etwas am Selbstvertrauen kränzt, von früheren Vorstellungen und Ansprüchen Abschied zu nehmen).

In so eine Situation plätzen andere, versuchen sich an einer Aktion, die vom Angriffsziel her nicht zu kritisieren ist, und scheitern, aufgrund

dummer Zufälle und aufgrund von eigenen Fehlern und Fehleinschätzungen. Die Konsequenzen (ungeplanten Ausmaßen) dominieren über alle hinweg, auch über die, die sich anders entschieden haben. Ja, und da liegt es eben doch sehr nahe, mit Wut und Abwehr zu reagieren und die Verantwortung auf andere abzuwälzen.

Hier aber läßt sich die Kritik, die sich im ersten Teil an die Militanten richtete, das "Unfeld" nicht genügend in die eigenen Überlegungen miteinbezogen zu haben, nun auch an die andere Seite richten. Solange wir uns individuell, oder als kleine Gruppe, gegen militante Aktionen entschieden, könnte wir nicht davon ausgehen, daß sich all die anderen um uns auch zu entscheiden, d.h. wir müssen uns auch weiterhin einen Riegel davor machen, wie wir mit Repression umgehen, was Absuchen für uns heißt etc. Und solange wir uns als Teil einer linksradikalen Szene begreifen, die sich die Wahl der Mittel nicht verschreiben läßt, da sich die Option auf direkte Angriffe nicht nehmen läßt, solange müssen wir auch politisch die Verantwortung für das Überdauern, was solche Angriffe an Repression auslösen, und können die Verantwortung nicht allein auf die abwälzen, die sich an bestimmten Aktionen entschlossen haben.

Damit ein Zitat aus dem Papier "Selbstverständnis einer militanten Gruppe" (Intern Nr. 188, S. 16, Abschnitt 4, Praktische Distanz zu Militanz): "Wenn wir die Prämisse von der Militanz als integralen Bestandteil revolutionärer Politik setzen, ist die Frage der 'praktischen Distanz' zu militantem Vorgehen nicht allein an militante Akteure/Innen zu richten. Linksradikale, die eine 'praktische Distanz' zu Militanz verspüren, und damit nicht nur ein zeitlich befristetes Aussteigen meinen, sondern sich generell davon abwenden und ihr gar die Legitimation absprechen, sind umgekehrt durchaus nach der Ernsthaftigkeit ihres sozialrevolutionären Engagements zu fragen."

3) die "Würde"

Die Gruppe "Wider den Knick" schreibt in ihrem Papier: "Wer sich selbst, beschädigt sich selbst, er/sie verliert den Respekt anderer und den Respekt vor sich selbst. In den Worten lateinamerikanischer GenossInnen,

die sehr großes Gewicht drauf legen: Du verlierst deine Würde."

Nun, das ist der Abschnitt in deren Text, der mich am meisten während gemacht hat. Es gibt die unterschiedlichsten Voraussetzungen und Gründe, weswegen sich Leute stellen. Die einen sind durch die veränderte Verfahrenslage nur noch von wenig Knaststrafe bedroht und das Leben im Exil erscheint ihnen fremdbestimmt und aufgewungener als ein Sich-Stellen. Andere sehen keine andere Möglichkeit der RAF-Killer-Fahndung zu entkommen. Sicher, diese Leute gehen Kompromisse ein, aber ist es nicht etwas dick aufgetragen, denen gleich Würde und Respekt abzuspargeln?

Ich finde, ihr habt einen sehr dogmatischen und eingeschränkten Begriff von dem, was "Würde" sein soll. Eine Vorstellung, wonach mensch eine Würde hat, die sicher unwiderruflich verliert, wenn mensch sich den Bullen gegenüber nicht eindeutig verhält. Das ist ein sehr eingeschränkter Blick. Ich denke eher, daß es im ganzen Leben immer wieder Situationen gibt (und nicht nur im Zusammenhang mit der Staatsgewalt), wo wir unsere Würde zu verteidigen haben, und je nach Biographie und Geschlecht haben wir mehr oder weniger Situationen hinter uns, wo wir uns nicht so verhalten haben/können, wie wir's richtig gefunden hätten, wo wir schwach waren, feige, Ohnmacht erlebt und (uns) erniedrigt haben/wurden, und uns hinterher mühen müßten unsere Würde erkämpfen/erarbeiten müßten. So kompromisslos, wie ihr urteilt, wird das Verhalten vor Gericht, gegenüber Bullen und Justiz zu dem Maßstab unserer Identität, erscheint als etwas nicht wieder Gutzumachendes und die ganzen Misseriten, Feigheiten, das Knicken im privaten und alltäglichen Bereich geraten aus dem Blickfeld.

Sicher, das Sich-Stellen kann eine sehr "unwürdige" und erniedrigende Situation sein (vor allem wenn's aus einer launen Schwäche- oder Ohnmachtssituation erfolgt), und sicher ist es immer wieder wichtig, Bullen und Justiz so wenig wie möglich entgegenzukommen, sich möglichst nicht freiwillig zu stellen, keine Aussagen zu machen (und solche, die andere belasten, auf gar keine Fall!). Aber leider gibt es immer wieder Situationen, wo die

Leute sich anders entscheiden, wo sie zurecht Angst haben oder kein Risiko eingehen wollen (die Ausnahme Prozess-Geschichte ist voll davon). Mit diesen Schwächen und Unzulänglichkeiten müssen wir wohl oder übel umgehen. Je offener damit umgegangen wird, desto kleiner der Schaden, der dadurch entsteht.

Und auch die Abgetauchten werden immer wieder vor Situationen stehen, wo sie um ihren Respekt kämpfen müssen. Z.B. wenn der Flucht ärgerliche Fehler vorausgegangen sind. Oder wenn sich das Abtauchen als sehr schwierig und belastend rausstellt, sie an ihre eigenen Grenzen stoßen und die Frage des Sich-Stellens wieder auf-

folgen Flucht und Exil erleben, hängt zu einem großen Teil von dem Umfeld ab, z.B. wie die Leute in der Lage sind, weiterhin Kontakte und Kommunikation aufrechtzuerhalten, und sich die Verfolgten nicht so abgeschnitten und alleine fühlen.

Ich fand's auch gut, wenn in der Geschichte des militanten Widerstands versucht das Auge auf die Schwierigkeiten und Schwachstellen, die sich immer wieder auftun, gelenkt wurde. Wir scheitern ja nicht einfach an der Repression, sondern eben genau daran, daß sie doch immer wieder Auswirkungen auf uns hat. Oder weil wir Fehler machen, die den Bullen überhaupt ein Eingangsportal öffnen. Leider

einer konstruktiven Zusammenarbeit und Auseinandersetzung im Wege steht. Okay, das war's! Ich freie mich auf Reaktionen!
Umfeld aus dem Eis



taucht. Oder wenn sich Beziehungen entwickeln zu Leuten, die nicht Bescheid wissen und nicht eingeweiht werden können, also ein großer Teil einer Beziehung auf einer Legende, einer Art Lüge, beruht.

4) Fazit:

Nun, was sollte das Ganze? Mir geht's um mehrere Dinge: als erstes find ich's gut, wenn in der gesamten Diskussion ums Abtauchen versucht das sogenannte "Umfeld" der Abgetauchten ins Blickfeld gerät und sich selbst dazu äußern würde (soweit das halt in einem nicht abgeschlossenen Verfahren der Fall sein kann). Wie die Ver-

ir dies alles viel zu wenig Thema. In dem Zusammenhang fällt mir auch das Papier der Roten Zora "Mill's Tanz auf dem Eis" ein, wo der überaus spannende Abschnitt, warum so nach der Repressionswelle 1987 sieben Jahre lang nie von sich haben hören konnten, warum welche ausgestiegen sind und mit welchen "menschlichen" Problemen sie zu kämpfen hatten, leider auch ziemlich knapp ausgefallen ist. Nicht wenige der Gründe für unsere Probleme und unser Scheitern sind im psychologischen Bereich zu suchen, bei den ganzen Gefühlen Ängsten und dem Mißtrauen, das uns und den anderen das Leben schwer macht, und

Anhang (Papiere, die im Text erwähnt werden und die es sich zu lesen lohnt, und wo die zu finden sind):

- "Von der Bürde und Würde ..." u.a., Radi Nr.153 11/95
- "Abtauchen und Leben in der Illegalität" u.a., Radi Nr.150 7/94
- Kassiber Nr.29, Sept.96
- Konkret 9/96, 11/97
- Radikale Zeiten
- "Selbstporträt einer militanten Gruppe", Interim 388, 13.9.96
- "Mill's Tanz auf dem Eis" (Broschüre der Roten Zora)

Nie fertig, stets bereit

Laut: "Interim 427", 10.7.1997

Abwachen - Exil - politische Politik - K.O.M.I.T.E.E. - um all das ging es in Ulrichs Text "Ready or not" (Swing 2/3.97 bzw. Interim 415/10.4.97). Und aus dieser Thematik ergibt sich auch die Schwierigkeit einer direkten Antwort. Da ich aber ohne Grundswort den folgenden Text nicht geschrieben hätte, bleibt es nicht bei allgemeinen Beiträgen zu den Themen.

Ich glaube, er hätte Ulrichs Text gut getan, genauer zu trennen zwischen den grundsätzlichen bzw. politischen Aspekten der Exilfrage und der konkreten Geschichtsanalyse in Sachen KOMITEE. Es ist immer schwer, allgemein zu diskutieren, dabei aber ein ganz konkretes Beispiel (dann im Kopf zu haben und ganz besonders schwer ist es dann, wenn persönliche Betroffenheit mit im Spiel ist).

Wirklich nicht einfach können, sowohl allgemein als auch speziell zu argumentieren, versucht ich mich jetzt an der von Ulrich gewählten Aufteilung und beginne mit Überlegungen zum Abwachen und dem Abwachen.

1) Flucht

Den Begriff "Exil" finde ich in älterer Diskussion nicht angemessen. Ich verstehe nicht völlig mit der Sicherheit des RadikalVerfolgers Martin Auerbach, der von Exil nur sprechen will, wenn der oder die Flüchtige im betreffenden Land einen legalen Status hat. Für mich bedeutet "Exil", daß ein Mensch entweder von einem Staat "ausgespart" wurde, eigentlich aber zurückwischen, oder aus einem Staat fliehen mußte, um eines politischen (oder anderweitigen, jedenfalls nicht nur politischen) Verfolgung nur Bedrohung für Leib und Leben zu entgehen.

Da gibt es natürlich Gruppen. Wo beginnt etwa diese Bedrohung? Und jeder Staat bemüht sich, politische Verfolgung als "rein juristisch" darzustellen. Es gilt keine irgendwas einlagbare Instanz, die uns sagt, ab wann es legitim ist, die Repression des deutschen Staates gegen Linkskadaver als "Terror", unsere Opposition als "Widerstand", bewaffnete Kleingruppen als "Guerrilla" und unsere Flucht als "Exil" zu bezeichnen. Wenn ich aber

unwohl fühle, mehr als auch aktuelle internationale Vergleiche anstelle, finde ich diese eher gemauerten Begriffe als Beschreibung für die Situation hierzulande ähnlich unangenehm. Die gesellschaftliche Rolle der deutschen Linkskadaver läßt sich nicht erklären durch solche geschichtsmächtigen Worte. Sie klingen, als gingen darum, um gewissermaßen in die erste Liga der historisch bedeutsamen revolutionären Bewegungen hineinzuweisen, die wir es zur Zeit nie praktisch haben. Das haben wir aber gar nicht nötig. Was geht uns verloren, wenn wir uns mit Begriffen wie "Kommunist", "linkskadaver", "Opposition", "Maoismus", "Guerrilla", "Flucht" begnügen und uns andere Wörter ausdenken für andere, viel besser am Leben. Es ist schon die Tatsache, daß die Diskussion auch noch, daß Spitznamen für Linkskadaver, Opposition ist hier doch immer noch geläufig als in den meisten anderen Staaten dieser Welt. Ich verstehe, wie durch die Historie hat, hat in Deutschland ein allgemeines nicht-Termin zu fliehen, die Linkskadaver-Mitglieder. Im Fall der neuen KOMITEE-Lösung ist es nicht ganz klar, wie Exil, sondern nur notwendige Flucht mit einem konkreten und kurzfristigen (eventuell) erklärtem Schutzverbot, nur geringe "Exil". Die Komitete hat Ulrich gegen den Mythos der Abwachen und sich voll und ganz.

Natürlich ist der Kasten nicht der "Laut" von der Revolution, aber es ist auch nicht unangenehm, das Gefühl aller Freunde, als das es uns als verschwand. Die von Ulrich kausale Gleichsetzung von Flucht und Kasten schließt die willkürliche zu schwächen. Es muß immer überlegt werden, wie ein Mensch drauf ist und wie die Lebensbedingungen nach je nach Entscheidung (wenn denn eine möglich ist) aussehen können. Wenn ich fremde Sprachen schlecht lernen kann und vor mir schonbar enstehende Jahre der Emigration, Abhängigkeit und Unsicherheit liegen, würde ich vielleicht lieber eine überschaubare Zeit im Kasten...

Im dritten Teil des Textes kommt Ulrich wieder auf diese allgemeinen Überlegungen zurück und schreibt einige zum Thema "Wunde", dem ich nachhinein beigefügt habe.

2) Umfeld

Was das Umfeld bzw. politische Umfeld der Abwachten angeht, so finde ich es nicht verwunderlich, daß davon wenig zu hören ist.

Es ist sichtbar so, daß eine grundsätzliche Auseinandersetzung darüber besteht, welche Formen der Öffentlichkeit es innerhalb der Linkskadaver gibt, welches Detailinteresse es für was gibt und wer wem gegenüber eigentlich Rechenschaft schuldet ist. Umso unklar ist das, wenn das "Umfeld" (wie Ulrich auch selbst schreibt) eine ganz verschiedene Menge von Leuten ist, die sich kaum kennen, geschweige denn mögen müssen. Sie haben unterschiedliche Interessen und Probleme und sehen plötzlich eine Identität als "das



Umfeld" entwickelt. Wenn gegenüber sollen sie sich erklären, und was sollen sie erklären? Wenn Urmel sagt, er was werde nicht thematisiert, kann damit je nur eine öffentliche Thematisierung gemeint sein, denn Urmel kann unmöglich wissen, was alle Betroffenen in ihrem eigenen Bezugskreis erleben. Diejenigen, die ein Misslingungsbedürfnis haben, sind meistens auch die, die tief in den ganzen Schlamm verstrickt sind und von daher sehr auf ihre Worte achten müssen. Andere sind mit hineingezogen worden und wehren sich gegen diese Situation, wollen am liebsten gar nicht mehr darüber reden, schon gar nicht öffentlich.

Das Ergebnis kann dann durchaus eine Art öffentlicher Unsichtbarkeit der Mißverhältnisse sein. Manchmal ist es auch anders, es bildet sich eine Gruppe, die das "Umfeld" nach außen repräsentiert, ob nun aus Sicht oder in Übereinkunft, aufgrund von Informationshierarchien oder zufälliger Ereignisse, und die wohl meistens nach und nach in den anderen persönlichen oder politischen Konflikten aufgehen wird.

Ich finde den Wunsch von Menschen aus dem "Umfeld" berechtigt, daß ihre Situation, die Strafe ihres Schweigens, von anderen wahrgenommen und respektiert werden. Ich glaube, daß das normalerweise auch geschieht, nur eben nicht in formen öffentlicher Stellungnahmen, sondern praktisch und auf den jeweiligen Verhältnissen. Meine Erfahrung im Fall KOMITEE ist, daß es durch die Zwänge der Situation bedingt, viel praktische Beschäftigung mit der Situation gab, dagegen die persönliche Verarbeitung des Stresses und Verlustschmerzes oft zu kurz kam (was auch durch keine wirkliche öffentliche Thematisierung hätte erreicht werden können).

Von mir selber kann ich sagen, daß ich das in Urmels Text anklingende Gefühl des "Allein-gelassen-werdens" mit dem Stolz nicht teile. Das grübe mir vielleicht anders, wenn ich mirer auch - wie früher einmal - den Anspruch auf dem Buckel tragen würde, die linksradikale Szene solle mir ein Familienrezepte sein, in dem individuell, Probleme einzelner Mitglieder automatisch zum Problem aller werden. Das kann nicht funktionieren.

3) Militanz

Die Ausführungen Urmels zu den notwendigen Überlegungen, wenn jemand militante Aktionen macht, empfinde ich als zweischneidige Sache. Denn sie sind einerseits vollkommen richtig: wer militiert, agiert, geht ein hohes Risiko ein, für sich selbst aus freiem Willen und für andere, die sich normalerweise nicht einschließen können. Darum ist eigentlich neben rein organisatorischer Überlegung auch Klarheit im Kopf und ein hohes Maß an Verantwortungsfähigkeit und Selbst-Reflexion nötig. Über hohen Ansprüche tragen wir allen, so sehr ich das, in der historischen Wahrnehmung der Aktionen in linksradikalen Kreisen bei ist - RAF mit der offenbar auch sehr so und hat zu dem Leuten auch ganz viele die Nase gestrichen - bis um und die Besten, und die Militanz bei uns haben sogar die Fernschüler überstanden. ... auf 1. Klasse -!

Alles, was es nicht unterstreicht, ist, daß Menschen unter den verschiedenen Lebensbedingungen in unserer Aktionskreise immer nicht genau als Ergebnis einer klaren Tagesentscheidung. Die technische Vorbereitung ist die eine Seite, die Klarheit im Kopf die andere. Und wer sich aufgrund kritischen Mangel Überlegungen diesen Weg geht, wird vielleicht auch ein nach und nach als eigenes Bewußtsein, Schwächen und Widerstände bemerken.

Eine weitere nicht zu unterschätzende Gefahr in der Isolierung der Militanz im eigenen Kreis. In einer Zeit, in der militante Aktionen schwerer werden und viele junge Leute abfallen, die zwar gut finden, aber keine praktische Erfahrungen damit sammeln können, kann leicht eine Tendenz der Militanz entstehen, sich abzukapseln (wie in den letzten Jahren). In der eigenen vertrauten Kreise gibt es Normen, müssen manche Diskussionen nicht noch einmal moderiert werden, und die Leute (vermutlich) bauen auf die möglichen Repressionsmöglichkeiten. Die - notwendige - Flexibilität der Verantwortlichen und der Überlegung, was dem eigenen isolierten Umfeld nützlich ist, birgt die Gefahr einer Tendenz.

Damit sollen die von mir notwendigen Überlegungen vor der militanten



Aktion nicht kleingeredet werden. Sie können nicht oft genug betont werden. Ich bin überzeugt davon, daß die radikalen Aktionen der radikalen Linken voll sind von Fehlern, Ungenauigkeiten und falschen (selbst)Einschätzungen der Beteiligten, so daß es ein seltsames Wunder ist, was gut die meisten zu klappen scheinen. Vermutlich liegt es nur daran, daß auch die Arbeit der Repressionsorgane voll ist von Fehlern, Ungenauigkeiten und falschen Einschätzungen.

4) Vom Fall KOMITEE' zur Militanzdebatte

Urmel schlägt eine Brücke vom "Fall KOMITEE" in Berlin zur Militanzdebatte, und das ist für mich der persönliche Teil des Textes. Ich lese dort teilweise genau jenen "eingesengten Blick", den Urmel eine Seite später anderen verleiht, und will dann ausführlicher auf diesen Abschnitt eingehen.

Mein erster Gedanke war, daß hier Konflikte offengelegt werden, die erst mal unter den Beteiligten geklärt werden sollten, und daß es unter Menschen gibt, denen diese Offenlegung nicht behagt - sei es aus persönlichen oder aus anderen Gründen. Es wäre so auch eine Sache zu klären, ob diese Konflikte wirklich, wie Urmel schreibt, grundsätzlicher politischer Natur sind

Es bringt aber auch wenig: eine solche Aufarbeitung in Form öffentlicher Stellung- und Gegenstellungnahmen zu beginnen.

Wenn es Urmels Absicht war, jede Konflikte vom Sommer 1995 zu verallgemeinern und darauf aufbauend eine politische Analyse mit über den Einzelfall hinausgehender Bedeutung zu entwickeln, so ist dies meiner Meinung nach nur in Ansätzen gelungen. Der Stil des Textes ist zwar objektivierend, aber der Inhalt befreit sich nicht von der eigenen Nähe und Verstricktheit in die konkrete Situation. Es wird eine ziemlich gradlinige Argumentationskette gelegt, die auch darauf beruht, daß bei mehreren möglichen Schlussfolgerungen/Gedanken "nur" nur einer weiterentwickelt wird.

Gleich zu Anfang wird gesagt, um wen es geht: Um diejenigen, die sich mit "derartigen Situationen auseinanderzusetzen haben" haben ihren eigenen linksradikalen Anspruch und ihren damit "eingemauerten" gewachsen sein sollten (also geht es um Leute, die sich als linksradikale Jugendliche/Frauen/Schüler in der "Nicht-Auseinanderkommen" und das "Gewachsen-sein" praktisch bewiesen. Was ist mit den Menschen, die zum "Auseinanderkommen" zwei Dinge die an sich nicht auf der Straße nicht gewachsen sind. Mit denen, die ihren eigenen Anspruch wiederholen und sich nicht "auseinanderkommen". Mit denen, die der Situation früher einmal gewachsen waren, aber heute nicht mehr? Mit denen, die Urmel zwar dem linksradikalen/autonomen Spektrum zurechnet, die sich da selbst aber gar nicht so sicher sind? Kann sein. Was sagt der von Urmel schematisch an den Anfang gestellte zusammenfassende Mensch für die Beurteilung der Wirklichkeit im April 1995? Meiner Meinung nach wenig.

Und noch etwas: Es wird auch nichts dazu gesagt, in welchem Maße sich überhaupt objektiv beurteilen läßt, ob jemand der Situation gewachsen war oder nicht. In einem bunt gemischten Umfeld, wo viele Leute wenig voneinander wußten und deswegen die einen taten, was ihnen logisch erschien, während ebendies anderen (mit anderem Wissensstand) überhaupt nicht einleuchtete, ist es wahrscheinlich, daß das damalige Verhalten mancher Leute

manchen anderen bis heute rätselhaft ist und als ein "Der-Situation-nicht-gewachsen-sein" angesehen wird, weil sie die Hintergründe nicht kennen.

Schon in der Einleitung zu diesem Teil von Urmels Text wird somit als selbstverständlich dargestellt, was ich gar nicht so selbstverständlich finde. Es ist eine Vereinfachung und Gleichsetzung des Faktors einer hohen Leistungs-Anforderung, wenn eine der Grundlagen für die folgende Argumentation des Textes gelegt wird.

Urmel entwickelt eine gradlinige Gedankenfolge, die verläuft etwa so: Viele von der Repression Betroffene haben der Situation 1995 nicht gewachsen, weil sie kein Verhalten nicht in prekärer Milieu hatten. Die "Trennungsbildung" ihres "unüberwindlichen" Propaganda, um das "nicht" freigelegt. Urmel suggeriert, es habe "viele" Leute gegeben, die ihre eigene Unsicherheit und Distanz kompensieren konnten, indem sie



Wut gegen die Gewächse, die Gruppe KOMITEE oder auch andere Betroffene richteten. Und Urmel spricht ausdrücklich nur von Menschen aus dem linksradikalen bzw. autonomen Spektrum.

Die Schwäche dieser Argumentation liegt nicht darin, daß sie an sich aus

der Luft gegriffen wäre. All das, was hier als weitgehend psychologischer Prozeß beschrieben wird, existiert. Wir kennen es vermutlich alle aus Diskussionen mit ehemals radikalen, inzwischen "geläuterten" Menschen. Da ist zuerst das schlechte Gewissen gegenüber uneingestandenem Aufgeben von Positionen, das in die kritisierte Flucht nach vorne umgewandelt wird, und später dann die Abwehrhaltung, mit der die eigene Vergangenheit verdrängt werden soll. All das gibt es, und auch im Fall KOMITEE ist es gewiß angekommen.

Doch die verallgemeinernde und objektivierende Weise, in der dieses Erklärungsmuster allein und allein übergründet wird, was vermeintlich "schlecht" lief, schäme das Kind mit dem Bade aus. Und Urmel spart hier nicht mit kräftigen Worten: "Unheimlich viel Aggression, Misträuen und Verständigungslosigkeit untereinander", "Untergraben von Aggression mobilisiert", "Viel Wut auch auf die Gewächse".

Aus meinen Erinnerungen heraus kann ich sagen, daß ich wohl Aggression, Misträuen und Verständigungslosigkeit untereinander erlebt habe damals – aber nur selten dazu ganz andere Gründe von. Nur in einem einzigen konkreten Fall würde ich Urmels Argumentation für zutreffend halten. Urmel sagt anders und teilt solche Fälle kennen, dennoch bleibt Urmels Erklärungsvorschlag einer unter vielen, die alle ihre Berechtigung haben. Um ein paar Möglichkeiten zu nennen: Vielleicht waren auch Menschen zusammen, die sich schon früher nicht grün waren. Vielleicht gab es Misträuen, weil allem Anschein nach ein paar Leute sehr grobe Fehler begangen hätten. Vielleicht reagierten Menschen anders als erwartet, weil sie Dinge wußten, die andere (auch Urmel) nicht wußten. Oder genau umgekehrt, weil sie Dinge nicht wußten, die andere (auch Urmel) für bekannt hielten. Vielleicht klapperte die Kommunikation unter Menschen manchmal schlecht, was gerade unter dem Druck tatsächlicher oder auch nur eingebildeter Überwachung schnell passiert. Vielleicht wurden Menschen in schwierigen persönlichen Situationen erwacht. Vielleicht fingen manche sofort mit Verdrängungsarbeit an, weil sie es sonst nicht

aushalten konnten. Vielleicht gab es Leute, die plötzlich überrascht merkten, daß 'sich auszusondern' mit und 'praktisch drinstecken' zwei ganz verschiedene Paar Schuhe sind. Vielleicht gab es Menschen, die sich überschätzten. Vielleicht waren auch welche überlastet. All das kann zu Konflikten zwischen Menschen führen, ohne daß dabei jemand militärische Politik die Legitimation abspriecht.

Ich finde es unangemessen, sich eine einzelne dieser möglichen Erklärungen rauszupicken und daraus zusammen mit dem eingangs erwähnten hohen Anspruch eine Art Beweisführung zu entwickeln, die am Ende dahin führt, am "antimilitaristischen Engagement" derer zu zweifeln, die den Ansprüchen



lebe. Im Gegenteil, ich habe viel Solidarität gespürt. Was ich aber auch mitbekommen habe, war eine gewisse Teilnahmslosigkeit bei vielen Sympathisanten, als gebe sie das alles nicht so viel an. Wo ich mit Menschen darüber gesprochen habe, bekam ich meist zu hören: sie würden ja etwas tun, wenn klarer gemacht würde, was jetzt angesagt ist und was nicht. Es war also eher Hilflosigkeit, die sich durch klare Vorgaben auch ändern ließ. Und zugeben

manöver). Ich selbst lasse mich gerne nach der Ernsthaftigkeit meines sozialrevolutionären Engagements fragen und bin demnach der Meinung, daß das vom KOMITEE entwickelte Konzept nicht durchdacht war und letztlich eine unreflektierte Wiederholung dessen war, was Gruppen wie die RZ und lokale Ansätze wie in Berlin die 'Revolutionären Viren' Ende der 80er Jahre bereits selbstkritisch hinterfragt hatten. Militante Kleingruppen sind nicht Guerilla, sie können nicht politische Orientierung der radikalen Linken sein. Sie können deren Kämpfe begleiten, aber nicht anleiten oder gar ersetzen. Die Demonstration, daß militante Aktionen möglich sind, hat keine politische Qualität aus sich heraus, sondern ist auf ein Umfeld von Menschen angewiesen, die dies politisch verarbeiten.

Bei der KOMITEE-Erklärung (wie auch früher schon bei Erklärungen militanter Gruppen, v.a. aus dem anti-imperialistischen Spektrum) habe ich den Eindruck, daß die wirre, er-

läuterte politische Idee des Projektes einerseits und der von mir in dem moralischen Motiv, sich nicht abfinden zu wollen mit den herrschenden Verhältnissen, andererseits, die wirkliche Gewährung der Motive für das Projekt etwas verzerren. Die ganze linksradikale autonome Politik ist vom moralischen Motiv durchzogen, und in seiner Übersetzung in die Worte 'revolutionäre Ungeduld' macht es auch die Trennlinie zur traditionellen kommunistischen Politik deutlich sichtbar, welche das Zögeln, Kanalisieren und vorfalls Unterdrücken ebendieser Ungeduld bedient. Aber während wir in unseren Sturm und Drangjahren, als wir uns radikalisierten, dieses starke moralische Motiv ganz in Ordnung fanden, kam später die realpolitischere Überbauung mit Projekten und Strategien. Die militante linksradikale Politik hat jedoch bisher weniger als an-



(angeblich) nicht gemugten. Das ist genau die Art eingeschränkter Begrifflichkeit, die Urnell an anderer Stelle zur Kritik der 'Gruppe wider den Knick' vorwirft.

Der dahinterstehenden Problematik, wie militante Politik in der radikalen Linken wieder eine tiefere Verankerung finden kann, wird eher ein Bärendienst erwiesen, wenn die ganz unterschiedlichen Gründe für Kritik, Dissans oder Streik innerhalb der Umfeldes so pauschal abgekanzelt werden. Vielleicht war eine Aussage in dieser Schärfe von Urnell nicht beabsichtigt, aber die beschriebene Darstellung, in der in jedem Absatz Differenzierung verhängt, führt letztlich konsequent da hin. Wenn allein, die auf Repressions-Situationen nicht angemessen-verantwortlich reagierten, die Ernsthaftigkeit ihres Engagements angezweifelt würde, blieben wohl nicht mehr viele ernsthafte KämpferInnen ohne Makel übrig - nicht nur im Fall 'KOMITEE', sondern auch in den anderen Repressionsstürmen der letzten Jahre, sei es die spektakulären Fälle 'Kaindl' oder 'Radikal' oder auch die vielen unauffälligen kleineren Verfahren, die zum Alltag der Repression gehören.

"Viel Wut auf die Gesuchten" (Urnell) habe ich übrigens überhaupt nicht er-

kommen natürlich nur diejenigen, die wußten, was die Interessen der unmittelbar Betroffenen waren. Dazu gibt es lange Zeit wenig Klarheit, wofür alle aus dem Umfeld und auch die Betroffenen selbst ihren Anteil an Verantwortung zu tragen haben.

Die Kritik, die es 1995 an der Gruppe



KOMITEE gab, fand und finde ich überwiegend solidatisch und, wo nicht, so doch zumindest überlegt. Ich hätte nur vom KOMITEE noch einiges mehr an Selbstkritik erwartet können. Eine kritische Reflexion ihres politischen Projektes gab es nur in Ansätzen, und letztlich überwiegt in ihrer Auflösungs-erklärung eine Stimmung von 'wir haben Fehler gemacht und verantworten uns dafür, aber eigentlich war alles im Prinzip richtig' (die Justiz denunziert vielleicht auch deswegen die erklärte Auflösung der Gruppe als angebliches Täuschungs-

manöver). Ich selbst lasse mich gerne nach der Ernsthaftigkeit meines sozialrevolutionären Engagements fragen und bin demnach der Meinung, daß das vom KOMITEE entwickelte Konzept nicht durchdacht war und letztlich eine unreflektierte Wiederholung dessen war, was Gruppen wie die RZ und lokale Ansätze wie in Berlin die 'Revolutionären Viren' Ende der 80er Jahre bereits selbstkritisch hinterfragt hatten. Militante Kleingruppen sind nicht Guerilla, sie können nicht politische Orientierung der radikalen Linken sein. Sie können deren Kämpfe begleiten, aber nicht anleiten oder gar ersetzen. Die Demonstration, daß militante Aktionen möglich sind, hat keine politische Qualität aus sich heraus, sondern ist auf ein Umfeld von Menschen angewiesen, die dies politisch verarbeiten.

Bei der KOMITEE-Erklärung (wie auch früher schon bei Erklärungen militanter Gruppen, v.a. aus dem anti-imperialistischen Spektrum) habe ich den Eindruck, daß die wirre, er-

läuterte politische Idee des Projektes einerseits und der von mir in dem moralischen Motiv, sich nicht abfinden zu wollen mit den herrschenden Verhältnissen, andererseits, die wirkliche Gewährung der Motive für das Projekt etwas verzerren. Die ganze linksradikale autonome Politik ist vom moralischen Motiv durchzogen, und in seiner Übersetzung in die Worte 'revolutionäre Ungeduld' macht es auch die Trennlinie zur traditionellen kommunistischen Politik deutlich sichtbar, welche das Zögeln, Kanalisieren und vorfalls Unterdrücken ebendieser Ungeduld bedient. Aber während wir in unseren Sturm und Drangjahren, als wir uns radikalisierten, dieses starke moralische Motiv ganz in Ordnung fanden, kam später die realpolitischere Überbauung mit Projekten und Strategien. Die militante linksradikale Politik hat jedoch bisher weniger als an-

derer politische Kampffelder Projekte und Strategien entwickelt, sie bleibt und bleibt stark moralisch besetzt, sozusagen der rächende Barman der Autonomen, die schroffe Insel im Meer der Anpassung und Kleinlichkeit. Alle Versuche, militärische Strategien zu entwerfen, endeten damit, daß die einzelnen Gruppen sich von den akuten Bedürfnissen ihres jeweiligen Mikrokosmos führen ließen, ob RAF oder 'Guerrilla diffusa'. Oder? Dann will ich nicht sagen, daß das an sich schon schlecht sei – es zeigt lediglich an, in welchem Verhältnis die militärischen Gruppen zur linksradikalen Politik im allgemeinen stehen: eben nicht in einem orientierenden, sondern eher in einem konformierenden.

Urmel wagt die Frage auf, was im konkreten Fall von Linksradikalen mit der politischen Verantwortlichkeit und dem Verhältnis zu Milizien umgegangen wird. Ich sehe nicht die Erwartung, daß alle Linksradikalen willens und in der Lage sind, mit einer mit höherer Repression umzugehen. Dazu kommt, daß diese Sache viel zu lang und zu pragmatisch geworden. Wenn wir diesen Anspruch nun am Banner von uns hängen, werden wir zwangsläufig auf die Nase fallen, vergleichbar in das Spannungsverhältnis zwischen Anna und Arvo Iitalos's Maul und die Realität dauernder Ausgrenzung von Linksradikalen bei Rotkehlchen/Justiz.

Eine linksradikale Szene, die sich ihrer Verletzlichkeit bewußt ist und darüber diskutiert, wie damit umzugehen ist, ist letztlich stärker als eine Szene, die versucht, sich durch das Errichten von 'Dämmen' bzw. Tabus zu schützen und dann immer erneutes und überraschender ihre tatsächliche Verletzbarkeit praktisch erlebt.

Nicht zuletzt aus den hoch gesteckten Erwartungen entstehen schnell Mißtrauen und Enttäuschung, und daraus wiederum Geringschätzung und Ungenauigkeit. Urmel benimmt das Mißtrauen, scheint sich aber nicht bewußt zu sein, daß zumindest der mittlere Teil seines/ihrer Textes davon dominiert ist. Und vielleicht wird auch mir vorgeworfen werden, ich begreife Urmels Text mit Mißtrauen... jedenfalls spreche ich mich selbst keinesfalls frei von dem Druck des hohen Anspruchs, der so oft spaltet anstatt zu

vereinen.

Die dabei entstehenden Risse werden natürlich von den Sicherheitsbehörden ausgenutzt, ebenso wie die Tatsache, daß viele Betroffene trotz all der Texte über das Ausmaß der Repression im Lande kaum praktische Erfahrung damit haben und darum zitternsten empfinden und mit Panikreaktionen reagieren. Militärische linksradikale Praxis wird vorläufig das 'Privatvergnügen' einiger

weniger Menschen bleiben, und ringherum werden viele sein, die den möglichen Konsequenzen nicht oder schlecht gewachsen sind. Aber war das jemals anders? Wir müssen das Beste daraus machen.

Wawa der Wawa, Juni 1997



Get Ready!

(aus: "Kawäber", Juni 1997)



Die Anregung zu diesem Paper haben wir durch den Artikel "Ready or Not?" von "Umwelt aus dem Eis" erhalten. Er spricht unter anderem an, daß wenig über die Situation und die Probleme des Umfelds einer zum Abtauchen gezwungenen Person bekannt gemacht wird.



Wir sind einige Menschen, die im Zusammenhang mit dem radikal-Verfahren Erfahrungen im dem Abtauchen gemacht haben und wollen diese hier veröffentlichen. Am Anfang möchten wir auf die entstehenden Schwierigkeiten hinweisen, wenn über dieses Thema öffentlich gesprochen wird. Auch jetzt, nachdem alle vier Leute, die damals abgetaucht waren, wieder um uns sind, ist es nicht leicht, darüber zu reden. Es wollen sich fragen: Wo, was darf eigentlich öffentlich berichtet werden, da das Verfahren ja immer noch läuft? Was gehört nicht in die Öffentlichkeit, damit die Bullen daraus nichts lernen können? Wie kann versucht werden, Dinge verstanden, um die Situation aller von wenig graßsam zu machen und anderen, die davon Schreck nach wegen werden, Erfahrungen zu vermitteln. Wie wollen sie versuchen.

Abtauchen

Strafgesetze, in denen sich der Einzelne zum Abtauchen stellen, sind



durchaus nicht selten. Zwar sind in der sogenannten politischen Szene nur einige wenige Beispiele bekannt geworden, aber es gibt viele Fälle, in denen Menschen aufgrund von politischen Druck (z.B. Einberufung zur

tauchen als einen politischen Schritt zu begreifen. In dem Fall sollten Möglichkeiten bestehen, bei der Unterstü-

zung in Home und am Fluchweg mit politische Strukturen zurückgegriffen zu können. Das ist mein Anspruch hier, icher richtig, die Realisierung nicht jedoch muss ganz anders aus.

Zum Ausgangspunkt. Nach dem 13.6.95, an dem besonders die Distan-

zungen stattfanden, traf er uns alle (der Pyram und zwei weitere unverminnte), daß ein Minus zu unserer Zusammenhang, der sich gerade im Urlaub war, abtauchen. Umst im dem Eis) schreibt dazu: "Ich besaß vorbereitend so ein Umfeld zu, wenn die Leute sich schon ausgehend mit der Möglichkeit, selber Abtauchen zu müssen, auseinanderzusetzen haben, und je mehr Erfahrungen mit konspirativem Verhalten und Organisation im haben, desto einfacher werden für sie werden. Und trotzdem ist es noch hart genug, und noch mehr für die, die einfach bei kalte Wasser geworfen werden, sich in der Benutzung wenig Gedanken gemacht während sich wenig eingetrag haben."

Und immer: "Eigentlich sollten wir alle, die sich in radikale (und/oder politische) Linien bewegen, auf den ersten Schritt hinweisen und in der Lage sein, damit umzugehen. Doch zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft es eine riesige Lücke. Und auf wenige Leute können wir zählen."

tungen in derartigen Situationen zu rückblicken."

Diese Aussagen können wir bestätigen. Eingebürgert ist es mit dem Organismus der Möglichkeit zum Abtauchen

Praxis gibt es immer wieder Gründe, die eine Organisation aufziehen oder verhindern. Auch wir wurden ins kalte

Wasser geworfen. Überrascht durch den gut angelegten Angriff mußten wir mehr oder weniger spontan alles Nötige selber aufbauen.

Am Anfang überlagert bei uns, was bestimmt auch bei den Abgetauchten, das Gefühl des Triumphs zu wissen,

daß eine Person aus unserem Zusammenhang bzw. mehrere Leute es geschafft hatten, den Bullen ein Schnappchen zu schlagen, und nicht in ihre Finger geraten waren. Außerdem ist es beruhigender, an jemanden zu denken, der/der irgendwo draußen in relativer Sicherheit ist, als sich dem Mensch im Knast vorstellen zu müssen. Dieses Gefühl hat auch die ganze Zeit über angehalten. Anfangs war es noch schwierig, weil die Situation im inneren Dschungel, wir allen was eine mögliche Blöße herrscht, noch nicht gelöst war. Die finanzielle Situation wurde, mit Hilfe eines besseren Umfeldes - dem wir hier nochmal danken wollen -, schneller gelöst. Dabei kann mensch noch erzählen, daß nicht nur von den Durchsuchungen, sondern auch von der Situation des Abtauchens und der Notwendigkeit, dann umzugehen, im Pyramidenraum herrschte. Der sich aus unterschiedlichen politischen Erfahrungsklassen zusammengesetzt hat. Im Laufe der Zeit mußten deshalb bescheidende Harmonien eingetrieben werden, um eine effiziente

Arbeit zu gewährleisten, was aber nicht immer gelang.

Höllisch viel Arbeit

Nachdem nun die Situation für die abgetauchte Person geändert war und



Bundeswehr oder irgendwelche Gerichtsverfahren, einfach verschwinden. Ein Unterschied besteht darin, daß Ab-

wie mit dem Schreiben einer Testaments im glücklichen Todesfall. Als dankbar dazu, aber in der alltäglichen

sich das Entscheiden darüber gelagt hatte, daß jemand, die/dies wir lieb haben, die Flucht suchen mußte, gab es

höllich viel Arbeit, um die Versorgung zu organisieren. Das bedeutete zum Beispiel, die Kommunikation aufrechtzuerhalten. Infos mußten gesammelt und weitergereicht werden. Die abgetauchte Person wollte und mußte natürlich auf dem neuesten Stand der Dinge gehalten werden, was die Entwicklung im Zusammenhang mit den Durchwachen usw. betraf. Außerdem sollte er/sie weiterhin in die Diskussion einbezogen sein. Wobei es auch darum ging, daß die Infos nicht nur von engsten Bezugspersonen ausgingen, sondern vielseitig überkammern. Diese Art der Kommunikation war fast genauso aufwendig und langwierig wie die mit Leuten im Knaat - nur ohne Kontrollfächer.

Wichtig war dabei für beide Seiten, daß mensch was tun konnte. Geschenke, Kleinigkeiten wurden ausgetauscht, die an das beiderseitige Leben erinnerten. Dinge, die wir/für Leben vorher bestimmten, wie Kleider, Tapes, Wälle

Termine. Gerade das war ein besonderes Problem. Für unsere Seite als BesucherInnen gab es zwar eine psychische Belastung vor jeder Verabredung mit der abgetauchten Person, die aber nicht zu vergleichen ist mit der des/der Abgetauchten. Sie/es mußte für sich eine Taktik entwickeln, sich schon von vorne herein darauf einstellen, daß der Termin nicht klappt, damit die Enttäuschung nicht überhand nimmt, falls es wirklich nicht klappt. Jede/r ist bestimmt schon mal in der Situation gewesen, einen Tag lang vor dem Telefon zu hängen, nur weil der Freund oder die Freundin anrufen wollte. Die Vorstellung gleicht dieser Situation, nur noch etwas schlimmer. Aufgrund dieser Erfahrung war es besonders wichtig, gerade da Verbindlichkeiten zu schaffen und auch immer nur einen Termin einzuhalten - und nicht mehrere Ausweichtermine anzupassen.

Eine andere Schwierigkeit, die hier im gesamten Selbstmord auftrat, war das

rat - etwas zu tun, was dem/der Verfolgten schaden könnte.

Es hat schon einige Zeit gedauert, bis da eine Annäherung und eine relative Offenheit geschaffen wurde. Erstfahrend waren da schon manchmal Äußerungen von neuen Menschen, die aber nicht in den Politikkreisen verkehrten und schöne Grüße an die verfolgte Person bestellten. Überhaupt waren die Reaktionen eher positiv und besorgt als ablehnend.

Nachdem also der Schrecken des 13.6. für viele vorbei war und sie ihren normalen Alltag nachgingen oder wieder andere Wichtigkeiten auftraten, war es für uns immer noch nicht normal. Unwissen konnte andererseits aber auch nicht loslassen, da ja ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis bestand, die abgetauchte Person war in gewisser Weise auf Infos angewiesen. Auch hier hat sich wieder mal gezeigt, wie wichtig kontinuierliche Arbeit ist



man und Bücher haben wir natürlich zuerst vermittelt. Mensch kann sich bestimmt vorstellen, wie schön das ist, in dieser Situation den Lieblingspullover, -casette oder -buch zu bekommen. Für diese Kommunikation mußten bestimmte Sicherheitskriterien aufgestellt werden (z.B.: Wie kommen die Sachen zu dem Abgetauchten? Werden Briefe verschlüsselt und nicht handschrieben). Dabei ging es aber auch darum, Sicherheitsrisiken abzuwägen: Müssen bspw. Bücher ohne Fingerabdrücke sein oder nimmt mensch das Risiko in Kauf, private Photos mitzugeben? Diese ganze Kommunikation wurde organisiert und auch Besuche mußten ermöglicht werden, wobei jede einzelne Person abwägen mußte, das Risiko tragen zu können, beim Besuch erwischt zu werden oder den/die Freundin nicht sehen zu können.

Schwierigkeiten

Wie bei jeder Art der Organisation gab es auch hier enorme Schwierigkeiten. Pannen, z.B. nicht eingehaltene

Sprechzeiten über die Sessions. Nachdem sich der Schreck der Durchwachen gelegt hatte und die meisten wieder zu ihrer alten Tagesordnung übergegangen waren, wurde nicht mehr über die Person geredet. Der/die Abgetauchte erschien selbst wie wir, da er/sie nicht so greifbar war wie die, die im Knaat saßen. Sein/ihr Name wurde z.B. nicht laut ausgesprochen. Das lag einmal an unserer Unsicherheit: wir mußten uns in die Situation einfinden, Kontakt schaffen, wie wir ihre/seine weitere Sicherheit organisieren. Dann kam das Vorfühlen, wenn mensch vertrauen kann und gleichzeitig unsere Unsicherheit im Umgang mit der Repression, die ja weiterhin so spürbar war. Andere hatten natürlich Fragen und interessiert sich aus unterschiedlichen Gründen für die Person, die auf einmal nicht mehr greifbar war, trauten sich aber nicht, diese zu äußern, weil sie nicht anecken wollten, oder sie dachten, konspirative Gründe würden ein Reden nicht erlauben. Über allem lag auch die Angst - verstärkt durch den laufenden Fahndungsappa-

und welche Personen dazu fähig sind.

Wir haben immer noch den Verlust unseres geliebten Menschen zu spüren bekommen. Es gab zwar den Triumph bevor wir als im Knaat, andererseits hatte sich aber auch eine gewisse Normalität eingestellt. Briefkontakte funktionierten und es gab die Möglichkeit der Besuche durch befreundete Personen. Allmählich drang das Thema auch nach außen, nur bis zu einer Einbeziehung in die Solistruktur ist es nicht so richtig gekommen. Aus verschiedenen Gründen, die wir hier aber nicht weiter erörtern wollen, da das den Rahmen sprengen würde.

Zum anderen haben wir auch die Erfahrung gemacht, daß nahestehende Personen zum Sprachrohr des/der Abgetauchten gemacht wurden, obwohl die Möglichkeit einer direkten Auseinandersetzung, auch über offene Briefe, bestand. Politische Brisanz hat das Thema die ganze Zeit nicht bekommen. Ein Grund dafür kann sein, daß wohl auf ein Zeichen des/der Abge-

tauchen gewartet wurde, sagt das Menschen selbst aktiv geworden waren. Deshalb wurden vor allem Ansätze wie Graffitiwork und Anzeigen positiv aufgenommen.

Situation der Abgetauchten

Wir wollen hier kurz einschreiben, wie sich die Situation für die abgetauchte Person aus unserer Sicht dargestellt hat:

Zuerst mußte eine neue Situation klarkommen. Sicher hat die Person aufgeregte, müde versucht, einen ruhigen Ort zu finden und sich einigermaßen an die Situation gewöhnt, daß er/sie gesucht wird und ohne Papiere leben muß, getrennt von FreundInnen und den bekannten Ortsbeziehungen. Danach mußte der/die Abgetauchte sich an die neue Lebensumgebung gewöhnen. Neue Menschen kennenlernen, ihnen vertrauen und mit ihnen leben lernen. Ich, auch Sprache und Gebräuche erlernen, falls er/sie sich im Ausland aufgefunden hat. Dabei macht es schon einen Unterschied, ob mensch alleine oder zu zweit in der Illegalität lebt. Die sogenannte Illegalität muß auch erst erlernt werden: Wie verhalte ich mich in der Öffentlichkeit, ohne aufzufallen? Wie überwinde ich einmal die Angst davor, auf die Straße zu gehen? Allmählich gewöhnt mensch sich an die neue Situation. Der Angst, geschuppt zu werden, folgt die Einstellung, daß selbst wenn mensch geschuppt wird, er/sie sich dann an jeden einzelnen Tag ohne Knast und erinnern können.

Wobei es sich dabei auch nicht immer um fröhliche Tage handelt, denn auch Depressionen und Verwirrungen müssen durchlebt werden. Hinzu kommt, damit klarkommen, daß mensch abhängig ist von Leuten (hier und da). Das anzunehmen zu können, ohne immer nur dankbar zu sein, und dazu eine gleichberechtigte Beziehung aufzubauen, ist auch nicht einfach. Gleichzeitig muß ein Bruch mit dem alten Leben vollzogen werden, um mit dem neuen Leben fertig werden zu können. Der/die Abgetauchte muß anerkennen, daß sein/ihr Leben von nun an nicht mehr so weitergehen kann wie vorher. Er/sie muß sich neue Aufgaben suchen aber auch von dem Vorher-

gen Abstand nehmen, sonst wegen der eventuellen Gefährdung, andererseits aber, um die Situation besser zu



halten zu können. Das heißt auch, sich auf neue Realitäten einstellen und im Vergleich dazu, wie mensch vorher drauf war, Absätze zu machen.

Gerade die gemeinsamen Zeit kann nicht nur nützlich sein, auch mensch trifft über sich und sein bisheriges Leben nachdenken kann, sondern kann auch dazu führen, daß mensch Depressionen durch-



lebt, wie sehr es auch nicht sein sollte. Das kann auch dazu führen, daß mensch zufällig bei Kognitionen und Logikung schlecht drauf ist. Wenn diese Situation dann notwendig wird und wir als FreundInnen mitbekommen, daß unsere/r Liebste/r durchdringt, in das schon eine gewisse Situation. Gleichartig ist die Gewissheit immer da, daß im Extremfall die Möglichkeit besteht die/den zu retten und es wäre Menschen gibt, der/sie durchs da sind, anders als in der Illegalität von Knast. Trotzdem muß der/die Abgetauchte schon eine Menge Kraft haben oder

Für uns waren die Kontakte zu unseren/unserer Freundin zum größten Teil positiv. Freundschaften wurden

geknüpft oder gelebt, durch diese extreme Situation waren die Kontakte schon sehr intensiv. Mensch kann mal richtig ausspannen, lange schlafen oder krank werden und wird gleichzeitig umringt und wieder aufgehoben, sobald kann seine Sorgen konzentriert und unsere/r Freundin hört sich das an der Ferne an, kann nur Abstand darüber ansehen.

Mit dem Einleben in die neue Umgebung geht immer ein Entfernen von der früheren vorbei. Insbesondere muß dann die Entscheidung fallen, ob mensch überhaupt noch zurückgeht oder lieber ganz da bleibt. Das hängt auch davon ab, welche Strafe die Person hier erwartet. Die Situation ist da bei den Abgetauchten im Zusammenhang mit dem K.O.M.I.T.E.E. schon eine andere, als bei unseren/unserer Freundin. Die drei wissen von hier auch nochmal ganz sehr gut. Wir würden uns auch freuen, wenn offen-



bekommen, um diese Situation abwechselnd durchbrechen. Menschen, die vorher viel mit anderen zusammen waren oder immer gerade herum, sind nun viel mehr alleine und will sich gestellt, und da kommt es nicht nur auf an, was sie da tun machen. Zu arbeiten, um sich zu beschäftigen, kann auch in einer nicht kleinen Aufgabe werden, wenn mensch keine geliebten Papiere besitzt. Es wirkt sich deshalb meistens positiv aus, wenn mensch sich eine neue Aufgabe sucht.



lich von eurem Situation zu hören oder wenigstens, ob es euch gut geht.

Allgemein läßt das Interview der abgetauchten Person an der ihren Umgebung mit der Zeit nach, besonders wenn sie eine Aufgabe oder Arbeit gefunden hat. Mensch denkt dann schon mal an Trennung für länger und an den Aufbau eines neuen Lebens, weil es einfach in schwierig ist, über längere Zeit in zwei Welten zu leben. Auch die persönlichen Beziehungen, die

dort geknüpft wurden, werden stärker und es fällt auch wieder schwer, diese zu verlassen, und tut bestimmt genau so weh, wie damals, bei dem ersten Bruch. Dann ist es auch für uns / als hiesiges Umfeld - schwierig, zu entscheiden, ob er/sie besser dableiben oder wiederkommen soll oder ob mensch mitweggeht (als Partnerin oder so).

Schlussendlich

Durch dieses Papier wollen wir dazu beitragen, dem Thema Abtauchen den Mythos zu nehmen. Das Abtauchen erscheint uns als eine gute Alternative zum Knast. Aber nur wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, das heißt, es muß ein Umfeld vorhanden sein, daß Energie und Arbeit in die Betreuung der/der Abgetauchten setzt und zwar hier und da. Hier ist dabei besonders wichtig, daß der Rückhalt aus dem Freundeskreis und Zusammenhang besteht und die finanzielle Versorgung gesichert ist. Wenn dort die Unterbringung und der persönliche Bezug aufgebaut ist und mensch von hier aus dazu mitorganisieren muß, ist das natürlich eine enorme Entlastung.

Wenn diese Voraussetzungen nicht

stimmten, kann es Situationen geben, in denen der/die Abgetauchte selbst Knast als Lösung ins Auge faßt. Wenn die Versorgung nicht so klappt, Kontakte abbrechen und es keine Erklärung dafür gibt, wenn mensch nicht, daß die anderen noch sechs Monaten wieder draußen sind, wenn mensch sich Vorwürfe macht wegen erwünschter Verhaltensweisen und dann den Knast schon als Abkantung seiner Strafen sieht, wenn mensch nicht über sein Leben alleine regeln kann oder Schwierigkeiten hat, dann erscheint ein geregelter Tagesablauf im Knast schon erstrebenswerter.

Aber trotz der vielen Arbeit und der großen psychischen Belastung für die Dableibenden und die/den Abgetauchten, überwiegen die positiven Erfahrungen, die mensch aus dieser Situation ziehen kann. Woher sich alle Leute, die in irgendeiner Art und Weise dazu beigetragen haben, daß es in unserem Fall so geklappt hat, sich hier nochmal gedrückt fühlen dürfen. Entscheidende Erfahrungen können sein, zu sehen, wie welche Leute in solchen Situationen reagieren. Freundschaften entstehen oder verlieren gehen - intensive Beziehungen entwickeln sich aus solchen Extremsituationen.

Das Bedeutendste an der Situation des Abtauchens ist, daß sie selbstbestimmt ist. Mensch kann entscheidend an deren Gestaltung mitwirken. Auch das eventuelle Scheitern liegt meist an den eigenen Fehlern oder Unzulänglichkeiten im Umfeld.

Das Abtauchen ist also nicht unmöglich, aber sehr anstrengend, wobei wir auf den Sicherheitsaspekt hier nicht näher eingegangen sind, weil dies den Rahmen sprengen würde. Mensch muß nur im Kopf behalten, daß die Bullen zwar viel wissen und immer in den Planungen "einbezogen" werden müssen, aber doch nicht alles kontrollieren können. Die Erfahrungen, die wir hier vermitteln wollen, sind individuell zu sehen und lassen sich bestimmt nicht auf alle Abgetauchten übertragen. Sie regen aber vielleicht dazu an, daß andere sich auch noch zu Wort melden.

AU (Abgetauchten-Unreinrührtrüben)



Das K.O.M.I.T.E.E. meldete sich erstmals am 27.10.1994 zu Wort, nachdem die Gruppe ein Gebäude des Verteidigungskreiscommandos 852 der Bundeswehr in Bad Freienwalde (Brandenburg) in Brand gesetzt hatte. In der Erklärung wurde die Bundeswehr angegriffen, weil sie den Krieg der Türkei gegen die PKK und gegen die kurdische Bevölkerung massiv unterstützt. Das K.O.M.I.T.E.E. stellte in der Erklärung fest, daß Deutschland "Kriegspartei im Völkermord in Kurdistan (ist) – militärisch, ökonomisch,

aus" ist die deutsche Abschottungs- und Abschiebepolitik gegen Flüchtlinge aus aller Welt seit Jahren zurecht Angriffspunkt verschiedenster politischer Gruppen, von Kirchengemeinden bis zu bewaffneten Gruppen.

Zum anderen wollte das K.O.M.I.T.E.E. sich diesmal nicht mit einer symbolischen Aktion begnügen. Es ging darum, den im Umbau befindlichen, leerstehenden Knast so stark zu beschädigen, daß seine Fertigstellung erheblich verzögert worden wäre. Daß es möglich ist, durch militante An-



Militant ins nächste Jahrtausend!?

politisch", und daß sich ohne Übertreibung feststellen lasse, "daß die BRD heute für die Türkei die gleiche Bedeutung hat, wie die USA ehemals für Vietnam und Mittelamerika". Gleichzeitig kritisierte das K.O.M.I.T.E.E. die unterentwickelte Solidarität der deutschen Linken zum kurdischen Befreiungskampf. Den Anschlag verstand das K.O.M.I.T.E.E. als symbolische Aktion mit dem Ziel, "uns als deutsche Linke mit dem kurdischen Befreiungskampf in Bezug zu setzen".

Der versuchte Angriff auf den zukünftigen Abschiebe-Knast in Köpenick am 11.4.1995 erweiterte diese Themenstellung. Zum einen zielte er erneut konkret auf die deutsche Kurdistan-Politik, denn KurdInnen in Deutschland, vor allem politisch aktive, sind dauernder Einschüchterung und Terrorisierung durch deutsche Behörden ausgesetzt, die in Knast und Abschiebung gipfeln. Darüber hin-

griffe mehr als symbolische Wirkung zu erzielen, zeigte in Berlin bereits 1987 der Anschlag 'Revolutionärer Viren' auf die Berliner Ausländerbehörde, bei dem tausende von Akten und Pässen vernichtet wurden, wodurch viele Asylverfahren bei Null anfangen mußten, was zwar für die Flüchtlinge erneuten Streß, aber auch eine längere Verzögerung von Abschiebungen bedeutete. Noch mehr dürfte der Anschlag der RAF 1993 auf den neuen hoch-modernen Knastbau in Weiterstadt (Hessen) Vorbild gewesen sein, der die Einweihung des Knastes um vier Jahre verzögerte und die Baukosten um 100 Millionen Mark hochtrieb.

Nach dem Scheitern des Angriffes in Köpenick meldete sich das K.O.M.I.T.E.E. erst am 6.9.95 wieder mit einer Erklärung. Darin wurde eine Bilanz gezogen und als Konsequenz die Auflösung der Gruppe erklärt. Das K.O.M.I.T.E.E. zog diese Konsequenz aus den gemachten Fehlern, die zur Ver-

folgung von vier Menschen führten, verteidigte aber gleichzeitig das eigene Konzept, nach dem militante Aktionen notwendiger Bestandteil linker Politik sind und die Existenz kontinuierlich in Erscheinung tretender militanter Gruppen Orientierungspunkte für die linke Szene setzen kann. Das K.O.M.I.T.E.E. hatte sich selbst als eine solche Gruppe gesehen, meinte aber, der damit verbundenen hohen Verantwortung nicht gerecht geworden zu sein.

Es gab verschiedentlich Kritik an der Erklärung des K.O.M.I.T.E.E.s, die sich auf die politischen Grundüberlegungen und ihre Umsetzung bezog. Der Gruppe wurde entgegengehalten, sie überschätze ihre eigene Bedeutung wie die Bedeutung militanter Aktionen an sich für die radikale Linke, sie verfolge letztlich einen Avantgarde-Anspruch und sehe die Situation der Linken allgemein zu undifferenziert. Infrage gestellt wurde auch, inwieweit das K.O.M.I.T.E.E. wirklich das in der Erklärung als politisch "nötig" hergeleitete Projekt war oder doch der individuelle Handlungsdrang angesichts des unerträglichen Normalzustandes ringsum von größerer Bedeutung war als von der Gruppe eingersumt wurde.

Ein weiterer Einwand gegen das Projekt des K.O.M.I.T.E.E.s war, daß das erklärte Ziel, ein Thema militant zu "pushen"

gen aus jüngster Vergangenheit ging das K.O.M.I.T.E.E. in seiner Erklärung nicht ein.

Eine Debatte über die Perspektiven militanter Politik kommt nicht darum herum, sich damit zu beschäftigen, was die praktischen Erfahrungen der letzten knapp dreißig Jahre sind. Denn sonst wird immer wieder bei Null angefangen, und die Textbeiträge wie die praktischen Aktionen wiederholen sich in dem Maße, wie die handelnden Personen und Gruppen neu auftauchen bzw. verschwinden.

Schon Mao hatte mit seinem Vergleich vom Fisch im Wasser richtig erkannt, was eine der notwendigen Bedingungen für radikale Politik ist. So wie revolutionäre Organisationen und Guerillas eine soziale Basis brauchen, so brauchen auch militante Kleingruppen sie, nur daß im ersten Fall 'Volksmassen' konnotiert sind, im zweiten Fall eine einigermaßen starke linke Bewegung genügt. Es nützt dem Fisch überhaupt nichts, wenn er sich für objektiv richtig erklärt, dabei aber am Strand liegt und austrocknet. Und es nützt der militanten Bewegung nichts, wenn sie - frei nach Brecht - die Situation der Linken allgemein für falsch erklärt, denn sie kann sich keine neue wählen.

"Konsequente militante Praxis könnte einer der Hebel sein, den Kreislauf der Linken von Glaubwürdigkeitsverlust



und damit zum Durchbrechen einer "Leertüte" der Linken beizutragen, bereits in den sechziger Jahren von den Revolutionären Zellen in Form der Kampagne 'Für freies Fluten' unter ungleich günstigeren Bedingungen nicht oder fast nicht erreicht worden sei; u.z. darüber gab es Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre öffentliche Diskussionen, in denen militante Gruppen das Scheitern ihrer Politik und ihre Auflösung erklärten oder auch schlichtweg von der nächtlichen Bildfläche verschwanden. Auf diese Erfahrungen

nach außen und Mutlosigkeit und Anpassung nach innen zu durchbrechen", schrieb das K.O.M.I.T.E.E. Eine solch strategische und tiefgreifende Auswirkung militanter Praxis auf die Linke an sich war in den vergangenen Jahrzehnten nur dann mehr als ein Wunschtraum, wenn diese Militanz sich unmittelbar aus einer Bewegung entfaltete, die auch anderweitig Stärke entwickelte - etwa in Form der 'sozialen Bewegungen' um 1970 bzw. 1980 herum. Wo immer militante Gruppen versuchten, selbst diesen 'Hebel' anzu-

setzen, fanden sie sich früher oder später als isolierte Avantgarde auf dem Trockenen wieder, schlimmstenfalls gefolgt von Repressionswellen des Staates, die (zu) viele Menschen unvorbereitet trafen und somit die erhoffte Wirkung des Projektes in sein genaues Gegenteil verkehrten (wie das K.O.M.I.T.E.E selbst richtig feststellt).

Auf den klandestinen Gruppen - bewaffneten wie auch 'Guenilla diffusa' - lastete allzulange der Anspruch, sie müßten eine strategische Orientierung der radikalen Linken

lösen; die RAF entschied sich in den siebziger Jahren stattdessen dafür, die Bindung an die deutsche Linke weitgehend selbst zu kappen, da sie ihr eigenes Projekt für wichtiger hielt. Andere Gruppen gehen den schweren Weg der Rücknahme der Eskalation - es ist in der Tat schwer, auf ein Terrain zu verzichten, das selbst mühevoll erobert wurde, und sei es nur das der technischen Qualifikation. Ein möglicher Weg ist auch, die Versuche militanter Organisation voranzutreiben, dabei aber direkte Aktionen



erarbeiten, theoretisch wie praktisch, immerhin, sie verkörpert, neben Zeitungen, über Jahre die nahezu einzigen linksradikalen Strukturen von Dauer; sie gaben (ausgesprochen oder auch nicht) als vorbildhaftes Ziel für persönliche und politische Reifungsprozesse der einzelnen; sie böten die Chance, die Kluft zwischen radikalem Handlungsdrang und theoretischer Auseinandersetzung zu überwinden. Tatsächlich waren sie mit dem Anspruch stets überfordert. Das eigene Überleben gegen den enormen feindlichen Apparat und die Bewahrung der eigenen Handlungsfähigkeit machten es meist unmöglich, Perspektiven zu entwickeln, die über taktische Überlegungen (die von der eigenen Vorgeschichte in der Bewegung geprägt waren) bzw. das eigene Orientieren an 'äußeren' Vorgaben hinausgingen. Die klandestinen Gruppen haben dies nach und nach erkannt und praktische Konsequenzen daraus gezogen - Schritt für Schritt, vom Stellen der Machfrage in vermeintlich greifbar naher vorrevolutionärer Situation Anfang der 70er Jahre bis zur jenem unausgegorenen Gemisch aus Nadelstichen und 'Trotz alledem' der 90er. Wenn Militante nun den Vorwurf an die radikale Linke richten, diese unterstütze die klandestinen Gruppen zu wenig, so ist damit wenig gewonnen. Solidarität läßt sich nicht einklagen. Wo Gruppen feststellen, daß sie zu 'vereinsamen' drohen, liegt es in ihrer eigenen Verantwortung, darauf zu reagieren, selbst wenn die Verhältnisse hier im Lande mehr denn je nach militanter Praxis verlangen. Eine solche Konsequenz muß beileibe nicht die Selbstauf-

henseranzustellen.

Zwei Fragen, die früher von den meisten Gruppen (außer der Roten Zora) eher nebenbei abgehackt wurden, sind dabei in den 90er Jahren ins Zentrum der Debatte gerückt: Erstens, was haben militante Gruppen mit patriarchalen Herrschaftsstrukturen zu tun und wie stehen sie dazu, zweitens, wie macht revolutionäre, auf Befreiung der Menschen gerichtete Militanz sich eindeutig identifizierbar in Abgrenzung zu Militanz von rechts?

Eine umfassende Darstellung der Debatten über militante Strategien in der BRD steht noch aus, obwohl mittlerweile die Texte militanter Gruppen dicke Bücher füllen. Je mehr die Erfahrungen der klandestinen Gruppen der 70er/80er Jahre in die Vergangenheit rücken, je weniger Menschen übrig sind, die aus eigener Erfahrung und mit positivem Bezug auf militante Politik an sich etwas zu der Diskussion beizutragen haben, desto notwendiger wird es, vor dem Entwurf neuer oder doch-nicht-so-neuer Strategien diese Texte zu berücksichtigen. Als kleine Appetithappen zitieren wir aus ein paar Texten der letzten 17 Jahre. Die Auswahl ist gewiß nicht ausgewogen, sondern entspricht unseren hier beschriebenen Standpunkten zur Militanz-Debatte. Wir fanden Texte von 1981, die Antworten auf Texte von 1997 enthalten, und Beobachtungen, die allem Anschein nach zeitlos aktuell sind und regelmäßig wiederkehren...

Wie ein Fisch im Wasser oder in der eigenen Suppe schwimmen?

Zitate aus Texten militanter Gruppen der 80er und 90er Jahre

"Revolutionärer Zorn" Nr.6, Januar 1981:

"...Prinzip unserer Aktionen ist es deshalb, daß sie ausgehen von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, an denen wir beteiligt sind, daß sie an den dort geführten politischen Auseinandersetzungen anknüpfen, daß sie unter der Fragestellung 'bringen sie die Bewegung weiter?' bzw. 'verschärfen sie die Widersprüche?' eindeutig bestimmbar sein müssen. Orientieren sich unsere Aktionen nicht an dieser Maxime, führen sie in die Isolation und tragen zum Entsolidarisierungsprozeß bei."

"...Mit der Zersplitterung der Bewegung reduzierte sich die Bedeutung gesellschaftlicher Konflikte, in denen die Linke präsent war, auf Auseinandersetzungen, die nur in den seltensten Fällen weitgehend bei der Normalität erreichten. (...) Es mag die Tendenz auf symbolische Interventionen auszuweichen. Besondere konkrete Zielsetzungen gerieten in den Hintergrund, während das Argument, es ginge um den Nachweis, daß illegale Widerstand in diesem Land überhaupt möglich ist, zunehmend an Gewicht gewann. (...) Entscheidend wirkte sich aus, daß eine persönliche Verbindung zu den verschiedensten Gruppen und Initiativen unter den gegebenen Bedingungen nahezu ausgeschlossen war, wir folgten mehr und mehr von Diskussionen abgeschnitten und auf indirekte Informationsquellen angewiesen waren, um die Objekte, die Zielrichtung, die Form und den Zeitpunkt von Aktionen zu bestimmen. Klar, daß sich damit das Risiko erhöhte, ungenau, abstrakt, unverständlich zu bleiben. (...) Als Folge dieser Schwierigkeiten, aber auch als Kritik am Zerfall der Linken, (...) veränderte sich die Ausrichtung unserer Aktionen. Statt sich an dem zu orientieren, was die Bewegung machte, gingen wir dazu über,

die Bewegung an dem orientieren zu lassen, was wir für politisch relevant und notwendig hielten."

"Gratwanderungen und Gletscherspalten", radikal 114, März 1983:

"Ein erklärter Anspruch aller militant organisierten Gruppen, so auch der Revolutionären Zellen, war schon immer, in Zeiten eher flauer Radikalisierung kontinuierlich im Widerstand zu demonstrieren. (...) Wir wollten hier mal unterstellen, daß es neben den vorgegebenen 'ideologischen' Gründen für die Kontinuität noch mindestens ebenso wichtige, doch nicht offen benennbare 'subjektive' Motive gibt. Aktionen, die anderen zeigen sollten, daß der Kampf weitergeht, und für die eigene Identifizierung mit der Rolle des Revolutionärs nicht viel bedeuten. Demgegenüber ist diesen Zeiten muß der Revolutionär sich selbst beweisen, daß sein Weg richtig und wichtig ist. Vielleicht war es mal in der Zeit, da sie Strategie der 'einigen Kontinuität' grundsätzlich zu überdenken."

"Revolutionäre Politik ist die Gratwanderung zwischen Sektierertum und Reformismus", Januar 1986:

"Je mehr Menschen sich in laufenden sozialen Konflikten oder Bewegungen schon politisiert und

aktiviert haben, je vielfältiger dadurch auch Diskussions-, Protest- und Aktionsformen vorhanden sind, desto mehr können über subversive Angriffe erreicht werden. Positiv Einfluß nehmen auf soziale Kämpfe können wir jedoch nur, wenn wir daran teilhaben. Bescheid wissen über die laufenden Prozesse, die Schwierigkeiten und die Diskussionen unter den Betroffenen. Nur so können wir die nötige Sensibilität dafür entwickeln, ob unsere Aktionen der Bewegung nutzen. Andernfalls verpuffen sie oder bewirken nur Mobilisierung gegen das Gegenteil. Ärger über die Militanten. In diesem Sinne kritisierten wir z.B. die Praxis der RZ 1982 im Zusammenhang mit der Seuchenhilfswegung: In einer Phase, in der die radikale Linke sich an der eigenen Schwäche heraus dem



friedlichen, gewaltfreien Protest der RZ unterordnete, machten die RZ eine Serie von Anschlägen, von denen aber nur einige positiv aufgenommen wurden (...). Dazu kam, daß sie in ihren Erklärungen abgeschobene und bewertungslose Kommentierungen der Bewegungssituation abgaben (...).

Eine notwendige militante Praxis innerhalb sozialer Konflikte kann dann erfolgreich sein, wenn wir es schaffen, über subversive Aktionen die Grenzen, die durch Reformismus, Angst und Akzeptanz gegenüber Staat und Kapital gesetzt sind, aufzubrechen. Ohne jedoch das Dogma der Legalität mit dem Fetisch der Illegalität zu vertauschen."

"Schnell statt gründlich", Einige Gene aus der Revolutionären Vire Thomas Muntzer, Interim 84, 21.12.1989:

"...Vielleicht erinnern sich einige daran, daß wir selbst 1988 eine ähnliche Idee hatten: Ein Thema durch militante Eingriffe anschneiden (...). Was ist und was letztlich geschehen? Wir hatten natürlich auch erhebliche technische Probleme, die die Effektivität unserer Aktionen beeinträchtigten. Die wichtigste Faktor, der zum Abbruch der Kampagne beitrug, war der völlig gesprengte Zeitplan (...).

Wir (denken) - durch unsere Erfahrung bestärkt - daß militante Politik mit jeder Form der Avantgardespolitik sehr vorsichtig sein muß (...). Den (...) engen Zusammenhang zwischen Bewegung und militanter Politik halten wir für durchaus wünschenswert. Wir befürchten jetzt, daß ihr (eine RZ-Gruppe, d.S.) mit eurer Kampagne in derselben Avantgarde-Sackgasse landen könntet, wie schon andere vorher. Ihr sollt selbst fest, daß die RZ-Kampagne zum Thema Asyl voluntaristisch war. Wir stellen fest, daß unsere CIM-Aktionen (CIM=Computer-Integrated Manufacturing = Fabrik-Automatisierung, d.S.) es auch waren. (...) Natürlich reicht es nicht aus, sich als Militante hinzustellen und auf die Bewegungsthemen zu warten (...). Na-

türlich ist es denkbar, daß ein ursprünglich isolierter Aktivist, militant oder nicht, zum Zündfunken wird. Aber überlegt euch genau, wo ihr vielleicht subversiv handelt, d.h. wo ihr allein die eigene Einsicht in die Notwendigkeit des militanten Eingriffs zum Leitfaden des politischen Handelns macht und erwäge, welche äußere Umstände lieber wegzulassen."

"Das Ende unserer Politik", eine Revolutionäre Zelle, Januar 1992

"Unsere eigenen Aktionen der letzten Jahre sind im hinfälligen Raum verlaufen, waren nicht mehr Bestandteil einer breiteren sozialen Praxis. Unser Koordinatensystem: bewaffnete Opposition - Vermittlung - Versäuerung - Ver-

unsicherung stößt sich mehr, der Bezugswert hat sich verschoben. Verhältnisse haben sich aufgelöst. (...) In den 80er Jahren haben wir in der Region eine militante Politik zu vertreten und zu verfallen versucht, die unsere auf dem Prinzip der Versäuerung und Vermittlung aufbaute war - Verankerung in einem aktiven linksradikalen Umfeld und womöglich in sozialen Konflik-

ten, die über diese linksradikale Szene hinausgingen. Die mit unseren Aktionen und Erklärungen verbundenen thematischen Vorschläge: eine konsequent antizustaatliche und internationalistische Orientierung zur Unterstützung des schwarzen Befreiungskampfes in Südafrika, dann verstärkt unsere Kampagne gegen die imperialistische Flüchtlingspolitik und ihre staatlich-administrativen Durchsetzungsorgane - diese Vorschläge sollten politisch orientierend wirken, ohne uns in eine avantgardistische Position gegenüber dem legalen Teil des Widerstands zu bringen.

Spätestens am Ende der Flüchtlingskampagne nach dem 18.12.1987, und bei der Wiederaufnahme unserer An-

griffe zur Unterstützung der Roma ab 1989, wurden wir uns unserer Isolierung bewußt. Die fehlende Verankerung in unserem politischen Umfeld ließ sich nicht länger nur verzeihen. Zustimmungssignale aus der Szene kaschierten (...). Es war das eingetretene, was wir unbedingt vermeiden wollten. Wir waren allein, ohne Anknüpfungsmöglichkeiten, so daß

sich die Motivation für die bewährte Intervention nur noch aus dem reinen Subjektivismus zu speisen begann. Ein Zustand, den wir als Tod von Politik begreifen und als Einfallstor für Beliebigkeit und Terrorismus."

"Wenn die Nacht am tiefsten... ist der Tag am nächsten", einige ExZierInnen, März 1992:

"Du habst Aktionen zur Unterstützung des südafrikanischen Befreiungskampfes und gegen die staatliche Flüchtlingspolitik gemacht. - diese Vorschläge sollten politisch orientierend wirken, ohne uns in eine avantgardistische Position gegenüber dem legalen Teil des Widerstands zu bringen" sagt ihr - und wir würden gerne wissen, warum.

Was ist eine Avantgarde? Steht sie vorgezogen ganz offen, hat sie um Himmels willen überhaupt etwas zu tun? Kann mensch überhaupt Avantgarde sein wollen oder nicht wollen? Ist 'Avantgarde' im Kontext einer politischen Bewegung oder Entwicklung nicht einfach Ausdruck davon, ob der politische Vorschlag einer Gruppe angenommen wird oder

nicht, ob er zur Dynamik von Kämpfen beitragen kann?

'Avantgarde' scheint für euch eine



überaus negativ besetzte Volkabel zu sein, andererseits auch eine Art Schlüsselwort. Kämpfe aus einer inhaltlich-politischen Stärke heraus anzuführen, ist anscheinend unweigerlich mit dem Dünkel von Macht und Hierarchie behaftet, so als sei dies nicht zu allererst eine Frage der Struktur und der Inhalte (in diesem Fall der Linken). Für uns ist die vordergründig panische Angst, sich zu exponieren, nicht zuletzt ein Zeichen von fehlender Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen."

"Müll's Tanz auf dem Eis", Rote Zora, Dezember 1993:

"(Das) veränderte politische Klima - zusammen mit den Verunsicherungen durch die Repression - triebte erstmalig unsere praktischen Pläne. Es waren aber nicht nur diese äußeren Bedingungen, die uns schwächten. Hier kam unsere eigenen Fehler. Wir schätzten unsere Bedeutung und unsere Möglichkeiten nicht realistisch ein. Wir fanden das Projekt 'Rote Zora' in dieser Situation so immens wichtig, daß wir alle unsere Bemühungen darauf ausrichteten, die Struktur aufrecht zu erhalten, und merkten gar nicht, wie sehr wir uns dabei praktisch lähmten. Wir unterlagen unserem eigenen Mythos, was sich ebenfalls in unserem hohen Anspruch an eine mögliche Praxis ausdrückte. Wir konnten uns als Rote Zora keine Aktion vorstellen, die hinter die Entwicklung unserer bisherigen Praxis zurückfiel. Das lag aber in der speziellen Situation jenseits unserer Fähigkeiten und Möglichkeiten. Je länger der Zeitraum ohne praktische Politik war, desto höher wurde der Anspruch und desto unmöglicher die praktische Umsetzung. So schloß sich der Kreislauf zunächst einmal (...)

Die aufwendige Form der politischen Organisation ohne konkrete Umsetzung in Aktionen und eine komplizierte Kommunikationsstruktur (...) verstärkten bei vielen von uns Unsicherheit und massive Zweifel, ob wir als illegale Organisation in der Lage seien, in die politischen Prozesse einzugreifen. Aus verschiedenen Gründen - andere Schwerpunkte setzen, militanten Widerstand nicht mehr angemessen finden, Eingefallenheit in der Organisationsstruktur und damit

einhergehender Schwerfälligkeit und Verlust von Lebendigkeit - trennten sich die meisten Rote Zora von unserer Zusammenarbeit, und somit stehen wir quasi am Neuanfang.

Die grundsätzlichen Fragen nach Wirksamkeit, Legitimation, Ziel, Basis und persönlicher Umsetzbarkeit unserer Politik haben sich um verschärft gestellt. Das sind zwar Fragen, die uns ständig begleiten, aber in Zeiten geringer politischer Gewißheit sind in ihnen der notwendige Klärung von Perspektiven werfen wir immer wieder die politischen Erfolgsansätze und persönliche Gefühls- und Einschätzungen neu in die Waagschale.

Zudem mußten wir uns gegen den mainstream dieser Zeit behaupten, der ca. von gemäßigten Gruppen ausging, daß militanter Widerstand in dieser Situation nichts mehr bringe (...)

In einer Phase von Perspektivlosigkeit, nachlassendem und zersplittertem Widerstand und geballt erscheinender Übermacht der Systems griff Resignation denn mehr um sich. Je mehr wir glaubten, die vielen Zuspaltungen sozialer und rassistischer Gewalt und Ausbeutung ohne sichtbare Gegenwehr hinzunehmen zu müssen.

Es liegt an uns, Teil dieser Resignation zu sein oder sie zu durchbrechen!"

"Selbstporträt einer militanten Gruppe - Anfangen, aber nicht um jeden Preis", Interim 388, 13.09.1996:

"Militante Projekte einzusetzen, bis eine umfassende Strategie entwickelt, ausgearbeitet und schließlich von vielen an- und aufgenommen worden ist, hieße, das Verschwenden linksradikaler Positionen zu beschleunigen, denn Aktionen fungieren oft als Vehikel für unsere Themenschwerpunkte. Nicht nur würden politische Vorstellungen weiter aus der Wahrnehmung verschwinden, auch die praktische Erfahrung einer militanten Intervention in die herrschenden Verhältnisse wäre zumindest zeitweilig kein erkennbarer Bestandteil revolutionärer Politik in der BRD mehr. Es geht demnach darum, einen Pool von Eingriffsoptionen beizubehalten, damit diese nicht als undurchführbar gelten und aus dem Blickfeld geraten. Es wird für neu konstruierte militante Gruppen sehr von Bedeutung sein, Vorlagen von schon

existenten Mandestrinen und militanten Zusammenhängen zu haben und von ihren inhaltlichen und praktischen Potential zu lernen. (...) Die an die Ausführungen des K.O.M.I.T.E.E.s angelehnten Motive für militante Politik stießen bei Stellungnahmen z.T. auf grundsätzliche Kritik: Linksradikale Milizmythen würden durch die K.O.M.I.T.E.E.-Politik fortgeschrieben, die gesellschaftsverändernde Bedeutung militanter Politikformen werde überschätzt, das K.O.M.I.T.E.E. nehme eine zwingendistische Rolle ein und verknüpfe Aktionen mit einem 'Erweckungsgedanken' (vgl. Interim-Artikel und ab-Kommentar). Uns ist in den letzten Jahren kein Statement eines militanten Zusammenhanges bekannt, der die Lage linksradikaler Politik in der BRD nicht als marginal beschrieben hätte. Diese Marginalität zeigt sich sowohl an der Aktranzahl der -präzision und dem -niveau als auch an dem AdressatInnenkreis. Die Aktionen dienen vornehmlich der Festigung und Motivierung der eigenen Strukturen (...). Wenn dabei geschleierte Aktionen oder gar eine erzwungene Gruppenauflösung als demobilisierend begriffen wird, so ist das nur allen berechtigt und nicht als Überschätzung militanter Aktionsformen ausulegen. Wir empfinden die K.O.M.I.T.E.E.-Auflösung gewiß nicht als Motivumschub und Verbesserung unserer Ausgangsbedingungen! Und wir können keinen Grund erkennen, der eine wie auch immer geartete (Selbst-)Überschätzung rechtfertigen könnte! (...)

Mit den fast schon ritualisierten Vorwürfen der 'Mythenbildung' und des 'Erweckungsgedanken' wird vernachlässigt, daß militante Zusammenhänge ihre Aktionen i.d.R. in den Rahmen einer Kampagne stellen oder Themen aufgreifen, die bspw. Teil des tripple-oppression-Ansatzes sind (...). D.h. es ist darauf zu achten - und wir haben wir auch die Ausführungen des K.O.M.I.T.E.E.s aufgefaßt -, daß Aktionen im Kontext linksradikaler Basispolitik stehen bzw. über ein (wenn auch kleines) politisches Pendant verfügen. Hierin drückt sich die Wechselbeziehung zwischen Basispolitik und 'flankierenden' Aktionen aus. Wenn diese Wechselbeziehung von militanten Gruppen berücksichtigt wird, kann der Tendenz,

daß jede einzelne Aktionsgruppe eine Initiative ist (vgl. radi-Lett) ausgegossen werden. Sicherlich ist eine kampagnenbezogene Aktion in bewegungsunten-Zeiten nicht in einem isolierten großen Teilbereichskampf eingebettet. Sie vermag aber in Verbindung mit der linksradikalen Szene zu wirken, um die 'Bodenhaltung' nicht zu verlieren.

Ähnlich unverwundlich erscheint uns der Avantgardismus-Vorwurf. Da der Begriff 'Avantgarde' derart negativ besetzt ist, nimmt der Vorwurf schon fast einen diffamierenden Charakter an. Worauf stützt er sich? Auf die Intention, eine politisch orientierende Rolle einzunehmen? Politische Akzente zu setzen? Impulse setzen zu wollen und Verantwortung zu übernehmen? Den Wunsch zu haben, daß bestimmte Themen von anderen aufgegriffen werden? Auch wir verfolgen diese Intentionen mit unserem Vorgehen. Wir finden dabei nichts Anrüchiges. Denn nur so lassen sich im widerständischen Widerstreit präkäre Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausbilden: eine neue 'Bewegung'.

"Militant und bewaffnet ins nächste Jahrtausend! ...oder vielleicht doch nicht?" Interim 428, 24.7.1997:

"Kommt es nur uns an um, das militärische Auftreten zum Ausdruck verknüpfte gesellschaftlicher Kämpfe geworden ist? Wenn schon die 'Spekter' nicht mitschauen, so sollen sie uns zumindest nicht überhören. Lassen Sie die Sache aus: militärische Politik, wenn Radikalität zum Exkurs für die eigene Niederlage wird."



Wir wollten doch diesen Sommer jeden Tag ein Ei legen!?

Vergiß es!!

(Radikal 153,
Nov. 1995)

EINIGE
GEDANKEN
ZUM
KOMITEE-
KONZEPT
UND ZUR
SITUATION
EINER
RADIKALER-
MILITANTER
GRUPPEN

Wie ihr wohl spätestens nach dem durchblühten vorläufigen Erklärung (vgl. Seite 16, Arm. d.S.) ausgekracht habt, hat sich das K.O.M.I.T.E.E. aufgelöst. Bei dem Versuch eine Stellungnahme zu diesem "Projekt" zu schreiben, sind uns eine Menge Fragen und Probleme hochgekommen, die wir für wichtig halten, egal ob die Kollegen mit den vielen Punkten im Namen (versucht den Namen mal zu tippen, das dauert ne halbe Stunde) nun weitermachen oder nicht.

Militante linksradikale Politik ist in der Krise, wie die Linke insgesamt. Das alte Konzept vom Zusammenwirken von legaler Bewegung und militanten Aktionen geht nicht mehr auf. Den verbliebenen Rest von aktiven Gruppen, in welchen Teilbereichen auch immer, die militantes Vorgehen tatsächlich mitzutragen bereit sind,

kann man/trau kannst du als isolierte Bewegung beschreiben. Vielleicht recht zu punktuell in einigen Winkeln der BRD anders um, z.B. aktivell im Wendland, wo sich einiges bezüglich der Campmenteste regt. Verallgemeinernd läßt sich trotzdem feststellen, daß die Zeiten, wo noch unrettbar in die politische Wirkungsdeut auch von eingeschlagenen Rauschschritten geglaubt werden konnte, einfach weil es massenhaft geschah, erstmal vorbei sind. Viele zweifeln am Sinn ihres Tuns oder tun nichts mehr. Auch die Organisationsdebatte scheint sich im Sande verlaufen zu haben und anstelle von Organisation der linksradikalen Kräfte, wurde die Landschaft von weiteren fraktionierende Gruppierungen bereichert. Das K.O.M.I.T.E.E. hat daraus für sich die Konsequenz gezogen, sich einen Namen zu geben und das Aktionsniveau

hochzuschrauben, offenbar um somit als einzelne Gruppe an Einfluß zu gewinnen. Welche Bedeutung Gruppen, wie das K.O.M.I.T.E.E. anscheinend eine hatte werden wollen, in der Krise militanten Widerstands zukommen könnte, als solche Praxis ein Weg wäre, dem andere mitzutragen, diese Fragen wollen wir stellen.

Warum denn? Hat sich doch schon erledigt mit dem K.O.M.I.T.E.E. wieder ihr auch vielleicht denken? An welchem Fragen sollte unseres Frachtens viel mehr hängen, als die Einzelentscheidung oder das Einzelstück einer militanten Gruppe. Und dann geht's in diesem Text.

Wir SchriftstellerInnen begreifen uns in dieser Problemsicht nicht als Außenseiter. Wenn wir an einigen Punkten der eingesparten Kommunikation Quarantäne überzeichnen, so nicht, weil das ganze Thema weit weg von uns wäre, sondern weil wir hatten,

und diese Art das Dilemma besser vor Augen führen zu können.

Situation in Berlin nach dem fehlgeschlagenen Anschlag:

Letztendlich ist Berlin, was oben beschriebene Entwicklung vom Verschwinden militanten Positionen und Aktionen betrifft, eine Stadt, in der aufgrund von guten Ausgangsbedingungen (große Szene, dadurch Anonymität vor dem Bullenapparat...) viel mehr an militanten Aktionen und Massenmilitanz möglich war, als in anderen Regionen. Von daher ist das Verschwinden hier noch nicht abgeschlossen! Aber seit Jahren führen die VerfechterInnen der linksradikalen Militanz einen immer aussichtsloseren Kampf gegen das Wegbrechen ihres Bodens:

Wir hatten das Gefühl, die Repression, die nach dem Scheitern des Anschlags



in Berlin folgte, hat sie Szene völlig auf dem falschen Fuß erwischt. Terrorisierfahndung durch die Bundesanwaltschaft in den eigenen Reihen, darauf war offenbar keiner (mehr) gefaßt gewesen. Nur sehr wenige verhielten sich spontan solidarisch, indem sie Geld sammelten, -ne Demo organisierten etc. Die ganze Geschichte fand ja zu Beginn des bundesweiten, autonomen Kongresses in Berlin statt und von da her waren die Voraussetzungen für Diskussionen, Stellungnahmen und praktische Solidarität mehr als günstig.

Eine Gruppe drückte ihre Solidarität im geplanten Aktus durch das Nennen K.O.M.I.T.E.E. aus und propagierte durch Aktionen und Auftruf die am Krawallhaus verbleibenden Linksfirmer zu schwächen. Diese Initiative folgten zwei weitere Gruppen mit Ähnlichkeit auf die gleiche Form (=). Das ist natürlich nicht gut mehr, sondern in heißen Zeiten ein recht gutes Ergebnis, was praktische Solidarität und Aufgreifen der Initiative der K.O.M.I.T.E.E. angeht. Wir finden solche Reaktionen super! Doch trotzdem wollen wir es auch hier nicht bei dem "Thema" stehen lassen, sondern uns auch die Funktion dieser Nachfolgebewegungen genauer anschauen und zur Diskussion stellen.

Denn für viele Männer und Frauen, die sich durchaus als linksradikal verstehen, hat das ganze überhaupt nicht mehr mit ihnen selbst zu tun! Es ließ sich der Eindruck gewinnen, sie fühlten sich eher durch das doch irgendwie exotische Hobby anderer Leute, terroristische Versammlungen zu gründen, in Minderzahl gefangen. (Daher meinen wir nicht diejenigen, die durch Ungenauigkeiten und Fehler der K.O.M.I.T.E.E. in den Mittelpunkt der Fahndung gerückt sind, sondern eine Haltung, die bei ganz vielen, die jetzt nicht unmittelbar von Verhaftung und bedrohlichen Ermittlungen betroffen sind, zu spüren war.)

Es wurde zum Teil als lästig empfunden, sich mit dem gänzlich Unsichtbaren, mit militanter Politik auseinandersetzen zu müssen, wo es doch schon längst ausgesprochen hatte, das Problem so lange aussitzen zu können, bis es von allein verschwände.

Erst als die Bundesanwaltschaft am 13.6. bundesweit drei recht verschiedene Aktivitäten in einen Sack steckte: Radikal, AIZ, K.O.M.I.T.E.E., entstanden Solidaris. Dort ging es viel um die radikal, wenig um das K.O.M.I.T.E.E. und zwangweise um eine Prioritätsbestimmung zur Politik der AIZ. Die radikal mehr schämenstüßig als langweilig da, konnten sich es bei dem Punkt am liebsten nicht annehmen, was zur Sicherung auch damit liegt, daß sie in

dem Sinne keine realistische Gruppe ist, sondern nur Zensur. Die Schwärze zum K.O.M.I.T.E.E. verliert sich (schlecht am Anfang) darüber, daß es in dem Zusammenhang keine Vorgangsmaterial gibt. Das Thema AIZ hat uns dadurch abgelenkt auf den Punkt, daß durch die Propaganda, nämlich das Fahren und Manieren, die von Ermittlungen bezüglich der Gruppe betroffen sind, eine Prozessförderung aufgeworfen wurde. Mit Intention wollen wir behaupten, daß die Politik der AIZ ohne das (X) nicht so leicht diskutiert werden

wird. Möchte man sich die Chemie vorstellen? Keinen anderen Mithras, ist das die Aktion und Action, bringen dem jeweiligen Entwicklungspunkt der Bewegung entgegen, müssen, aber mit wegen der Verunsicherung, um demnach, weil die Bewegung nicht selbst und Bewusstsein der nächsten Reaktionen produzieren muß, auf die Aktion in Götter zu sprechen, so habe sie eigentlich nicht existieren dürfen. Geben die Kritiker auch?

Ausgangslage für militante Gruppen

Die Ausgangslage für die, die immer noch linksradikalen, militanten Widerstand gegen die bestehenden Verhältnisse leisten wollen, ist eine Zwischensituation. Das Unrecht ist gewachsen, brüder, drückender, häßlicher geworden. Der Drang, etwas effektives eingepreist zu werden, wächst mit. Gleichzeitig wächst aber auch der Frust, der aus den immer zunehmenden Formen der Bewegungsbildung immer mehr zur Lebenshaltung zu werden

Nichts klappt, keiner kommt mehr. Auf Tönen gibt's Prügel für alle, aus dem Ballen nicht raus, auf Zurückschlagen ist es schon bei Grundschülerinnen mehr als ein schon mit einem Gruppen

schauen oft mit einem neuen praktischen Versuch. In vielen Gruppen ist auch schon länger nicht mehr klar, welches Projekt angegangen werden soll, was gerade Sinn macht. Man ist fest verankert an sich selbst und den anderen, will nicht aufgeben, will aber doch auf Dauer das Gefühl nicht los, daß es irgendwie am eigenen Bein der Umständen nicht angemessen ist, nicht mehr machbar.

So angefaßt wollen wir uns das Abheften von der K.O.M.I.T.E.E. am Anfang von "Zu unserem Projekt das K.O.M.I.T.E.E." geschrieben hat. Dieses Problem haben die meisten, die noch übriggeblieben sind. Aus diesem Hintergrund auf die Idee zu kommen, eben dickere Dinger drehen zu wollen, mit konstruktivem Namen, um auf die Entwicklung der linken Szene einen positiven Einfluß zu haben und Orientierungspunkte setzen

zu wollen", finden wir sehr nachvollziehbar. Aber das K.O.M.I.T.E.E. schreibt, sie kamen zu dem Schluss, daß ihr Schritt "nötig" sei. Das hört sich nach mehr an, als einem individuellen Ausweg. Ist es das tatsächlich? Es gibt im Moment sicherlich ganz verschiedene Wege, die Frauen und Männer einschlagen, die Orientierungspunkte in der Linken setzen und das weitere Abdrücken aufhalten wollen. Wir gehen davon aus, daß die wenigsten davon sich zu einem ähnlichen Schritt wie das K.O.M.I.T.E.E. entschließen. Das hat bestimmt auch handfeste Gründe.

Viele, die in Regionen mit großen Szenen leben, haben vor Zeiten auf eine gewisse Arbeitsteilung verzichtet. Solange genügend Männer und Frauen in öffentlichen Gruppen und auf Plätzen (adäquat und auch mit einem Standpunkt vertreten oder mitbedacht), konnten sie sich innerlich und zeitlich von ihrer verdichteten Aktionsplanung wehnen. Trotzdem war es in großen Szenen, wie in Berlin, auch möglich, solche Standpunkte zu vertreten, ohne danach die Beine drauf zu haben. Diese Zeiten sind lange vorbei. Offen sympathisierende Diskussionsrunden über intensive Aktionen sind nicht oder weniger willkommen geworden. Wer sich um seinen Prozess im Rahmen der gesellschaftlichen Vorgänge bewegt, kann überall finden, wo er ihm nicht beliebt. Am kürzesten Hebel sitzen die Personen, für die sich leicht offen hinsetzen kann. Wenn es doch noch vorsichtig sagt, ist die Gefahr groß, daß unabsichtlich davon ausgegangen und letztendlich nur dem Finger auf entsprechende Personen gezeigt wird.

Viele Standpunkte drohen gänzlich aus dem öffentlichen Bereich zu verschwinden. Aber sie werden nicht nur nicht mehr ausgesprochen, sondern sie existieren zum großen Teil einfach nicht mehr in den Köpfen, können dementsprechend auch nicht mehr weitertransportiert werden. Darum auf dieser Ebene nicht alles wegbricht, was mal da war, und es gibt, die früher offene Plätzen eher gemieden haben, in die entstandenen Lücken in den öffentlichen Bereich gedrungen und mühen sich dort unter den oben beschriebenen Schwierigkeiten ab, die Option auf gewisse Ideen und Hand-

lungsformen nicht aufzugeben. Diesen Frauen und Männern fehlt abgesehen von ihrer höheren Gefährdung oft einfach die Zeit und die Kraft für längerfristige militante Prozesse. Sie haben

schonente Gruppen in ihren engeren Zusammenhängen durchlaufen, irgendwann ist das bekannte Feld abgegrast. Wenn die jetzige Gruppe zerfällt, wird keine neue mehr gesucht. Die dadurch



schon für den entscheidenden Weg entschieden, wie das K.O.M.I.T.E.E. Da eine Doppelstrategie oft nicht mehr vorstellbar ist, drückt sich das durch einen weiteren Aktionsrückgang aus. Die Entscheidung für den öffentlichen Bereich fällt sicherlich oft auch weniger überlegt. Auf irgendeine Art findet im Moment ein Generationenwechsel in der Szene statt, der diese Entscheidung begünstigt. Verbindungen von alter und junger Szene gibt es wenig. Die Zeit der Alten ist abgelaufen, viele haben im Laufe der letzten Jahre ver-

stehende Handlungsfähigkeit der Einzelnen erleichtert dann letztlich auch ihre Entscheidung für den öffentlichen Bereich, wenn sich die Frauen und Männer nicht sogar ganz zurückziehen. Viele sind mit Sicherheit auch enthusiastisch gefeuert von den vielbeschworenen herrschaftsfreien Strukturen der Autonomen und Antiautoritären, die sich letztendlich natürlich immer noch auch als Räume entpuppten, wo Macht mißbraucht und zugewiesen wurde, wo Cheffinnen und Chefs sich etablierten, wo es teilweise so dogmatisch

zuzug, daß Frauen und Männer mit abweichenden Vorstellungen fix und fertig gemacht wurden. Viele sind verletzt liegengeblieben und zwar nicht von 'nem Knüttel, den sie auf den Kopf gekriegt haben. Andere erinnern sich mit Grausen an ihr eigenes erzwungenes Auftreten, ihr opportunistisches Verhalten in der kleinen Szene, in der alle nach gleicher Moralvorstellung und gleichem Code funktionieren mußten. Aus Angst vor ihrer Schwäche gegenüber solchen Mechanismen wollten sie lieber gar nichts mehr mit politischen Gruppen mit persönlichem Anspruch zu tun haben.

Ein sicher erster gemeinsamer Versuch, die Fehler und Mängel der autonomen Bewegung zu überwinden und das Verhältnis von Miliana, Bewegung und Öffentlichkeit neu zu strukturieren, war die Organisationsdebatte. Wir sind von dem realen Ergebnis aber nicht begeistert. Vielleicht überdeuteten die AN/BO-Gruppen ja tatsächlich die Realität der Bewegung und wir finden uns eines Tages doch in ihnen wieder, aber wir können darin im Augenblick keinen vielversprechenden Neuanfang sehen.

Die Konzeption autonomer Miliana und das Konzept, das die RZ's + Zoras vertreten haben, waren auf eine Vermassung des Widerstandes hin ausgerichtet. Sie waren zum Teil in bewußter Kritik an der RAF erarbeitet worden, der dabei vorgeworfen wurde, isoliert zu handeln, ohne sich auf die Restlinke in der BRD, auf andere Bewegungen und die vorhandenen Widersprüche in den Metropolen ausreichend zu beziehen. Darin steckt der Vorwurf, sich diese Isolierung freiwillig ausgesucht zu haben. Minderweise sehe dies anscheinend ein Teil der RAF und der Gefangenen selbst so. Währenddessen rührt sich die Entwicklung der Linken, einschließlich großer Teile der ehemaligen Autonomen trotz gelegentlicher Lippenbekenntnisse dem Punkt, wo festgestellt werden muß: Die Entscheidung für militärischen Widerstand, der über

das Niveau, sich nicht von Nazis verprügeln zu lassen, hinausgeht, führt praktisch in die Isolation, egal, worauf man/frau

versucht, sich zu beziehen. Die Wahl zwischen einem unterhalb

der Bewegung und einem isolierten außerhalb gibt es so nicht mehr. Mittlerweile ist jede militante Kleingruppe eine isolierte Kleingruppe! Traditionell versteht sich die gesamte autonome/linksradikale Bewegung eher als militant. Ihre verschiedenen Ausdrucks- und Aktionsformen sollten eine gemeinsame gesellschaftliche Wirkung entfalten. Druck auf links-liberale Kreise und deren Öffentlichkeitsarbeit ausüben. Inzwischen kann wieder von der per se militanten Linksaliberalen, auch von einer links-liberalen Öffentlichkeit die Rede sein. Es hat eine Verschiebung stattgefunden. Weniger linksradikale Miliana versuchen nun ihren verstreuten Aktionen die rechtliche Szene zu agieren. Dies wiederum übernimmt immer häufiger Aufgaben, die früher von den Links-liberalen bewirkt waren. Das Verhältnis von Militanzen zur Szene ist schon lange kalt mit mehr Distanz, erwartet die Szene auch nie, daß sie in Diskussionsrunden Sinn und Zweck von Miliana, ein mindestens Anspruch an Aktionen und vieles andere mehr der Maßstab der Dinge ist.

Kleingruppe mit Maskennamen

Eines ist das Lagername der S.O.M.I.T.E., es ist schon sehr frühzeitig abgebrochen worden, so daß es keinen Sinn macht, auf deren Antitrag Programm über eventuellen Erfolg bzw. Niederlage zu spekulieren.

Auf der anderen Seite gibt es in den letzten Jahren immer wieder

ähnliche Projekte, über die wenig gesagt werden kann. Wer diese Projekte mit Sympathie ver-

folgt hat, mußte feststellen, daß die allermeisten Gruppen nach zwei Aktionen und einem längeren Grundrappapier zu ihrer beabsichtigten Politik, im Nichts verschwunden sind. Das hat über die Jahre hinweg doch zu einer gewissen Skepsis geführt, was den Erfolg dieses Weges angeht. Faktisch haben nur Gruppenzusammenschlüsse wie z.B. die RZ und die Rote Zora und Projekte mit größeren Strukturen, wie die RAF, die alle schon in den 70er Jahren entstanden sind, geschafft, über Jahre hinweg mehr oder weniger (die Zora in den letzten Jahren vor 94 auch gar nicht) öffentlich präsent zu sein.

Daraus könnte der Schluß gezogen werden, daß einzelne Kleingruppen mit solchen Projekten offensichtlich überfordert sind. Leider haben die vielen, die irgendwann mal mitgetaucht und dann wieder verschwunden sind, dazu nie was gesagt.

Es bleibt also bei Vermutungen, was die Scheitern angeht.

Wären wir in diesem Zusammenhang

frühzeitig, daß allen solchen Gruppen gemeinsam war, daß sie sich ein höheres Aktionsniveau für ihre Praxis auferlegt hatten, als der Durchschnitt der militanten Gruppen (Ausnahme wäre die z.B. RZK (Klasse gegen Klasse), die es bis heute noch wie vor gibt).

Haben sich die meisten dieser Gruppen mit ihrem angegebenen Aktionsniveau überfordert und sind deshalb so schnell wieder im anonymen Fahrwasser der Autonomen eingetaucht? Warum die "Nennungsbung" bei so vielen mit einem bestimmten Aktionsniveau verbunden ist, scheint uns im Nachhinein eher ein krimineller Psychos als eine wirklich notwendige.

Dahinter steckt bestimmt auch eine Hierarchisierung von Aktionen und Misset, die es zwar offiziell nicht geben darf, aber trotzdem nicht aus den Köpfen zu kriegen ist (Brauen sind was höheres als Misset und Bundeswehrkassern was höheres als Bagger etc.). Der Schritt von der anonymen Gruppe, die Brandanschläge verübt, zur Gruppe mit Maskennamen, die Spreng-

stoff benutzt, hat in der autonomen Leistungsgesellschaft irgendwie auch was von Hochaltesten.

Trotzdem scheint uns gerade in der jetzigen Situation eine gewisse (auch gefährliche) Logik darin zu liegen, immer größere, aufwendigere und spektakulärere Aktionen machen zu wollen. Wenn kleinere Aktionen zunehmend unbeachtet verpuffen, weil sie nicht mehr zahlreich stattfinden und durch eine größere Bewegung ihre eigentliche Brisanz verlieren, wenn verschiedenste Versetzungsversuche mit anderen gescheitert sind, liegt es für militante Gruppen nahe, sich die öffentliche politische Wirkung durch Steigerung der Mittel, die sie selbst in der Hand haben, zu verschaffen.

Eine Gefahr und teilweise auch Tatsache, die entsprechende Gruppen selbst schon feststellen haben, ist ihr Absinken in Selbstverneinungspositionen, was ihren beständigen Wunsch viele Männer und/oder Frauen zum mitmachen zu agitieren, entgegen läuft. Dieses Problem erkennen auch schon zu Zeiten, in denen zahlenmäßig viel mehr Männer und Frauen dem militanten Widerstand zustimmen, wenn Solange es da welche gibt, die ganz wirkungsvolle Aktionen machen kann, frustriert man sich ja vornehmlich Radikalen verkommen aus Sympathieverpflichtung für "innere Zensur" oder "innere Zensur". Das ist die andere Seite der Hierarchien. Die Gruppen gewinnen nicht nur ein Stückweit an Beachtung und Bedeutung, sondern entfernen sich dadurch gewollt oder ungewollt von anderen, die nicht in ähnlichen Positionen agieren.

Gruppen, die sich wie das KOMITEE größere militante Projekte vornehmen, langfristige Planungen und Suche nach der Möglichkeit einer effektiven Beschädigung oder Behinderung in Kauf nehmen, technische Weiterentwicklung und Forschung betreiben, um ihren Anforderungen nachkommen zu können, sind kräftemäßig als einzelne Gruppe bischen zu 1-2 Aktionen im Jahr in der Lage (die AIZ erscheint hier als erfolgreiche Ausnahme, aber wir denken, daß sie es sich mit ihren Aktionen auch zu leicht macht). Das ergibt bei einer Anzahl von 3-5 Gruppen in der BRD nicht besonders viel Wirbel. Es besteht die Gefahr, daß entsprechende Gruppen

dies gar nicht so wahrnehmen, sondern vorrangig ihr subjektives Erfolgserlebnis sehen und dieses mit der tatsächlichen Bedeutung für die Linke verwechseln.

Ein anderes Problem ist der Knast. Die autonome Nomadenarmee ist o.a. auch als Schutz vor Repression entwickelt worden. Über Jahre haben die gleichen Männer und Frauen teilweise auch in ähnlichen Konstellationen viele Aktionen gemacht ohne daß sie im Zweifelsfall für eine Zeit verknackst hätten werden können. Dieses Konzept hat bislang gut funktioniert. Es gab auf Seiten der Autonomen nur wenige langfristige Verurteilungen. Mit wachsender Anzahl von agierenden Gruppen und größerer Möglichkeit der Repression, die Knast der Männer und Frauen einzugewöhnen, überfordert sich der Schutz, den das Konzept bietet. Trotzdem gibt's wesentlich höhere Knastzeiten, wenn man fest in einer Aktion und außerdem in Methodendiskussion in einer Versammlung verwickelt wird.

Und hier steht es überhaupt aus der Erfahrung in Zeiten wie diesen? Vielen fehlt schon länger das Gefühl, Teile einer Bewegung zu sein, für deren Ziele Ideen und Aktionsformen es sich lohnt, das persönliche Risiko Knast einzugehen.

Es ist nicht mehr selbstverständlich, daß draußen weitergeht, was man/ frau politisch eingefangen und mit anderen geteilt hat. Natürlich läßt die Entscheidung mitzuarbeiten zu agieren und dadurch Knast zu riskieren wesentlich leichter, wenn viele Männer und Frauen dazu bereit sind. Nicht zuletzt genommen Linke, die längere Haftstrafen hinter sich gebracht haben, ein gewisses Aussehen. Minderwille käme ein solches einen Verhandlungsstil im Quartierkammerkammer gleich.

Eine für uns nicht unerklärliche Schwierigkeit der mal existierenden Gruppen mit Markennamen besteht in ihrer Kommunikationsunfähigkeit. Es wirkt so, als wollten sie alle unbedingt nur in ihrer eigenen Suppe schwimmen. Es ist eine totale Unkultur sich

als eine solche Gruppe aus allem rauszuheben, was dokumentiert wird und auch auf Stellungnahmen, die zu eigenen Artikeln (Beurteilung) geschrieben werden, prinzipiell nicht zu antworten. Solche Kritik geht nicht nur berechtigterweise an die RAP (in diesem Zusammenhang ist es total lobenswert die Prozedurierung von Birgit Hopfeld, veröffentlicht im

Info 6,



Info 6, zu lesen, die das am allschlimmsten durchgelesen hat, sondern mittlerweile genauso an die RZ und Zensur. Das wiederum trägt auch zu der Distanz bei, die es zwischen diesen Gruppen und anderen gibt und somit, möglich, daß die wenigen Aktivitäten, die es auf dieser Ebene noch gibt, mehr zusammenwachsen und gemeinsame Kraft entwickeln. Uns persönlich frustriert es nun fast nur noch, die Erfahrungen der jeweiligen Gruppen zu lesen. Wir finden es den absoluten Wahnsinn, wenn die RZ z.B. sich in die Diskussion um die Politik der AIZ einmischen würde oder das KOMITEE mit den Flammenden Herren über

Militarismus und Männerrollen diskutieren, und zwar nicht nur durch einen Schreib, sondern so, daß wirklich was hin und hergeht und alle, die Interesse haben, sich beteiligen könnten. Dabei wäre das im Grunde doch das normale der Welt, daß Linke, die bestimmte Politik machen wollen, sich in irgendeiner Form darüber austauschen. Daß dies überhaupt nicht normal ist, sondern kaum einrä zu denken wagt, ist doch ein absoluter Anomalismus. Wenn alle isoliert vor sich hinwischen und dann einmal im Jahr ne recht gute Aktion mit einer in der Regel ziemlich zusammenge-schriebenen, merkwürdigen linken Analyse verbunden wird, die im luftleeren Raum schwebt, ist es nicht verwunderlich, wenn das keine hinter



Niedergebrannte „Zentrale Sozialistische Arbeitsstelle für Asylbewerber“ (ZSA) in Berlin nach einem antisozialistischen Brandanschlag der „Revolutionären Verein“ im Sommer 1987.

dem Ofen hervorlockt.

Darüber, um nicht falsch verstanden zu werden: In der Lage dazu zu sein, ganz realen Schritten auszuweichen, nicht nur zu fordern, daß etwas weg muß, sondern es tatsächlich zu beseitigen, ist und bleibt notwendig, um Gegenmacht spürbar und erfahrbar zu machen, auch wenn dadurch die bestehenden Verhältnisse nicht im Wandel geraten. Auch wenn die Ausweichung auf weitere Verbreiterung sozial illusorisch und, muß diese Funktion militanter Gruppen in der derzeitigen Situation unbedingt erhalten und ausgebaut werden.

Nachwuchs

„Wir wollten mit unserem Namen und unserer Praxis Propaganda machen für die Möglichkeiten des direkten Eingreifens und Agierens, die allen offenstehen, die sich mit Ungerechtigkeit und Unterdrückung nicht abfinden wollen“, erklärt das KOSULT-TEE.

Das hört sich für uns doch eine Spur zu einfach und problemlos an: Tatsächlich besaßen sich Gruppen, die solche Praxis durchführten auf ein Niveau von Aktionen, das nicht einfach zu

von Indifferenz und Indolenz nachgemacht werden kann. Es wäre falsch vorzugreifen, daß es nicht vorher eine Menge Erfahrungen gewonnen und Auseinandersetzungen geführt sein sollten! Doch mit dem Schwanden der Massenmilanten schwanden auch die Möglichkeiten gerade solche Lernprozesse zu machen. Gerade die vielen kleinen Aktionen und auch die unorthodoxen Zusammenkünfte der Anarchisten, die zwar zunächst immer wieder als Spielweise kritisiert wurden, brachten doch auf der anderen Seite die Möglichkeit auszusprechen, inwieweit einzelne sich was trauten, welche Aktionsformen für welche Gruppenkollaborationen machbar und wo Grenzen erreicht wurden, und auch nicht die Möglichkeit auszureizen, wenn es für einzelne so überhaupt nicht mehr weiterging.

Gruppen mit größeren Strukturen, wie die RZs und die Zoras haben in Sachen „Nachwuchs“ sicherlich auch auf Männer und Frauen zurückgegriffen, die den Politisierung und praktischen Erfahrungen ausklänge von den kleineren Zusammenhängen der RZ gemacht hatten. Wie das bei der RAF mit dem subjektiven Sprung klappte,

vielleicht, ist uns eher unklar, aber zu bestimmten Zeiten gibt es auch von den Anarchistensubjekten einiges an Aktionen, so daß es möglich gewesen wäre, in solchen Zeiten eine gewisse Entwicklung zu durchlaufen, um dann irgendwann zu springen. Das mit der RAF ist auch aus anderen Gründen nochmal gemindert zu betrachten, da sie als einzige Gruppe die Entscheidung getroffen hat, die Tötung von Funktionären zur Aktionsweise zu machen. Das war meines Erachtens nochmal ganz andere Klarheiten voraus, als die Entscheidung irgendwelche Gebäude zu sprengen. Wie sich im Nachhinein zeigt, ist in der persönlichen Entscheidung durchwegs auch jede Menge schief gelaufen, was wir hier nicht zu viele ehemalige RAFlerInnen ihre Genossinnen von damals denunzieren und auf weitere Lebensjahre hin mit Genen bringen.

Dann die Voraussetzungen für die Verbreitung von militanter Politik (nicht völlig abgelehnt oder auf laute Versuche beschränkt) wird es weiterhin notwendig, daß Gruppen auf ganz verschiedenen Aktionsniveaus agieren und die Entwicklung nicht dabei laßt, daß außer einigen wenigen Vortragsere-

nen militante Praxis bis auf weiteres eingestellt wird. Eine andere Möglichkeit wäre, daß die verbliebenen Militanten neue Konzepte erarbeiten, um "Nachwuchs" zu bekommen. Dazu scheint wieder eine wie auch immer geartete Vernetzung dieser Gruppen notwendig. Wenn das Netz der Szene wegbreicht, mußte an diese Stelle ein verbindlicheres zwischen den verschiedenen Gruppen aufgebaut werden. Das gilt nicht nur in Bezug auf "Nachwuchs", sondern auch, um überhaupt wieder in der Lage zu kommen, politische Wirkamkeit zu entfalten. Obwohl bisherige Versuche hierbei nicht sonderlich erfolgreich waren, denken wir, daß die Frage, ob und mit welchem Erfolg eine solche Vernetzung nochmal von den verschiedenen Gruppen angegangen wird, eine zentrale Bedeutung für die Weiterführung linksradikaler militanter Politik hat.

Fazit

Wir bedauern, daß die Sprengung des Abschiebeklausurs nicht geklappt und das K.O.M.I.T.E.E. sich infolge der Umstände jetzt aufgelöst hat. Wir denken schon, daß das Gelingen der letzten und möglicherweise noch weiterer Aktionen guten Einfluß auf Motivation und Verfassung der linksradikalen Szene gehabt hätte. Das strukturelle Problem scheint uns aber durch das Konzept der Kleingruppe mit Markennamen keineswegs lösbar. Dazu braucht es mehr als eine Gruppe. Wir nehmen an, so haben sie es sich auch nicht gedacht. Eine solche Initiative scheint uns eher eine Möglichkeit, das eigene Gewicht so komplex wie möglich in die Waagschale zu werfen, was aber eine Menge Risiken und Widersprüche in sich birgt, solange sich bei oben beschriebenen Problemen keine neuen Konturen abzeichnen.

Wir würden uns freuen, von möglichst vielen Gruppen (K.O.L.L.E.K.T.I.V., Autonome Gruppe Celal Akar, Gruppe Oleg Raksha... und natürlich auch allen, die mit Markennamen operieren), was dazu zu hören. Genauso von einzelnen und ihren Erfahrungen, wenn sie keine Gruppen mehr haben. Wenn wir mit unserer Einschätzung völlig daneben liegen, halt uns bitte wieder auf den Teppich.

Unser Papier erschöpft sich an diesem Punkt, denn das, was in der von uns

problematisierten Entwicklung etwas voranzubringen würde, konnten wir selbst nicht liefern. Dies war in aller erster Linie eine praktische Initiative, die so angelegt war, daß sie einige hiergenannte Probleme durch konkrete Versuche angeht. Sei es das Vernetzen, als auch das wirkliche Entklinken in Diskussionen.

noname

Folge-Aktionen

Am 8. Juni 1995 wurden Brandstiftungen unter drei Fahrscheine der Bau- und Gerüstfirma "Afroand" gelegt, die am Bau des Abschiebeklausurs Berlin-Grünau beteiligt ist. Verantwortlich erklärte sich "Das K.O.L.L.E.K.T.I.V."

Am 21. Juli 1995 wurden Brandstiftungen auf einem Lagerplatz der Firma "Arnold Kuche GmbH" deponiert, die am Bau des Abschiebeklausurs Berlin-Grünau beteiligt ist. Verantwortlich erklärte sich "Das K.O.L.L.E.K.T.I.V."

Am 18. August 1995 wurde ein Bauwagen mit einer Baumaschine darin angezündet, der der Firma "Arnold Kuche GmbH" gehört, die am Bau des Abschiebeklausurs Berlin-Grünau beteiligt ist. Verantwortlich erklärte sich die "Autonome Gruppe Celal Akar".

VOLL DURCH DIE MITTE UND DOCH DANEBEN

(Intern 352, 16.11.1995)

Einige vielleicht unsequente Anmerkungen zur letzten Erklärung des K.O.M.I.T.E.E.:

Die Gruppe "K.O.M.I.T.E.E." hat sich vor einigen Wochen aufgelöst. Bisher gab es noch keine schriftliche Reaktion auf ihr Papier. In Gesprächen ist zu hören, daß viele das Papier in Teilen als zu gewagt empfinden, im allgemeinen gibt es jedoch mehr Zustimmung als Kritik. Diese fällt leider zumist hinten runter - insbesondere durch den Umstand, daß 3 Leute abtauchen mußten. Eine Kritik ist jedoch auf der politischen Ebene angebracht und diese sollte auch keinesfalls als ein Zeichen der Entsolidarisierung gegenüber den gestrauchten und kriminalisierten Leuten verstanden werden. Es folgen also einige kritische Fragen und Antworten.

Das K.O.M.I.T.E.E. zieht mit ihrer Entscheidung der Auflösung eine Kon-

sequenz aus dem Scheitern (das *kurz* gedruckte und Wörter und Passagen aus der Erklärung) über Aktionen in Grünau und aus der *Gesamtheit* der von ihnen gemachten Fehler. Gleichzeitig wird noch einmal betont, daß ihre Entscheidung keineswegs als ein *Abgang auf nullen* Politikformen im Allgemeinen, sondern lediglich eine persönliche Konsequenz aus dem *Debakel* zu verstehen ist. In ihrem Papier vom 6.9.95 versucht die Gruppe ihre schwerwiegenden Fehler zu benennen und *aktiv* nicht zu *reflektieren*. Dabei konzentriert sich die Gruppe zum einen auf technische Fehler bei der Durchführung der Aktion und zum anderen auf Überforderungen innerhalb der Gruppe und die *innere* Gruppendynamik, die sie mit einer *Alles oder Nichts*-*Halbierung* charakterisieren. Einer kritischen Einschätzung ihrer Politik bzw. einem deutlichen Hinterfragen ihres politischen Projekts geht die Gruppe jedoch weitgehend aus dem Weg. Es heißt lediglich, daß sie ihrer Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit und der Linken nicht gerecht geworden sind und weiter: *Der von uns angestrebte Effekt, mobilisierend auf die radikale Linke zu wirken, hat sich durch unser Scheitern und durch die Art des Scheiterns im Gegenteil verkehrt*.

Dem Fazit vom 6.9. zufolge, wurde das Projekt K.O.M.I.T.E.E. vor allem wegen der Fehler bei der Grünau-Aktion beendet und weniger aus politischen Fehlern. So verständlich und richtig wohl die Auflösung ist, weil die Gruppe ihren Ansprüchen nicht nachkommen konnte oder auch aus Gründen der Kriminalisierung und Konfrontation mit der Justiz - das Hinterfragen ihres Projekts und ihres politischen Ansatzes geht nicht weit genug! Zwar wird versucht, ihre Politik im nachhinein transparent zu machen, ihr Ansatz wird allerdings unhinterfragt als "erfolgsversprechend" präsentiert. "Bildet viele radikale K.O.M.I.T.E.E.s!" (Es ist natürlich klar, daß dieser Spruch vor allem im Zusammenhang mit der Kriminalisierung zu verstehen ist.)

Es kann kaum davon die Rede sein, daß das Projekt in Anbetracht der *Gesamtheit* der gemachten Fehler nun aufgegeben wurde. Vielmehr werden leider Mythen und unrealistische Einschätzung zur Bedeutung von linksradikaler Militanz und militanter Politik im Abschluspa-

pier der Gruppe festgeschrieben, widaß sogar konstatiert wird, das Scheitern der Grünau-Aktion hätte zu einer Demobilisierung der radikalen Linken geführt. Diese Einschätzung zeugt von einer Selbstüberschätzung ihrer Politik und Praxis als K.O.M.I.T.E.E. und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung. Sie zeugt von einer Fehlentschätzung militanter Politik überhaupt und nicht zuletzt auch der von ihnen angeführten politischen Lage.

Es steht also zur Frage, ob eine Aktion, wie sie in Grünau geplant war, wenn sie denn geklappt hätte, in der derzeitigen politischen Situation überhaupt einen mobilisierenden Effekt auf die radikale Linke oder die sonstige Öffentlichkeit gehabt hätte. Dies soll die Richtigkeit der Aktion selbst noch keineswegs grundsätzlich in Frage stellen, aber die politische und strategische Ausrichtung des Projekts K.O.M.I.T.E.E.

Dafür, daß sich beim K.O.M.I.T.E.E. überhaupt um ein längerfristig angelegtes Projekt gehandelt hat, ist uns gleichzeitig mit der Auflösung jenes bekannt geworden. In der Erklärung zur Aktion in Bad Freienwalde wird kein Wort dazu verloren. Das "Projekt" wird von der Gruppe praktisch nachgeschoben. Das ist natürlich schon etwas seltsam und es stellt sich die Frage nach dem Sinn, da es der Kriminalisierung natürlich noch zusätzlich Futter liefert.

Woher kommt das offensichtlich hohe Erklärungsdruck? Es ging der Gruppe darum, nicht nur gemachte Fehler ih-

rer Praxis öffentlich und nachvollziehbar zu machen, damit andere militante Gruppen praktisch daraus lernen könnten, sondern um politisches Selbstverständnis zu vermitteln.

So gut und richtig überhaupt die Veröffentlichung eines Selbstverständnisses von militanten Gruppen ist, so scheint jedoch die Erklärung des K.O.M.I.T.E.E. nicht unwesentlich etwas mit der eigenen Verortung in der linken Szene zu tun zu haben. Und diese Verortung war dergestalt, daß das K.O.M.I.T.E.E. sich als militante Gruppe in gewisser Weise eine richtungswende, vielleicht sogar avantgardistische Rolle in der linksradikalen und autonomen Politik beimaß.

Richtig ist schließlich, daß Beiträge und Interventionen von Gruppen deren Name für eine bestimmte Praxis und politische Ausrichtung steht, von der Öffentlichkeit und der Linken mit einer gewissen Aufmerksamkeit gelesen, verfolgt und diskutiert werden können als Veröffentlichungen von Gruppen als erkennbare Kommunikation.

Insbesondere auch für die mediale Verortung kann ein solcher Gruppenname durchaus von Vorteil sein. Auf der anderen Seite mischen sich viele militante Aktionen verschiedener Gruppen gerade dadurch ein, daß sie in einem erkennbaren Kontext in sozialen Brennpunkten, autonomen Bewegung oder linksradikaler Bewegungspolitik stehen. Es ist eine alte Weisheit, daß militante Aktionen nicht nur durch den Angriff

auf eine Institution des Systems einen Sinn bekommen, sondern auch dadurch, daß sie politische Bewegungen und soziale Zusammenhänge konkret in ihrer Politik und ihren Forderungen unterstützen. Die Bedeutung des militanten Angriffs ergibt sich letztlich aus der Bedeutung der "Basispolitik". Das K.O.M.I.T.E.E. versuchte dagegen, aus einer gewissen Isolation oder auch Abgeschlossenheit heraus, mit militanter Aktion Orientierungspunkte zu setzen und einen positiven Einfluss auf die Entwicklung der linken Szene zu haben.

Dieser Ansatz militanter Politik erinnert stark an die Vortragsrolle und den avantgardistischen Ansatz, der zum Teil von den revolutionären Zellen, der Rote Zora oder auch der RAF betrieben wurde. Dem Reproduzieren von überholten und falschen Politikansätzen wollte die Gruppe jedoch gerade selbst nicht auf dem Lein gehen.

Es drängt sich zudem die Frage auf, ob die gemachten praktischen Fehler – die "Alles-oder-Nichts"-Haltung – etwas mit dem Ansatz und Selbstverständnis der Gruppe zu tun haben könnten.

Mit ihrem ersten Schlag gegen die Bundeswehr in Bad Freienwalde, der von der Gruppe im nachhinein auch mehr als symbolische Aktion betrachtet wird, sollte das Thema Befreiungskampf des deutschen Volkes bzw. die Mitverantwortlichkeit der BRD am Krieg in Korea usw. in der Linken gepusht werden. Das allgemeine Nichtverhalten



der radikalen Linken wurde als *unethisch* betrachtet. Zum anderen wurde der deutschen Linken aber gerade eine *besondere Verantwortung* zu diesem Thema zugeschrieben. Anders gesagt war die Aktion gegen die Bundeswehr sonstigen u.a. als Auftakt zu einer Solidarkampagne gedacht. Hier müssen "die Linken" jetzt was machen, alles andere ist unsolidarisch. Dieses strategische Verständnis einer militanten (mit moralischem Unterton) gegenüber (der) Linken und überhaupt ist jedoch vermessend und äußerst fragwürdig.

In Bezug auf die Grundannahme ist es sehr verwunderlich, daß mit keinem Wort auf die Flüchtlingskampagne der KZ und ihrer diesbezüglichen Schuttkritik zu militanter Politik eingegangen wird. Sicherlich wäre die Aktion bei Gelingen ein durchaus effektiver Eingriff in die Umsetzung der Abschiebetechniken gewesen, hätte den Antagon der Maschine *unüberwindlich* gemacht und das wäre ohne Zweifel gut gewesen. Der Einfluß der Aktion wäre indes nur auf die Entwicklung "der Linken" zu Massé, Stärke und Bewegung mit Gefügen oder Scheitern - so oder so - relativ gering gewesen.

Militante (Einzel-)Aktionen sind auch in der heutigen bewegungsarmen Zeit eine Möglichkeit sich der allgemeinen Mordlosigkeit und völligen Anpassung entgegenzustellen und aktiv zu werden. Sie sind eine Möglichkeit in dieser Gesellschaft nicht nur zu tun, sondern selbst zusammen-

mit einigen Freunden aktiv zu werden, auch wenn sie dabei oft nur einen Protestcharakter haben. Darüberhinaus können sie Spaß machen und einem/r das Gefühl geben, hier etwas richtiges zu tun, um nur einige wenige Aspekte zu nennen. Jedoch ist weder dem Glaubwürdigkeitsverlust der Linken noch dem Glauben an die persönliche Radikalität mit *konsequenter militanter Praxis* beizukommen. Und was soll hier überhaupt eine konsequente militante Praxis heißen? Doch wohl kaum 1-2 mal im Jahr ein großes Ding machen. Der Glaubwürdigkeitsverlust der Linken findet vielmehr im stinknormalen Alltag statt. Gerade was den sozialen Alltag und Umgang der letzten 8 Jahre in der "linken Szene" angeht, kann man und frau den Glauben an "unser" Politik schon verlieren. Und es ist an vielen Punkten richtig, zu sagen, daß es so nicht weitergehen kann und ich das so nicht mehr weiter machen will und werde. Demgegenüber wird die militante Aktion von der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. konsequent zu hoch gehalten!

Eine Linke, die die Niederlage wegen fehlender konsequenter Militanz schon im eigenen Kopf erlitten hat, ist eine so sehr konservative und undifferenzierte betrachte Linke. Im übrigen steht auch schon vor langem im Raum, daß linke Politik und gesellschaftliche Veränderung sich nicht als auf "Nag oder Niederlage" beziehen muß. Auf der anderen Seite ist die Kritik an die Aktion bestimmt "linker Kreise", sich unethisch zu militanter Aktionen zu verhalten, sicherlich richtig, wird aber wahrscheinlich ungehört bleiben. Die Politik der K.O.M.I.T.E.E. steht zwar unumstritten dafür auch in solchen Zeiten der unendlichen Scheitern zwischen Denken und Handeln gewagt zu haben. Sie steht dafür, daß es heute und in dieser Gesellschaft möglich und richtig ist, die Bundeswehr anzugreifen und einen Keim in die Luft zu legen, auch wenn es diesmal nicht geklappt hat. Dies kann jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß sogar die meisten Linkenradikalen zur Praxis der Gruppe eine verlässliche praktische Distanz haben, geschweige denn der Rest der hier Lebenden, daß diese Praxis wenigstens für die Möglichkeit eines Eingreifens für jedermann und jedfrau steht.

autonome - mehr als militante!

Nicht jede/r kann anfangen

(ak 383, 19.10.1995)

Wer kennt sie nicht, die satirische Behauptung von Karl Marx, die Geschichte wiederhole sich, aber eben nur als Farce. Daran wird man unweigerlich beim Lesen der Erklärung der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. auf dieser Seite erinnert. Schon der zweite Versuch, mit "konsequenter militanter Praxis", den Kreislauf der Linken von Glaubwürdigkeitsverlust nach außen und Mordlosigkeit und Anpassung nach innen zu durchbrechen, mündete in ein Desaster, das schließlich sogar die erklärte Aufgabe der Gruppe zur Konsequenz hat. Allein, Hohn und Spott ob ihres kläglichen Scheiterns hat die Gruppe sicher genug geerntet und es wäre auch der falsche Weg, auf die hinter dieser Erklärung stehenden Probleme einzugehen.

Als die RAF ihre Anschläge mit dem Bombenanschlag auf das NATO-Hauptquartier in Heidelberg begann, gingen die GründerInnen noch davon aus, damit langfristig eine Bombe in das Bewußtsein des Proletariats legen, den "schlafenden Riesen" aufwecken und es an seine eigentliche Aufgabe, die proletarische Revolution, erinnern zu können. Wieviel bescheiden ist hört sich dazu im Vergleich die Begründung der K.O.M.I.T.E.E.'s an, deren Propagandafeld nur noch die radikale Linke ist. Dennoch hat dies wenig mit politischem Realitätsinn zu tun, wie man bei einer solchen Einschränkung meinen möchte. Der von ihnen selbst beklagte Einflußverlust der radikalen Linken wird eben nicht darauf zurückgeführt, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse zwar objektiv aber eben nicht subjektiv nach Revolution schreien oder daß vielleicht die radikale Linke mit ihren Rezepten nicht auf der Höhe der Zeit ist. Vielmehr will mit militanter Aktionen Mut gemacht werden, sollen die entsprechenden Themen (Kurdistan, Bundeswehr, Abschiebung) "geputzt" werden, so als bedürfte es nur des Anstoßes, um ein verschüttetes Bewußtsein frei zu legen. Und so fehlt denn auch nicht die schon 1970 falsche Behauptung, jeder könne anfangen und es bedürfte nur dieses Anfangs eines jeden: "Wir wollen mit unserem Namen



und anderer Partei-Propaganda machen für die Möglichkeiten des direkten Eingreifens und Agierens, die allen offen stehen, die sich mit Ungerechtigkeit und Unterdrückung nicht abfinden wollen."

Dieser Einengung polnischer Praxis auf die "Propaganda der Tat" folgt in der Regel eine völlige Überschaubarkeit ihrer Bedeutung für eine gesellschaftsverändernde Praxis und die Unterordnung unter die Regeln der Mehrheitsentscheidung. Der Bombenanschlag auf eine Bundeswehrereinheit sollte Aushängeschild sein: "daß die Bundeswehr mehr in den Mittelpunkt des Interesses rückt". Aber wenn es das Problem war, daß die Bundeswehr zu wenig im Mittelpunkt des Interesses stand, als wäre es das Problem, daß die Menschen nicht wahr-

nen, daß es in Ein-Jagallischen Krieg führt. Darauf muß man nicht nur Rückschlüsse ziehen. Das Problem ist, daß das Kriegsführen gestillt wird (insbesondere stillschweigend). Denn wiederum kommt man nicht mit solchen Anschlüssen bei.

Das Problem ist auch nicht, daß die Menschen in diesem Land nicht wissen, daß Zusammenstöße abgelehnt werden. Das Problem ist, daß sie es wissen und es billigen. Unbestritten soll sein, daß die erfolgreiche Sperrung wurde im Bau betrieblichen Abschlechtsens bei dem, was soziale Lage genannt wird, mehr als einen befriedigenden Sektor hervorgerufen hätte. Sind im Gesetz keine dies gemacht, aber schon die Befragung, dann wäre der Ausfall der Abschlechtsmaßnahmen "vom Staat stillgelegt".

gewogen" worden. Müht sich durch Polen nicht bestanden.

Läßt man alles Drumherum beiseite, reduziert sich die Erklärung der Gruppe für diese Art der Politik auf einen Begriff: "Konsequente militante Praxis kommt einer der Hefen des Kreislauf des Laufen von Gleichgewichtsverlust nach außen und Mundigkeit und Anpassung nach innen zu durchbrechen." Es ist ein alter Fehler, zu versuchen, durch schärfere noch radikale Praxis den Einflußverlust wettmachen zu können. Bei wem wird mit solchen Aktionen nach außen Gleichgewichten ge-



wenns möglich, können doch wohl nur die sein, die ihren Glauben in die radikale Linke verloren haben, weil sie (hier vor allem wohl die RAF oder die RZ) im militärischen/militarischen Sinn bei Naß steht. Wer sind diese Menschen, die nur auf ein solches Signal warten? Wieviel sind es und wie können sie, einmal "aufgeweckt" und "emigriert" zur Veränderung beitragen? Ohne dieses Drumbeim ausgedrückt bringt diese Erklärung keiner militärischen Praxis (ist für die Gemütslage der radikalen Linken ja). Daß dies so ist, darüber braucht eigentlich nicht gemurmelt werden (auch wenn dies wiederum einigt über den Stand dieser Linke auslegt, aber das allein kann wohl nicht ernsthaft Grundlage einer politischen Strategie sein.

In der Bedienung radikalen/autonomes Linken wird das Versagen der Gruppe KOMITEE vor allem darin dokumentiert, daß sie in der Organisation und Abwicklung ihrer Praxis dilettantisch vorgegangen ist und es der RAF durch die Verwendung eines Organisationsmanus für militärische Anschläge ermöglicht hat, eine Organisation nach § 129a zu konstituieren. Die Vorlegung durch die RAF im Umfeld der Verhaftungen verbot sich für irgendjemanden. Aber eben nur allgemein, wenn die Gruppe und die Beteiligten in ihrem Erkennen nicht selbst diesen betonen würden. Selbst hat in eine so falsche und halbwahre "Militärität" einer politischen Gruppe nach einem solchen Diskurs gegeben. Grundsätzlich wird im Beginn der Erklärung bekannt gegeben, daß Gruppe KOMITEE wurde die Konsequenz aus ihrem Scheitern der Selbstauflösung

vornehmen, um am Ende zu erklären, bis auf die dilettantische Ausführung sei alles bestens gelaufen, weshalb man sich freie, daß es für die aufgelöste Gruppe KOMITEE umgehend eine Nachfolgegruppe KOLLEKTIV gäbe. Vielleicht hätte es ja tatsächlich die Chance für die Verhafteten mit Einverständnis gegeben, mit der Aufklärung der Anklage nach § 129a zu entscheiden. Dann hätte man den Hut nicht ziehen, daß eine Gruppe die Chance findet, sich durch Selbstauflösung zum Gelingen der Sache zu machen, um damit anderen Menschen eine Chance auf Freiheit zu geben. Mit der Erklärung, einer anderen Namen weiter zu machen, ist diese Chance verfallen. Ist dies nun nur Füllwort einer "Mäntelchen" oder schäudernde Verantwortungslosigkeit gegenüber denjenigen, die jetzt für das Scheitern des An-



schlagen für Jahre in den Knast müssen? Es ist eine Sache, wenn Menschen durch Anschläge auf Gewalteinrichtungen zur Minimierung der Gewaltmöglichkeiten des Staates beitragen wollen. Darüber kann in jedem einzelnen Fall diskutiert werden. Eine andere ist jedoch, wenn dies mit dem Erweckungsgedanken verbunden wird. Dann kann an diese Aktionen auch nicht mehr nur der Grad der handwerklichen Fähigkeiten herabachtet werden, sondern sie müssen einer politischen Kontrolle ausgesetzt werden. Die Ansprüche waren ja auch nicht gerade bescheiden: "Wir waren uns darüber im Klaren, daß eine solche Ausschüttung hohe Verantwortung und Genauigkeit erfordert. Fehlschätzungen der politischen Lage, Ungenauigkeiten in der politischen Diskussion oder das Reproduzieren von überholten und falschen Politikansätzen usw. wären nicht nur auf uns sondern dadurch, daß wir Orientierung bieten sollten, evtl. auch auf die Linke im Allgemeinen zurückgefallen." Damit ist der Nagel auf den Kopf getroffen.

hc, Hamburg



Vorbemerkung: Die dramatische Entwicklung in Kurdistan seit Herbst 1998 konnte in diesem Text nicht mehr berücksichtigt werden. Die hier von uns benannten bzw. dokumentierten Sichtweisen haben aber dadurch nicht an Aktualität verloren, wie wir meinen.

Das K.O.M.I.T.E.E. hat mit seinen zwei Aktionen den Krieg in Kurdistan thematisiert. Zu diesem Krieg und seinen Auswirkungen in Kurdistan, Türkei und Deutschland gibt es zahlreiche Veröffentlichungen, weshalb wir uns darauf beschränken, neben den Erklärungen des K.O.M.I.T.E.E.s ein paar Lesetips zu geben. Uns interessiert hier mehr das Verhältnis der deutschen radikalen Linken zum kurdischen Befreiungskampf.

Das K.O.M.I.T.E.E. stellt dazu nur knapp in seiner (Auflösungs-) Erklärung vom 6.9.95 fest: "Wir empfinden das weitgehende Nichtverhalten der radikalen Linken hier als eine Bankrotterklärung. Vielschneits müßte als Begründung dafür die zum Teil berechtigte Kritik an der Politik der PKK herhalten. Kritik an der PKK stellt für uns aber keine Rechtfertigung für unsolidarisches Verhalten dar." Sinngemäß sehr ähnlich, wenn auch ausführlicher, äußerte sich übrigens die ROTE ZORA in ihrer Erklärung vom 24.7.95 (Anschlag auf die Lurßen-Werft).



ein Thema für liberale bzw. humanitär engagierte deutsche Linke ist. Karin Leukefeld schreibt zudem in ihrem Buch "Solange noch ein Weg ist..." (S.294) zutreffend: "Von den vielen kleinen Soligruppen, Organisationen und Informationsbüros aber, die heute 'zu Kurdistan' (...) arbeiten, dringt nur selten eine Stimme an die Öffentlichkeit. (...)

Wenn wir alle Leute zusammenzählen, die heute in Deutschland aktiv mit Kurden und Kurdinnen und zur Lage in Kurdistan arbeiten, wir kamen bestimmt auf einige Tausende. Doch selten hat es bei der Soli-

daritätsbewegung in Deutschland eine derart große Zersplitterung gegeben. Von Einheit in der Vielfalt keine Spur: Jede Gruppe, jede Initiative sucht ihre politische Klientel aus, mit der sie politisch zusammenarbeiten will. Jenseits diesen Kontakts scheint es nichts anderes zu geben."

Die Solidaritätsbewegung ist also nicht nur zahlenmäßig schwach, sondern hat darüberhinaus wenig Ausstrahlung und ist nicht sehr effektiv.

Der Frage nachspurend, woran das wohl liegen könnte, sind wir auf einige Ideen gekommen - manche vielleicht auf der Hand liegend und nicht neu, andere dafür möglicherweise etwas ketzzerisch -, die wir im folgenden teils selbst formuliert, teils in Zitaten vorstellen.

Kulturelle Klüfte oder Multikulti?

Seit nunmehr dreißig Jahren leben in deut-

Von Köpenick nach Kurdistan

Es ist tatsächlich auffällig: Kurdistan ist kaum weiter entfernt von hier als Portugal. Hunderttausende kurdischer Migrantinnen leben in Deutschland; der deutsche Staat unterstützt massiv die türkische Armee, gibt der türkischen Regierung politische Rückendeckung und verfolgt politisch aktive Kurdinnen hierzulande mit aller rassistischen Härte... zu erwarten wäre da eigentlich, daß "Kurdistan" das alles beherrschende Thema internationalistischer Politik der radikalen Linken ist. Dennoch scheint es manchmal, als ob Chiapas im fernen Mexiko uns näher liege, und offenbar sieht es so aus, als ob "Kurdistan" mehr

schen Großstädten oppositionelle deutsche Subkultur-Szene und türkische wie kurdische Menschen auf engem Raum nebeneinander, ohne sich zu berühren. Die (wohlwollende) Distanz zu unseren Kiez-Nachbarn und -Nachbarinnen demonstrierten wir Linksradikalen 1981 im Mitsingen eines Liedtextes: Wir sind die Türken von morgen, sprich: wir sind uns im klaren darüber, daß diese in Deutschland von Staat und Gesellschaft mies behandelt werden, das betrifft uns aber nur insoweit, als wir Angst haben, uns könnte dasselbe passieren.

Erst seit Anfang der 90er Jahre gibt es sichtbare Berührung-

gen und Vermischungen mit der "dritten Generation" der MigrantInnen, nicht zuletzt deshalb, weil diese Generation sich nicht mehr wie viele ihrer Eltern als "Gastarbeiter" versteht und daher ein existenzielles Interesse daran hat, einen (auch von deutschen radikalen Linken) akzeptierten Platz in der hiesigen Gesellschaft zu finden.

Hier zeigt sich der Unterschied zwischen den großen Worten von der 'internationalen Solidarität' und dem praktischen alltäglichen Zusammenleben mit Menschen aus anderen Kulturen. Lateinamerikanische Linke, die als politische Flüchtlinge oder VertreterInnen revolutionärer Organisationen hierher kamen, hatten meist einen ähnlichen sozialen (AkademikerInnen) und kulturellen (christlich-europäischen) Hintergrund wie ihre deutschen GenossInnen und konnten zudem auf eine gewisse Tradition linker Revolutionsmythen in Bezug auf spanischsprachige Kulturen aufbauen (von B.Traven über den spanischen Bürgerkrieg bis zu Che Guevara). Da lassen sich leichter Gemeinsamkeiten herstellen als mit mehrheitlich nichtstädtischen Menschen aus Kurdistan, Ghana oder Vietnam, die vor Krieg und/oder Armut geflohen sind. Ist es nicht ein bequemer Luxus der deutschen Linksradikalen, sich immer wieder ethnische Lieblingsgruppen auszusuchen, mit denen sie sich enger verbunden fühlen als mit denen, die ihnen im Alltag am nächsten stehen? Wenn sie dann bemerken, wie sehr sie selbst von der eigenen ethnischen bzw. kulturellen Zugehörigkeit beeinflusst sind - was nicht automatisch gleich Rassismus bedeutet -, folgt meist betretenes Schweigen und Ausweichen der Problematik durch Nichtverhalten und Distanz.

Solidaritätsbewegungen gestern und heute

Solidarität mit Befreiungskämpfern in anderen Ländern ist in Deutschland seit jeher in einem Spannungsfeld zwischen drei Eckpunkten angewurzelt. Zum einen gibt es die Solidarität derer, die sich mit den Zielen und Formen der jeweiligen Kämpfe bedingungslos einverstanden erklären. Zweitens gibt es die materialistische Solidarität, die eigene politische Interessen zurückstellt und die Blatierung der Ziele und Formen des Kampfes zur alleinigen Sache der Kämpfenden vor Ort erklärt. Drittens gibt es kritische Solidarität, die eine produktive Debatte zwischen Soli-Bewegung und Kämpfenden anbietet. Die kritische Solidarität hat dabei innerhalb der radikalen Linken erst nach und nach an Gewicht gewonnen.

In früheren Jahren waren die Soli-Bewegungen eher kommunistisch dominiert. Fragen wie die nach dem Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie gegen die Kolonialmächte, dem Ausspielen der "nationalen Karte" zur

patronischen

Mobilisierung der Massen

für die Befreiungsbewegung oder auch der Berücksichtigung anderer Fronten (etwa der Geschlechter) waren deshalb lediglich taktischer Art. Es ging dabei nur darum, was beim Kampf um die Macht der Partei nutzt, die ja bestimmender Kern der Befreiungsbewegung war und bleiben sollte. Der politische

Spielraum der Befreiungsbewegungen und damit auch der Soli-AktivistInnen schien weitgehend auf die Wahlmöglichkeit zwischen dem 'Modell Sowjetunion' (z.B. Vietnam, Cuba, Angola) und dem 'Modell China' (z.B. Kambodscha, Indonesien) beschränkt, oder aber das vorrangige Ziel war Befreiung von bzw. Widerstand gegen ein Regime (z.B. Chile, Palästina, Portugal, Griechenland, Spanien).

Die Soli-Bewegungen seit Ende der 70er Jahre, vor allem was Lateinamerika angeht, wurden von "undogmatischen" Linken dominiert, die zunehmend in Konflikt kamen mit taktischen, machtpolitisch bestimmten Antworten auf die Fragen des alltäglichen Kampfes. Es gelang oft genug, dieses Unbehagen auszuklammern und durch Mythen und Schönreden zu beschwichtigen, oder - freundlicher ausgedrückt - es wurde ein pragmatischer Weg gefunden zwischen den drängenden kritischen Fragen und der blinden Solidarität. Das ist im Falle der PKK nicht einfach, denn mit ihr kamen alle schwierigen Fragestellungen einer Befreiungsbewegung und der Solidarität mit ihr unübersehbar auf den Tisch, und das nicht irgendwo jenseits des Ozeans, sondern in Deutschland selbst. Die PKK hatte in den 80er Jahren schlichter alles zu bieten, was undogmatische bzw. autonome Linke fürchten: Führerkult, Kaderpartei, "demokratischen Zentralismus", Fraktionsverbot und entsprechenden Umgang mit interner Opposition, Ignoranz gegenüber Kritik von außen, Führungsanspruch gegenüber anderen Organisationen (der gewaltsam durchgesetzt wurde), taktischer Umgang mit UnterstützerInnen... und auch die oben erwähnten Fragen, wie etwa die nach dem Nationalstaat, schien sie wie geliebte Machtpolitik zu beantworten.

Deutsche Linke kamen zu Beginn der 80er die türkische Linke (ohne noch deren 'kurdische Seite' wahrzunehmen) als ein Sammellager vieler maler kommunistischer Organisationen, die tödlich verfeindet waren und dabei alle Spaltungen und Kämpfe der frühen 70er Jahre in Deutschland in den Schanzen antraten. Die PKK schien unerschrocken mitzuziehen in die Traktatkämpfe, von denen viele hier die Schraube voll hatten. Die PKK ihrerseits hatte andere Sorgen als sich damit zu kümmern, was ein paar deutsche Linksradikale von ihr hatten. So galt es auf der einen wie

auf der anderen Seite wenig Interesse an einem produktiven Austausch, und die Solidarisierung mit der PKK fiel in der Folgezeit denen am leichtesten, die sich selbst kommunistisch orientierten.

Ein Vertreter der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistan, überparteilich,

aber von der PKK kontrolliert) wird von Karin

Leutefeld mit dem Satz

zitiert: "man muß die PKK ja

nicht lieben. Kritik ist sogar

notig. Doch ohne Embeziehung der

PKK wird es keine Lösung für Kurdistan geben." Das genügt allemal aus

Sicht der PKK, aber für klare Verhältnisse in der deutschen Soli-Bewegung ge-



nügt es offenbar nicht. Sie hat viele einfache Antworten und Weltbilder der letzten dreißig Jahre abgelegt, aber oft anstatt neuer Antworten einfach gar keine Antworten zu bieten, oder zu viele verschiedene, um noch handlungsfähig zu sein. Was bei vielen geblieben ist, ist ein Mißtrauen der PKK gegenüber, genährt aus den ernüchternden Erfahrungen von Vietnam bis El Salvador.

Und eine letzte Frage dazu: Hat das Ausmaß des solidarischen Einsatzes am Ende auch etwas damit zu tun, welche Aussicht auf Erfolg einer Befreiungsbewegung zugebilligt wird? Waren Indochina und Lateinamerika angesagt, weil die Befreiungskämpfe stark waren und das angenehme Gefühl versprachen, auf der siegreichen revolutionären Seite zu stehen, während das im Falle Kurdistan eher ungewiss zu sein scheint?

Stärke der Bewegung

Ein dritter Gesichtspunkt schließlich ist, daß starke internationalistische Bewegungen zusammenfielen mit allgemeinen Hochphasen der linksradikalen Bewegung - 1968-72 war es v.a. Vietnam, 1979-83 Nicaragua/El Salvador, die (auch) ein gutes Projektionsfeld abgaben für revolutionäre Träume der metropolitani Bewegungen. In den neunziger Jahren ist ein solches Bewegungshoch leider bisher nicht auszumachen. Im Gegenteil, die weltweiten Siege des westlichen Herrschaftssystems haben Hoffnung und Vorstellungskraft der Linken, was Befreiungskämpfe angeht, weit in die Defensive gedrängt.

In den Jahren 1994-1996 gab es immerhin lebhafte Diskussionen in der deutschen radikalen Linken zum Thema 'Kurdistan', doch seitdem ist kaum noch etwas zu vernehmen. Im Gegenteil, das Interesse scheint nachgelassen zu haben, abgesehen von vereinzelter Teilnahme an kurdischen Demos und der oben nach Karin Leukefeld zitierten Kleinarbeit im Soli-Bereich regt sich nicht viel, auch nicht bei militanten Gruppen - vielleicht auch aufgrund der Fixierung auf eigene Probleme wie etwa die Repressions schläge der letzten Jahre gegen linksradikale Strukturen. Zuschlechtert ist der kurdische Befreiungskampf und alle, die sich mit ihm solidarisierten, in Deutschland Angriffen ausgesetzt, die es in dieser Form gegen keine andere Solidaritätsbewegung gab. Der deutsche Staat ist hier viel unmittelbarer beteiligt und in seinen eigenen Interessen berührt als in den früheren Vergleichsfällen, wo es um weit entfernte Kämpfe zwischen US-Interessen und Befreiungsbewegungen ging, und entsprechend deutlich ist seine Reaktion. Wer könnte sich wohl vorstellen, daß irgendwo legal ein Konto "Waffen für Kurdistan" eingerichtet würde, wie es das zu Beginn der 80er Jahre für El Salvadors FMLN gab?

Während also bei radikalen deutschen Linken insgesamt Mut und Entschlossenheit über die Jahre eher nachgelassen haben, müßten sie eigentlich im Falle Kurdistan mehr davon aufbringen als früher - die Schere klafft weit auseinander...

All diese Überlegungen könnten Anhaltspunkte für die unterentwickelte Solidarität der deutschen Linken mit dem Kampf in Kurdistan bieten, ohne damit Untätigkeit zu rechtfertigen. Denen, die sich damit nicht abfinden wollen,

schlägt so oft Gleichgültigkeit entgegen, daß sie schon aus Sein sein müßten, wenn sie darüber nicht verbittert würden. Dennoch ist es wohl realistisch, davon auszugehen, daß eine starke Solidaritätsbewegung nur aus einer selbstbewußteren, gestärkten Linken hervorgehen kann. Dann würde sich weniger mit der politischen Distanz zur PKK beschäftigt und mehr mit den oft genug benannten Strukturen, Interessen und Personen in Deutschland, die für den Krieg des türkischen Staates gegen nahezu alle Kurdlinnen mitverantwortlich sind.



Hoch die internationale Solidaritätsbewegung...?

Zitate aus Texten zum Verhältnis der deutschen radikalen Linken zu Kurdistan

Der kurdische Befreiungskampf und die Linke in der BRD (von Jörg Hilbert, in: Kurdistan Report Nr.69, Juli 1994, S.29):

"Flüchtlinge sind auch handelnde und kämpfende Menschen. Subjekt im Kampf gegen den imperialistischen Staatssystem. Das haben die kurdischen MigrantInnen in Europa oft genug bewiesen. Doch in das Bild vom 'armen Flüchtling' passen keine Menschen, die kämpfen und das nicht nur von eigenen führenden Kraft, von bei vielen Anhängern auf besondere Magneten stützt – an der Spitze. Hier zu sein denken und persönliche politische Auseinandersetzung nötig, um eine wirkungsvolle Solidaritätsarbeit aufbauen zu können.

(Die alte Stellvertretermentalität muß aufgegeben werden, die MigrantInnen instrumentalisiert (das Ziel selbst). (...) Es muß deutlich werden, daß die Nationale Befreiungsbewegung Kurdistan in der BRD eine eigene politische Größe darstellt, die im übrigen übertrifft Menschen unabhängig als die gesamte deutsche Linke zusammen, mit der es sich auseinandersetzen gilt. (...) Hier wird keine blinde Solidarität gefordert, die jegliche kritische Auseinandersetzung mit den politischen Zielen der PKK verhindert. (...) Doch eine kritische Auseinandersetzung kann erst anfangen, wenn eine gewisse Kenntnis über die zu kritisierenden erlangt wurde. (...) Doch es bleibt vielen Teilen der Kurdistan-Solidaritätsbewegung gescheitert, daß die Linke in der BRD über die wirklichen Ziele des kurdischen Befreiungskampfes unterinformiert ist."

"Die Autonome Linke ist zur Zeit nicht dazu in der Lage, wirklich entscheidende Kämpfe für die Rechte der kurdischen Völker zu führen. Allein schon deshalb muß sie akzeptieren,



daß sich die kurdische Befreiungsbewegung den Luxus des Linkradikalismus, nach den Autobahnblockaden von vielen Autonomen herbeigeholt, nicht leisten kann. Die militante Initiative muß die Linke hier schon selber streifen. In Kurdistan geht es um mehr als um die Kompensationsfähigkeit der deutschen Linken, nämlich darum, den Völkermord zu beenden – konsequent und nach der Bündnispartnern, die für den Klassenkampf zu der BRD nicht bereit sind, abzuwählen. Paradoxie!

Radikal 151, Dezember 1994, S.9:

„Gerade eine (Autonome) Linke, die sich anscheinend begnügt auf den Kampf von ImmigrantInnen, ist für jede Organisation von ImmigrantInnen, die hier an offensiven ihre Interessen auf die Straße trägt, alles im Regen stehen. Ihr Glück, daß es um nicht nötig haben...

Es trägt einen Hauch von Rassismus in sich, wenn jener exotische Guerilla-Mythos des euphorischen Kampfes im lateinamerikanischen Dschungel plötzlich in der Alltäglichkeit der kurdischen Nachbarn auf dem harten Boden des Realen landet.“

„Den einzig gangbaren Weg sehen wir im Moment darin, die kurdischen GenossInnen in ihrem nationalistischen Konzept radikal zu kritisieren, ohne uns einfach abzuwenden. Vielleicht kann eine solche Diskussion denjenigen Kräften innerhalb der kurdischen Organisationen den Rücken stärken, die selber Probleme mit der patriarchalen Ausrichtung haben. Ob sich ausschließlich nationalistische Strömungen durchsetzen, ist auch eine Frage des Kräfteverhältnisses.“

Eine linke Kritik, die sich allerdings zur Bestätigung der aufrechten internationalen Haltung damit aufstellen gibt, den völkischen Charakter der PKK hervorzuheben, um sich daraufhin selbstgenügsam urteilend wieder zurückziehen, verabschiedet sich von einem Stück internationaler Solidarität. Solange die Linke keine politischen und sozialen Alternativen zum 'Befreiungsnationalismus' aufzeigen kann, wirkt eine solche Haltung zynisch angesichts der Lebensbedingungen der Menschen in Kurdistan.“

Rote Zora 24.7.95:

„Es ist uns ein Anliegen, die Passivität vieler Frauen- und linker Zusammenhänge gegenüber dem kurdischen Widerstand und der massiven Repression an den hier Zuflucht suchenden und den Widerstand unvermeidenden KurdInnen aufzubrechen. Dieses Nicht-Verstehen wird sehr mit Kritik an der Politik der PKK begünstigt. Mit der PKK kann man sich nicht identifizieren – wie auch nicht – und leider wird



Solidarität meistens von dieser Frage abhängig gemacht. Wir wollen hier über politische Solidarität diskutieren, die sich nicht länger an der Identifikation mit Befreiungsbewegungen oder der Diskriminierung von ihnen misst.

Über Identifikationen werden eigene Wünsche projiziert, sie verzerren den Blick auf die realen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Sie sind keine tragfähige Basis für Solidarität. Im Gegenteil, sobald eine andere Realität hinter der Projektion sichtbar wird, ist es meistens Schluß mit der Soli.

Den Frauen in Kurdistan, die aus guten Gründen inner- oder außerhalb der PKK gegen ihre Unterdrücker und für umfassende Befreiung kämpfen, und vor allem vom türkischen Regime im Verein mit seinen imperialistischen BRD-Auflärtern unterdrückt und bekämpften Menschen gehört unsere ungeteilte Solidarität.

Als in der BRD lebende Menschen müssen wir Verantwortung übernehmen und eingreifen, wenn wir den von hier massiv unterstützten und mitgeführten Krieg gegen die kurdischen Menschen nicht mützig wollen.

Der Versuch, den Krieg in seinen gegen die Bevölkerung und gegen die Frauen gerichteten Dimensionen zu beschreiben, soll den auf die militärische Konfrontation zwischen PKK

und türkischem Staat reduzierten Blick, der von herrschender Seite und den Medien wie auch von der PKK vorgegeben wird, aufbrechen.“

„Die von der Gesellschaft getrennten Guerillastrukturen mit dem Schwerpunkt militärischer Gegenmacht gegen die kurdische Armee machen eine Guerillainformation nötig, die sich ausschließlich gegen die Fremdherrschaft richtet und infolgedessen ihre militärischen Angriffe nur gegen die imperialistischen und polizeilichen Besatzungsorgane ausführt. Damit wird die Bildung einer Guerilla verhindert, die sich an den sozialen, gegen Ausbeutung und patriarchale und sexistische Unterdrückung gerichteten Befreiungsbewegungen orientieren könnte.“

Auch wenn für viele Frauen in Kurdistan die Bildung einer eigenen Frauenarmee innerhalb der PKK als notwendiger und zu begrüßender Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung gesehen wird, ist das für uns keine Orientierung. Auch die Beteiligung oder eigene Frauenorganisation ändert nichts daran, die militärische und von den sozialen Kämpfen losgelöste Formierung bleibt einer der Stützpfeiler und Erneuerer des Patriarchats. Wir wollen den Mythos von der revolutionären Qualität des 'bewaffneten Kampfes' per se hier nicht unterstützen. Denn der 'bewaffnete Kampf' führt nicht durch seine militärische Ausrichtung und Bewaffnung zur Befreiung, sondern nur durch seine Verbindung mit den sozialen und gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung gerichteten Kämpfen.

Unsere Solidarität gilt v.a. den Frauen, die nicht bereit sind, in den Kämpfen ihre Forderungen nach einer befreiten Gesellschaft ohne Frauenunterdrückung und ohne Ausbeutung den national-ethnizierenden Parolen zu opfern.“

„Solidarnetze gibt es bisher nur in den Strukturen der MigrantInnen selbst. Nicht im 'Austausch', sondern im praktisch-solidarischen Verhalten werden sich unsere Kontakte zu KurdInnen entwickeln und können Fäden zu diesen Netzen gesponnen und verknüpft werden.“

Der Krieg in Kurdistan hat zu einer Verschärfung nationalistischer Abgrenzungen der Menschen verschiedener Herkunft in der Türkei und auch hier

beitragen. Im Zusammenkommen von kurdischen, türkischen und deutschen Frauen müssen wir darum kämpfen, diese Barrieren zu überwinden.

Ansätze für kritische praktische Solidarität können wir in den verschiedensten Formen von öffentlichen und subversiven Protest- und Aktionsformen umsetzen:

- für das Bleiberecht für ALLE: Aktionen zur Behinderung der staatlichen rassistischen Politik, gegen Abschiebungen und Abschiebekonten; dafür Verantwortliche aus dem Schutz ihrer Anonymität stellen.

- darauf sich betriebsnahe Firmen angreifen.

- Aktionen gegen Rassisten, Faschisten, Sexisten und Ausbeuter illegalisierter Billigsarbeit in der Bevölkerung (auch Frauen!).

- Solidarisieren gegen das Verbot der PKK und kurdischer Vereine. Praktisch alle Solidarität der KurdInnen sind von der Zerschlagung durch die bundesdeutsche Repression zusammen mit dem Passverbot betroffen. Für die ungehinderte und selbstbestimmte Organisation der MigrantInnen.

- Tourismus in eine moderne Formkurdischer Ausbeutung. Die Tourismusindustrie wirkt auch dieses Jahr wieder besonders für das 'Reiseland Türkei 95'. Aktionen zur Forderung 'Kein Tourismus in die Türkei' verbinden wir jedoch mit dem Ziel, die dicken Geschäfte der BRD-Konzerne zu behindern und nicht kleine türkische Reisebüros anzugehen. Das Schweigen der PKK zu den gegen türkische MigrantInnen gerichteten Aktionen in diesem Frühjahr begünstigt die weitrassistische und nationalrassistische Formierung in der BRD-Gesellschaft, insbesondere zwischen KurdInnen und TurkInnen. Das steht unseren Zielsetzungen grundsätzlich entgegen.

- die ökonomische und politische Zusammenarbeit zwischen BRD und Türkei behindern, von öffentlichem Protest bis zu Aktionen, die Firmen und PolitikerInnen für ihre blutigen Geschäfte zur Verantwortung ziehen.

Frauen zur ROTE ZORA Erklärung (radf 154, Juni 1996, S.42):

'1993 kündigten die Frauen der Roten Zora eine Veränderung ihrer politischen Orientierung und Bezugnahme an. In deren Mittelpunkt stehen

die die Situation von Frauen weltweit und deren unterschiedlichste Kämpfe. Unser primäres Interesse gilt den Frauen, deren Kämpfe, ihren Interessen, auch innerhalb der Befreiungsbewegungen', heißt es in ihrem Grundbesatzpunkt.

Darin machen die Zoras eine Veränderung zu ihrem früheren internationalistischen Selbstverständnis fest, die von einem starken Legalitätsverhältnis zu bewaffnet kämpfenden antikapitalistischen Gruppen und um eine Fokussierung der Befreiungsbewegungen gekennzeichnet war.



Die Bedeutung der Politik dieser Befreiungsbewegungen für emanzipatorische Kämpfe von Frauen - innerhalb oder außerhalb dieser Bewegungen - erscheint den Zoras gerade aus feministischer Sicht zu unentscheidend, als daß es dazu wünschenswert wäre, sich mit dem Verhältnis auseinanderzusetzen. Zu nicht beschreiben in die Begrenzung tadelloser Frauen und Liebes gegenseitig bewaffnet kämpfenden Gruppen und Bewegungen um Taktik als Migration der Eigenen - unersättlich - Wünsche nach radikalen Befreiungskämpfen. Sich selbst nehmen sie davon nichts an.

Diese Kritik an der Metropolenlinken der 70er und 80er Jahre ist inhaltlich zureichend, und zwar gleichermaßen für linke radikale Männer und Frauen. Seit einiger Zeit, spätestens seit dem Zusammenbruch des Ostblocks, werden solche Mythenfragungen auf verschärfte Weise thematisiert, was eine für eine grundsätzlich positive Entwicklung linker Geschichtsaufarbeitung und Theoriebildung haben.

Die Rote Zora-Frauen bleiben jedoch nicht stehen bei den Entwürfen, die die bisherigen Befreiungsbewegun-

gen und nationalen Revolutionen (nicht nur) aus feministischer Sicht hervorgehoben haben. Im Gegenteil beruht die Linien-Erklärung weitgehend auf ein differenziertes, solidarisches und gleichzeitig kritisches Verhältnis zum kurdischen Befreiungskampf. Damit befinden sich die Frauen im klaren Gegensatz zu den meisten Metropolenlinken, die nicht wegen ihres unklaren oder ablehnenden Verhältnisses zur PKK an diesem gar nicht zum Krieg gegen die KurdInnen und auch nicht zu der Verfolgung kurdischer MigrantInnen in der Metropole verhalten wollen.

Die Subjektivität der deutschen Kriegerorientierung ist auf jeden Fall richtig, auch wenn die Zoras (wie ebenfalls) nicht berechtigte Zweifel daran haben, was die PKK irgendwann einmal an tatsächlicher Befreiung (insbesondere der Frauen) in einem unabhängigen kurdischen Staat auslösen würde.

Die Zoras haben in ihrer Broschüre 'Mili + Tani' zunächst das von Mythenbildung und Projektionen geprägte Verhältnis zu transnationalen antikapitalistischen Befreiungskämpfen aufgegeben. Jetzt scheint es uns so, als würden sie dieses Verhältnis durch die Hinwendung wieder herbeiziehen und es auf die 'weltweiten Frauenkämpfe' als deren neu ausgemerkten Bezugspunkt übertragen.

Die Bezugnahme auf Frauenkämpfe finden wir richtig. Wir kritisieren lediglich ihre Verklärung und Überbewertung. Warum brauchen wir schon wieder neue Projektionsflächen?

Diese Frage beantwortet die Zoras gewissermaßen selbst in 'Mili + Tani': 'Nur auf uns gestellt, müssen wir darum werben, welche gesellschaftliche Kraft hier eine neue aufstehende Basis und keine Zusammenarbeit für unseren Kampf abgeben könnte. Denn nur eine solche Sicherheit, getragen zu werden mit den gleichen Hoffnungen und Kämpfen anderer, kann langfristig den Mut zum Widerstand lebendig halten.'

Angst schützt vor Verfolgung nicht (ZAG - antirassistische Zeitschrift, Juli 95)

Vor sieben Monaten versuchte die Gruppe 'K.O.M.I.T.E.E.' mittels mehrerer selbstgebasteter Sprengsätze das im Bau befindliche neue Abschiebegefängnis in Berlin-Grünau in die Luft zu sprengen. Der Anschlag schlug



feld. Zu den Einzelheiten verweisen wir auf die Erklärung des 'K.O.M.I.T.E.E.' hierzu.

Die öffentliche Reaktion der zum Komplex 'Abschiebung' arbeitenden Gruppen, der antifaschistischen und antirassistischen Gruppen und Initiativen, sowie der Linken in diesem Land insgesamt hierzu war eher dürrig. Wir wollen mit diesem Artikel erreichen, daß die zu diesem Thema arbeitenden Gruppen Stellung beziehen bzw. zumindest öffentlich darüber sprechen, in welcher Form der Widerstand gegen die staatliche Abschiebungspraxis geführt werden soll.

Die Überlegung dazu ist, daß es hierbei wenig weiterhelfen wird, die in der Zeit nach dem versuchten Anschlag erfolgten Repressionsmaßnahmen seitens der Bundesanwaltschaft gebetsmühlenartig zu beklagen und die Ge-

meinheiten dieses Staates zu belämmern. Etwas anderes war ebenfalls nicht zu erwarten. Solidarisch zu dokumentieren heißt vielmehr sich insbesondere mit dem Anlaß der Aktion auseinanderzusetzen.

Aus internen Diskussionen ist bekannt, daß es innerhalb der Linken große Vorbehalte gegen diese Art von Widerstand gibt. Die Argumente reichen von 'Die Zeit für solche Anschläge ist vorbei' über 'Das bringt uns politisch nicht weiter bzw. im Milieu' bis hin zu 'Damit wird verhindert, daß die Verhältnisse im Abschiebeknast, wie sie derzeit in der Knastpraxis bestehen, verbessert werden'. Dazwischen gibt es natürlich auch die 'kleinheimliche Freude' (die allerdings höchstens verhängt am WG-Führerstudium, also nicht-öffentlich geäußert wird und die Sorge darüber, daß

diejenigen, denen eine Beteiligung an dem Anschlag vorgeworfen wird, möglichst nicht erwacht werden. Die beiden letztgenannten Positionen sind allerdings schon seltener zu finden.

Vor 20 Jahren war dies noch anders. Anfang der 70er Jahre gab es innerhalb der Linken vor allen Dingen keine Scheu, auch öffentlich über diese Art von Widerstand gegen eine als falsch erkannte staatliche Politik zu diskutieren.

Die zentralen Fragen heißen also:

1. Warum haben viele mit dieser Art von Widerstand gegen die Abschiebungspolitik dieses Staates Schwierigkeiten?

2. Warum gibt es keine öffentliche Diskussion hierüber?

Die Beantwortung der ersten Frage hängt - so scheint es - eng mit der zweiten zusammen. Im Prinzip gibt es wenig dagegen einzuwenden, einen Krawall auszulösen, einen Krawall in die Luft zu jagen. Zum einen erfolgte die Aktion - anders als manche in den 70er Jahren - nicht losgelöst von den derzeit geführten Diskussionen. Seit der Wende ist das Engagement vieler in Antifa- und Antirassismusgruppen stetig größer geworden. Die Aktion kommt daher sozusagen aus der Mitte der derzeit wohl stärksten Bewegungen innerhalb der Linken. Der Gruppe ist von daher nicht vorzuerwerfen, daß ihre Aktion völlig abgehoben von der derzeit stattfindenden gesellschaftlichen Diskussion durchgeführt bzw. versucht wurde. Nach der Erklärung des 'K.O.M.I.T.E.E.' war außerdem die Gefährdung von Menschenleben ausgeschlossen. Es bleibt der Versuch, eine Baustelle in die Luft zu sprengen. Die Gruppe behauptet selbst nicht, mit der Aktion die Revolution einflechten zu wollen, sondern die staatliche Abschiebungspolitik behindern zu wollen. Wenn also selbst diese Aktion nicht dazu führt, daß sich militante und nichtmilitante Linke über deren Zulässigkeit verständigen können, an welchem Punkt sollten sich beide Gruppen dann treffen?

Es ist festzustellen, daß es bereits Gruppen gibt, die sich längst außerhalb der bestehenden Gesetze ihre Handlungsmöglichkeiten zurückgeholt bzw. aufgebaut haben. Wenn Kirchengemeinden damit anfangen, Flüchtlinge, die abgeschoben werden sollen, zu verne-

cken bzw. dem Zugriff der Staatsmacht entziehen, so haben sie sich bereits in die Illegalität begeben. Die zentrale Frage, die sich jeder stellen muß, ist doch, wo der Konsens über den Umgang mit der staatlichen Flüchtlingspolitik liegt. Welche Formen von Protest und/oder Widerstand sollen erlaubt sein? Es liegt auf der Hand, daß der Staat jederzeit über die Möglichkeiten verfügt, Flüchtlinge abzuschieben. Auf der politischen Ebene ist es zudem nicht gelungen, die Änderung des Asylrechts und die damit einhergehende Flüchtlingspolitik zu verhindern. Wir müssen uns daher zwangsläufig die Frage stellen, wie Abschiebungen in Zukunft unmöglich gemacht werden können. Die Möglichkeiten des verbalen Protestes hingegen sind weitgehend ausgeschöpft, weil sich der Staat hierdurch kaum beeindrucken läßt. Darüberhinaus zeigt gerade das Beispiel der im August abgeschobenen Sudanesisen, daß auch auf der parlamentarischen Ebene die Möglichkeiten der Verhinderung von Abschiebungen nicht bestehen. Der Verzicht der GRÜNEN auf die aktuelle Stunde hat diesem Staat in feindlicher Weise propagandistisch in die Hände gearbeitet. Bleibt das zweifelhafte – weil individualistische – Weg des juristischen Geplänkels, der zwar einzelnen Flüchtlingen weiterhilft, aber keine politische Lösung des gesamten Problems beinhaltet. Flüchtlinge sind Menschen, die es aus den unterschiedlichsten Gründen zugezogen haben, ihre Heimat zu verlassen und deren einziges Verbleibens-dort besteht sich ohne verlässliche Aufenthaltsgewährung in der BRD aufzuhalten. Sie haben in einem Gefängnis nichts zu suchen, denn Haft bedeutet Stigmatisierung. Es geht also nicht um salomonen Käse mit mehr Tuchschneidplanen, sondern um die Abschaffung derselben. Damit keine Mißverständnisse entstehen: Ziel eines Artikels ist nicht, Beifall für die Aktion einzufordern, sondern die gegenseitige Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf die staatliche Flüchtlingspolitik in der ganzen Bandbreite zu diskutieren. Zur zweiten Frage: Vor ca. 20 Jahren hat der Staat dann begonnen, uns mittels der Kerle des §§ 129 und 129a bestimmte Formen der Diskussion aufzuzwingen. Waren militante Aktionen

bereits immer strafbar, so ist es seitdem auch die öffentliche Diskussion hierüber, weil jeder/s schnell in den Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung geraten kann, wenn er/sie Verständnis für militante Aktionen äußert. Öffentliche Diskussionen über diese Themen sind deshalb angestrichelt. Außerdem ist der Bezug von uns untereinander auf Aktionen anderer zur Zeit nur sehr schwach ausgeprägt. Die gegenwärtige Welle der Repression, insbesondere gegen die radikale, soll noch einmal klarmachen, daß der Staat bestimmte Diskussionen über die gegenwärtige Politik zu kriminalisieren gedenkt. Dies hat insbesondere einen vernünftigen Grund: Die BRD als mittlerweile entgrenzter Waffenspotenz der Welt schickt sich an, Interventionen in der sog. »Dritten Welt« auch militärisch zu verteidigen, denn es liegt auf der Hand, daß die Unterwerfung der Türkei gegen kurdische Rebellen und die Entsendung von Tornado Kampfflugzeugen nach Bosnien um der Anlang und. Dies wird zwangsläufig mit einer zunehmenden Repression nach innen einhergehen. Bereits im Vorfeld sollen die ängstlichen Kritiker mundtot gemacht werden. Deswegen ist es wichtig, sich dem entgegenzustellen, indem öffentlich zu der Politik der BRD – und damit auch zu den militanten Aktionen – Stellung bezogen wird. Es kann nicht angehen, daß wir uns von einer kleinen Bande korrupter Partei-funktionäre und drockkluger Politi-

ker vorschreiben lassen, worüber wir wie diskutieren und ob wir bestimmte Politikformen wie z.B. militante Aktionen gut oder schlecht finden.

Der Grad der Kriminalisierung und Repression zeigt, daß auch Unbeteiligte – z.B. weil sie die »falschen« Menschen kennen, weil sie ihr Auto an diesen oder jenen verkauft haben oder sich zur falschen Zeit am falschen Ort aufgehalten haben – mittels Rasterfahndung in den Verdacht geraten können, mit dieser oder jener Aktion irgendwas zu tun zu haben. Völlig normale Dinge und plötzlich mutande, einen Verdacht zu erregen. Die Angst, sich öffentlich zu äußern und sich damit staatlicher Repression auszusetzen, schützt offenbar nicht vor Verfolgung. Nur dann, wenn viele Menschen sich diesem staatlichen Diskussionsverbot entgegenstellen und Stellung beziehen, werden diese staatlichen Maßnahmen ins Leere laufen.

Dies sei hiermit eingefordert.
xy. ungelov



Ein PKK-Kämpfer sucht den Rastflüchtigen der deutschen internationalistischen Linken ...

Wie diese Broschüre zu lesen ist!

«Da dir dieses Papier so wichtig zu sein scheint, obwohl du seinen Inhalt bereits kennst, darf er mir erlauben, es zuvor einmal genau zu betrachten.»

Mein Verdacht hatte sich noch mehr gefestigt. Ansatz bedürftig zu werden, war er bereits zu einer bestimmten Vermutung geworden. Ich hielt das Papier mit seiner Fläche senkrecht zwischen das Auge und die Sonne; ich konnte nichts Auffälliges bemerken. Ich befühlte und besah es, aber ohne Erfolg. Jetzt hielt ich es waagrecht an, daß ich die daraufstehenden Sonnenstrahlen nur dem Auge auffinge, und da endlich versagte ich mir nichts, allerdings nur einem scharfen Blick bemerkbare Stellen, die zwar mit der Farbe des Papiers teilweise verschwammen, aber dennoch die Gesetze von Schriftzeichen zu haben schienen.

«Du wirst das Papier nicht bekommen!» sagte ich zum Kundschafter.

«Warum nicht?»

«Weil es eine geheime Schrift enthält, die ich unerschaffen werde.»

Er verließ sich.

«Du mußt, Effendi!»

«Ich sehe es genau!» Und um ihn zu beruhigen, fügte ich hinzu: «Diese geheime Schrift wird zu sein, wenn ich das Papier ins Wasser lege.»

«Du es!» antwortete er mit schelmischer Zustimmung.

«Du hast dich durch die Ruhe deiner Worte veranlaßt, ich werde das Papier nun nicht ins Wasser, sondern über das Feuer halten.»

Ich hatte es getroffen: das erkannte ich an dem ganz unmerklichen Erschrecken, das von meinem Gesicht überlief.

«Du wirst den Brief dabei verbrennen!» sagte er.

«Trag keine Sorge! Ein Effendi aus dem Abendland weiß mit solchen Dingen recht wohl umzugehen.»

(Karl May: Durchs wilde Kurdistan, Verlag Neues Leben, 1990, S. 60)

Und wer uns erklärt, was die Abkürzung K.O.M.I.E.E. denn nun bedeutet, bekommt drei Jahre im Dschungel auf Bewährung!



- Besonders zu empfehlen ist die „Schwarze Reihe“ im ID-Verlag, Berlin, (diverse Bücher u.a. zur Geschichte von Bewegung 2. Juni, RAF, RZ, Rote Zora, Brigade Rosse u.a.); das Verlagsprogramm findet sich in fortschreitlichen Buchhandlungen, direkt beim Verlagsversand (14059 Berlin Knobelsdorffstr.8) und im Internet unter <http://www.rz.de/id-verlag>
- Auswahlbibliographie von nicht im ID-Verlag erschienenen Büchern (Überwiegend entnommen aus dem Buch „Zwischenberichte“, ID-Verlag, Berlin 1998):
- Nanni Balestrini/Primo Moroni, *Die Goldene Horde*, Berlin 1994 (VLA/Schwarze Reihe);
- Nanni Balestrini, *Die Unsichtbaren*, München 1988 (Weissmann);
- Nanni Balestrini, *Der Verleger*, Hamburg 1992 (VLA/Schwarze Reihe);
- Pieter Bakker Schuur, *das info, briefe von gefangenen aus der raf aus der diskussion 1973-1977*, Kiel 1987 (Neuer Malik-Verlag);
- Der blinde Fleck. Die Linke, die RAF und der Staat*, 1987 (Verlag Neue Kritik);
- Der Blues. Gesammelte Texte der Bewegung 2. Juni*, 2 Bände (vergriffen);
- Peter Brückner, *Ulrike Marie Meinhof und die deutschen Verhältnisse*, Neuausgabe Berlin 1995 (Wagenbach);
- Peter Brückner, *Über die Gewalt*, Berlin 1979 (Wagenbach);
- Alberto Francheschini, *Das Herz des Staates treffen*, Wien 1990 (Europaverlag);
- Christian Gensler, *Kamukarra*, Hamburg 1988 (Rorbuch);
- Sean McGuilfin, *Der Hund. IRA-Roman*, Neuausgabe Hamburg 1997 (Nautilus);
- Hess, Schorretz, Seiner u.a., *Angriff auf das Herz des Staates*, 2 Bände, Frankfurt/M. 1988 (Suhrkamp);
- Mario Moretti, *Brigade Rosse. Eine italienische Geschichte*, Hamburg/Berlin 1996 (VLA/Schwarze Reihe);
- AG Oberrhein, *Das Ohr auf die Schiene der Geschichte*, das bewaffnete Kampfen in der BRD, Broschüre, Stuttgart 1998 (Selbstverlag);
- Rote Zora, *Milly's Tani auf dem Eis*, Broschüre 1993 (Selbstverlag);
- Karl Heinz Roth, *Epiz. Teufel. Klaus auf (Selbst-)Kritische Beiträge zur Kunst der Linken und der Guerilla*, Tübingen 1980 (ror-Verlag);
- taz-Journal 20 Jahre deutscher Herbst*, Berlin 1997;
- Lutz Tautz, *Gedanken gegen die Mauer*, in: Edition, Hamburg 1992 (VLA);
- Oliver Tolmein, *Ein Gespräch mit Ingrid Möller über bewaffneten Kampf und die Linke*, Hamburg 1997 (Klinkent);
- Oliver Tolmein, *Stammheim vergewen. Deutschlands Aufbruch und die RAF*, Hamburg 1992 (Klinkent);
- Klaus Viehmann, *Dino strike back in: „Armut“ Nr.5*, Berlin 1994;
- Inge Viett, *Nie war ich furchtlos*, Hamburg 1996 (Nautilus);

Literaturline Kurdistan (kleine Auswahl)

- Bibliothek Fouquier Teyssie: *Kurdologie. Studien zur Sprache, Geschichte, Gesellschaft und Politik Kurdistan und der Kurden und Kurden*, Berlin 1989
- Hrg. Kurdistan-AG, ASRA FU-Berlin, Berlin
- M. van Bruinssen, *Agha, Schiich und Saz. Politik und Gesellschaft Kurdistan. Edition Parabolis*, Berlin 1989
- Gérald Chaland (Hrg.), *Kurdistan und die Kurden. Band 1. Reihe pogrom. Göttingen 1988*
- Günther Deschner, *Die Kurden. Das betrogene Volk. Ulman's Buchverlag 1981*
- Brigitte Heinrich, Jürgen Rink, *Partner Türkei oder Feind für die Freiheit des Westens? vom 1981*
- H. Hinz-Karabekir, *Basler Türkei. Politische Perspektiven in einem geistigen Land. FOCUS-Verlag Gießen 1994*
- *Geschichte aus türkischen Gefangenen 1985/1987. ... Ich schreibe mit den Fingernägeln. Zandern-Verlag, Frankfurt am Main 1986*
- Jüner Cherif Vanli, *Kurdistan und die Kurden. Band 2. Reihe pogrom. Göttingen 1988*
- Jüner Cherif Vanli, *Kurdistan und die Kurden. Band 3. Reihe pogrom. Göttingen 1988*
- Karin Leukefeld, *Solange noch ein Weg ist... Die Kurden zwischen Verfolgung und Widerstand*, Göttingen 1988

Artikel, Texte und Interviews zum Thema Absuchen/Fucht/Exil (in Klammern: Bezugsschwerpunkt)

- „Anna und Arthur drücken die Augen zu“ – Aufarbeitungsinschüre zum „Kaindl“-Fall, Berlin 1995
- „Der Fall Kaindl – Daß Du dich wehren mußt.“ – Eine Nachbetrachtungsschüre, Berlin 1995
- „Frei und stirbt trotzdem“, Ralf Zelik, Nautilus Verlag, Hamburg 1997 (Roman, „Kaindl“-Fall)
- „Interim“, Berlin, Nr.340, 20.7.1995; Nr. 427, 10.7.1997; Nr.429, 7.8.1997 („K.O.M.I.T.E.E.“-Verfahren); Nr.430, 21.8.1997 („radikal“-Verfahren); Nr.432, 18.9.1997 („K.O.M.I.T.E.E.“-Verfahren)
- „Junge Welt“, 26./27./28.4.1996 („RoteZora/RZ“-Fahndung), 22.7.1996; 26.11.1996 („radikal“-Verfahren); 5.12.1996; 7./8.12.1996; 14./15.12.1996 („RAF“-Fahndung)
- „Jungle World“, Berlin, Nr.32/7, 8.1997 („RAF“-Fahndung), Nr.24/10.6.1998; Nr.26/24.6.1998 („RoteZora/RZ“-Fahndung)
- „Kassiber“, Bremen, Febr./März 1996; April 1997; Juni 1997 („radikal“-Verfahren), Nr.35/Juni 1998 (Andrea Wolf)
- „Konkret“, Hamburg, Sept. 1996 („RoteZora/RZ“-Fahndung); Jan. 1997 („RAF“-Fahndung)
- „radikal“, Nr.150, Juli 1994 („Kaindl“-Verfahren); Nr.133/2, Nov. 1995 („Kaindl“-/„radikal“-/„K.O.M.I.T.E.E.“-Verfahren)
- „radikale Zeiten“, Nr.2, Jan. 1996; Nr.3, Febr. 1996; Nr.5, Juli 1996; Nr.6, Sept. 1996 („radikal“-/„K.O.M.I.T.E.E.“-Verfahren)
- „ravage“, Niederlande, Nr.22/Herbst 1996 („radikal“-Verfahren)
- „Der Spiegel“, Hamburg, Nr.50/1996 („RoteZora/RZ“-Fahndung)
- „Swing“, Rhein/Main-Infor, Febr./März 1997 („K.O.M.I.T.E.E.“-Verfahren)
- „die tageszeitung“, Berlin, 11.19./20.6.1996 („RoteZora/RZ“-Fahndung)
- „ZAG - Zeitung antirassistischer Gruppen“, Berlin, Nr.15/Juni-Aug. 1995 (Illegalisierung) (Nr.17/1995 („K.O.M.I.T.E.E.“-Verfahren))

- Golmroed Moradi: Ein Jahr autonomer Regierung in Kurdistan. Die Mahabad-Republik 1946/1947, Hochschule Bremen, Bremen 1992
- Anwar Besiki: Kurdistan. Internationale Kolonie. ISP-Verlag, Frankfurt 1993
- Serdar Celik: Die Geschichte des 15. August. Zehn Jahre bewaffneter Befreiungskampf in Nordkurdistan, Selbstverlag Ekiyan 1995
- Serdar Celik: Monde an Journalisten in Kurdistan. Bericht von Olgut Gunder und Yusu Oke-Olgut Gunder/Europaverbreitung, April Verlag, Köln 1993
- IPINW, Ärztekammer Berlin, Gewerbe-Kauf v/Hrg.: Kurdistan-Türkei. Medizin unter Kriegbedingungen, Verlag der Buchladen Schwarze-Rose-Rose Straße, PFM Heft 4, Berlin-Göttingen 1996
- medico international (Hrg.): Menschenrechtsverletzungen in Nordwest-Kurdistan 1993, nach den Berichten der Menschenrechtsverein IHD, Frankfurt 1994
- Jürgen Roth: Aufstand im wilden Kurdistan. Baden-Baden 1977
- Lizzy Schmidt: Wie teuer ist die Freiheit? Reportagen aus der selbstverwalteten kurdischen Region 1991-1993, ISP-Verlag pocket 56, Mai 1994
- Sabine Skuttsch, Die kurdische Frage und die deutsch-türkischen Beziehungen, Diplomarbeit, PH Karlsruhe 1994
- Kurdistan Report, Informationsstelle Kurdistan Bonn
- Carla Solana: Der Weg in die Berge. Eine Frau bei der kurdischen Befreiungsbewegung, Hamburg 1997